

Weil ich's kann.  
Weil du's kannst.  
Weil wir's können

Juso-Landeskonferenz  
25. und 26. April 2015  
Augsburg



## Inhalt

1	Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.....	4
2	Arbeitsprogramm des Landesvorstands der Jusos Bayern für das Vorstandsjahr 2015/2016	13
3	Arbeit.....	21
4	A 1 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa .....	21
5	A 2 Mindestlohn ohne Ausnahme .....	23
6	Finanzen/Wirtschaft .....	25
7	F 1 Nein zu TTIP und CETA!.....	25
8	F 3 Schluss mit neoliberalen Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung	
9	deflationärer Tendenzen im Euroraum .....	27
10	Innenpolitik und Europa.....	33
11	I 1 Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co.....	33
12	I 8 Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth	40
13	I 9 Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen.....	41
14	I 10 Ehebestandszeit abschaffen! .....	43
15	Bildung.....	45
16	B 1 Mehr Demokratie wagen – für ein demokratisches Schulsystem! .....	45
17	B 2 Gemeinsam für die Zukunft der Arbeit: Perspektive und Sicherheit für junge Beschäftigte!	
18	.....	47
19	B 8 Antrag zu der Neuausrichtung von Informatiklehrplänen in Schulen .....	53
20	Umwelt.....	55
21	U 1 Resolution zur EEG-Novelle-für eine sozialistische Energiepolitik! .....	55
22	U 7 Hydraulic Fracturing .....	58
23	Frauen, Familie, Soziales.....	60
24	S 1 Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der	
25	Frauenhäuser und Beratungsstellen .....	60
26	S 2 Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik .....	62
27	V 1 SPNV-Ausschreibungen – wider dem neoliberalen Wahnsinn! .....	65
28	D 4 Staat vor Privat – öffentliche Investitionen statt PPP .....	68
29	D 8 Ausgewogene Verpflegung auf der Landeskongferenz.....	71
30	D 9 Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress.....	72

1	Ini 1 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote .....	73
2	Ini 2 Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN-BdA!...	77
3	Ini 3 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen .....	79
4	Ini 4: Das Sterben auf dem Mittelmeer beenden! Für eine menschliche Flüchtlingspolitik in	
5	Europa .....	81

- 1 Landesvorstand
- 2 An Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag

### 3 **Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.**

4

5 Der Freiheitsbegriff ist in den letzten Jahrzehnten vor allem neoliberal definiert und besetzt  
6 worden. Freiheit ist aber auch einer der zentralen Grundwerte der Sozialdemokratie und ist für  
7 uns Jusos zentrale Voraussetzung für ein solidarisches Zusammenleben.

8 Sozialen Ausgleich zu verwirklichen und wahre Freiheit für alle zu verwirklichen, das sind die  
9 systemübergreifenden Herausforderungen, die es auf unserem Weg zu einer Umsetzung  
10 unserer Grundwerte und zur Verwirklichung der Vision eines demokratischen Sozialismus in  
11 der Freiheit aller braucht.

12

13 Persönliche Freiheitsrechte stellen die Grundlage einer aufgeklärten und freien Gesellschaft  
14 dar, in der alle BürgerInnen das Recht haben, über ihr Leben selbstbestimmt und frei, im  
15 Rahmen gemeinschaftlicher Regeln zu bestimmen. Die Freiheit des oder der Einzelnen sollte  
16 nur da beschnitten werden, wo sie die Freiheitsrechte anderer verletzt. Das bloße  
17 Vorhandensein dieser Freiheitsrechte sagt aber noch nichts darüber aus, ob diese auch  
18 realisiert und in konkrete Freiheiten umgesetzt werden können. Es reicht nicht formale  
19 Freiheiten zu gewährleisten, es muss auch möglich sein sie zu nutzen.

20

### 21 Gute Arbeit: Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

22 Viele Unternehmen klagen über Fachkräftemangel, dabei liegt es in ihrer eigenen  
23 Verantwortung diese Fachkräfte auszubilden. Doch rund jede\_r dritte Jugendliche geht bei der  
24 Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Deshalb fordern wir eine  
25 Ausbildungsplatzgarantie: Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen sollen dazu  
26 verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an  
27 einen Ausbildungsfond entrichten.

28

29 Und damit BewerberInnen auch wirklich nur nach dem beurteilt werden, was sie können und  
30 nicht nach Aussehen, Geschlecht oder Namen, fordern wir die Einführung von gesetzlich  
31 festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsverfahren.

32 Damit junge Menschen frühzeitig auf eigenen Beinen stehen können fordern wir außerdem die  
33 Verankerung der Mindestausbildungsvergütung und die Schaffung von ausreichend Angeboten  
34 an Auszubildendenwohnheimen.

35

36 Auch die Ausbildungsqualität lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die Ausbildungsmängel  
37 und die Verstöße gegen gesetzliche Regelungen sind zahlreich und vielfältig. Auszubildende  
38 arbeiten häufig zu lange und müssen gar unbezahlte Überstunden ohne Freizeitausgleich  
39 ableisten. Statt die nötigen Fertigkeiten für ihren Beruf vermittelt zu bekommen, müssen sie  
40 Brotzeit holen, Kaffee kochen oder das Auto des Chefs putzen. Verstöße gegen das  
41 Jugendarbeitsschutzgesetz werden allerdings kaum geahndet - es fehlen die Kontrollen.

1 Deshalb fordern wir endlich wirksame Kontrollen, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung  
2 einzudämmen.

3

4 Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel - diese Zukunftsfragen  
5 können nur gelöst werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden. Gerade um  
6 neue, komplexe Fragestellungen in der globalisierten Arbeitswelt gut zu lösen, braucht es die  
7 Ideen und Vorschläge junger Menschen. Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger  
8 Arbeitnehmer\_innen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben  
9 gesetzlich zu stärken.

10

11 Arbeitsverhältnisse werden außerdem immer öfter zu Zeit-, Frist- oder Minijobs. Die Folge sind  
12 weniger Geld im Geldbeutel, keine Absicherung und eine ungewisse Zukunft. Junge Menschen  
13 sollen ihre Zukunft frei gestalten können und ohne Existenzängste in die Zukunft blicken  
14 können! Das Handeln Jugendlicher darf nicht ständig von der Angst bestimmt sein, in ein paar  
15 Monaten ohne einen Job zu sein oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gute Arbeit  
16 muss gerecht bezahlt werden! Nein, zu befristeten Arbeitsverträgen!

17

18 Eine freie Gesellschaft braucht die Befreiung vom Patriarchat

19 Freiheit ist für uns untrennbar verknüpft mit Feminismus. Denn nur eine Gesellschaft, in der alle  
20 Geschlechter die gleichen Rechte und Chancen haben, ist auch eine freie Gesellschaft.

21 Tradierte Rollenbilder, Vorurteile und Stereotype schränken die individuelle Freiheit – gerade  
22 von Frauen aber auch bei anderen Geschlechtern – in unserer Gesellschaft immer noch ein –  
23 Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht! Echte Wahlfreiheit heißt daher für uns, dass sich  
24 alle unabhängig von ihrem Geschlecht frei entscheiden können: Für oder gegen eine eigene  
25 Familie, für oder gegen Karriere, für den einen oder den anderen Beruf. Freiheit bedeutet  
26 nicht, dass sich die vorhandenen Probleme von alleine lösen. Wir akzeptieren nicht, dass  
27 Frauen mit einem Verweis auf ihre freie Entscheidung an den Herd geschickt werden und starre  
28 Rollenbilder ihnen echte Freiheit verwehren. Deshalb fordern wir die Abschaffung des  
29 Betreuungsgeldes. Mit der SPD darf es keine Herdprämie mehr geben! Elternzeit muss  
30 außerdem hälftig geteilt werden. Wir wollen keine „Vätermonate“ sondern gleichberechtigte  
31 Elternschaft. Wir unterstützen die Initiativen von Manuela Schwesig und fordern die Einführung  
32 der Familienarbeitszeit sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit – wir brauchen endlich ein  
33 Entgeltgleichheitsgesetz. Die in der großen Koalition beschlossene Frauenquote begrüßen wir,  
34 sie ist für uns aber nur ein erster Schritt. Wir fordern eine 50%-Quote in allen Vorständen und  
35 Aufsichtsräten und in anderen Leitungs- und Entscheidungsebenen.

36

37 Weitere Aspekte, die die Freiheit von Frauen enorm einschränken, sind Gewalt und Sexismus.  
38 Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – ob sexuell, psychisch oder physisch – ist ein weit  
39 verbreitetes Problem, das in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen ist. Diskriminierung  
40 aufgrund ihres Geschlechts erfahren Frauen nicht nur auf dem Arbeitsplatz – auch im Alltag ist  
41 Sexismus weit verbreitet. Spricht man dieses Thema offen an, ist es eine bewährte  
42 Abwehrstrategie, alles ins Lächerliche zu ziehen: Das war doch nur Spaß! Frauen als  
43 Sexobjekte und nur aufs Äußere zu reduzieren, ihnen weniger Kompetenz zuzuschreiben und

1 sie in der Sprache, Werbung und im öffentlichen Leben zu diskriminieren ist aber kein Spaß,  
2 sondern festigt jedes Mal, wenn es stattfindet, das Patriarchat.

3  
4 Gleichstellung ist eine Frage der Sozialisation. Gendersensible Bildung und Erziehung muss  
5 daher verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Bildungseinrichtungen und Teil des  
6 Lehrplans werden. Wir fordern außerdem Aufklärungsarbeit und Kampagnen zur Bekämpfung  
7 von Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – Alltagssexismus darf kein  
8 Tabuthema sein. Außerdem fordern wir eine bessere Finanzierung von Hilfs- und  
9 Schutzangeboten für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind und einen Ausbau der  
10 Beratungsangebote für gewalttätige Männer.

### 11 12 Freie Migration und Wohnortwahl

13 Freiheit bedeutet für uns auch stets die Freiheit den Lebensmittelpunkt eigenständig zu wählen.  
14 In einem vereinten Europa sind wir es mittlerweile gewöhnt Grenzen zu passieren und uns  
15 zeitweise oder dauerhaft in einem anderen Land niederzulassen, ohne dass dies mit  
16 besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Freiheit ist insbesondere für viele junge  
17 Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber auch wenn wir die  
18 Niederlassungsfreiheit im Allgemeinen als Normalfall empfinden, so dürfen wir nicht  
19 übersehen, dass diese stetig verteidigt werden muss.

20  
21 Die Stimmen, die sich für die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien  
22 Personengrenzverkehrs aussprechen, haben sich in den letzten Jahren zunehmend Gehör  
23 verschafft. In einigen Ländern kam es zu vielbeachteten Wiedereinführungen von  
24 Grenzkontrollen oder zur Festlegung von Quoten für den Zuzug aus anderen Staaten.  
25 Solche Positionen sind für uns genauso wenig politische Diskussionsgrundlage wie die  
26 unsägliche Asyldebatte, die schlicht die Reduzierung der AsylbewerberInnenzahlen um jeden  
27 Preis zum Ziel hat, oder die Debatte um den sogenannten „Armutszuzug“ aus Südosteuropa.  
28 Auch ein Einwanderungsgesetz, das Menschen nach Nützlichkeitskriterien bewertet, lehnen  
29 wir ab. Für uns ist klar: jeder Mensch muss seinen Wohnort frei wählen können.

30  
31 Freiheit muss jedoch auch auf nationaler Ebene verteidigt werden. Der Mangel an  
32 bezahlbarem Wohnraum stellt für viele junge Menschen einen elementaren Freiheitseinschnitt  
33 dar. Viele Menschen sind auf Grund zunehmender Preissteigerungen dazu gezwungen ihren  
34 Wohnort zu wechseln. Insbesondere müssen sie dabei aus Ballungszentren wegziehen, da sie  
35 schlicht nicht mehr in der Lage sind, die Mieten zu bezahlen.

36  
37 Dabei stehen junge Menschen vor allem in Groß- und Hochschulstädten vor großen  
38 Herausforderungen. Um zu verhindern, dass junge Menschen vom Wohnungsmarkt verdrängt  
39 werden und auf Grund von Mietpreisen ihre Berufs- und Studienwahl abhängig machen,  
40 bedarf es massiver Anstrengungen. Insbesondere geförderter Wohnraum für StudentInnen und  
41 Auszubildende muss überall dort bereit stehen, wo Bedarf besteht und Mieten astronomische  
42 Höhen erreichen.

1 Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass gemischte städtebauliche  
2 Strukturen forciert und monofunktionalen Gebietstypen entgegengewirkt werden. Jeder soll am  
3 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und Zugang zu Einrichtungen aller Art genießen.  
4 Ziel jeder Städtebaupolitik muss daher die Umsetzung gemischter Wohngebiete sein. Hierauf  
5 wollen wir in Stadt und Land Einfluss nehmen.

6

### 7 Freiheit braucht Freiraum und Mitbestimmung für junge Menschen

8 Als JungsozialistInnen stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche eines unserer erklärten  
9 Ziele dar. Freiheit ohne Demokratie und Demokratie ohne Freiheit sind für uns undenkbar.

10 Auf Grund dessen sprechen wir uns auch für eine Ausweitung der demokratischen  
11 Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus. Neben einer Absenkung  
12 des Wahlalters auf 14 spielen insbesondere der Aufbau von Jugendparlamenten und die  
13 Ausweitung der Selbstbestimmung in Jugendzentren wichtige Rollen.

14

15 Insbesondere Jugendparlamente übermitteln nicht nur Verständnis für unsere demokratische  
16 Kultur und gleichfalls für demokratische Entscheidungsprozesse, sie stellen auch die geeigneten  
17 Gremien zur Umsetzung jugendpolitisch relevanter Themen dar. Nicht umsonst sind Kinder und  
18 Jugendliche die Experten, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht. Daher ist  
19 es nur eine Selbstverständlichkeit sie entsprechend zu Rate zu ziehen. Jugendzentren können  
20 zudem Selbstbestimmung und Selbstverwaltung lehren und sind in ihrer Bedeutung nicht  
21 geringer zu stellen. Der Ausbau der Selbstbestimmung und die Erweiterung - insbesondere  
22 auch der der Öffnungszeiten - ist daher von erheblicher Wichtigkeit. Die Ausweitung und  
23 Unterstützung dieser Instrumente in Stadt und Land sind naheliegende Aufgaben eines  
24 jungsozialistischen Verbandes.

25

26 Ebenso wichtig ist uns auch die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Studierende an  
27 bayerischen Hochschulen. Dazu gehört für uns die Wiedereinführung der Verfassten  
28 Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat, dass den studentischen Gremien  
29 ermöglicht, sich nicht nur innerhalb der Hochschule, sondern auch außerhalb dieser für die  
30 studentischen Bedürfnisse und Anliegen einzutreten, und eine paritätische Besetzung der  
31 Gremien innerhalb der Hochschulen.

32

33 Wir verstehen Hochschulen außerdem als Orte der gelebten Demokratie. Daher setzen wir uns  
34 dafür ein, dass Diskussionen und politische Veranstaltungen, die sich auch kritisch mit  
35 politischen Geschehnissen auseinandersetzen, weiterhin eine Selbstverständlichkeit an jeder  
36 Hochschule sind.

37

### 38 Freiheit heißt auch Inklusion

39 Für viele junge Menschen sind Barrieren vorhanden, die sie daran hindern, am  
40 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir JungsozialistInnen müssen ein Sprachrohr für junge  
41 Menschen mit Behinderung sein, uns für eine inklusive Gesellschaft einsetzen und sie aktiv  
42 mitgestalten.

43

1 Eine wichtige Herausforderung ist die bauliche Barrierefreiheit. Jungen Menschen mit  
2 Behinderung muss die Möglichkeit gegeben werden, sich frei und selbstbestimmt im  
3 öffentlichen Raum bewegen zu können. Dabei müssen neben den Einschränkungen für junge  
4 Menschen mit körperlicher Behinderung die öffentlichen Räume auch hinsichtlich ihrer  
5 Barrieren für junge Menschen mit geistiger, Seh- und Hörbehinderung überprüft werden. Doch  
6 nicht nur im öffentlichen Raum, auch in der Arbeit, dem Bildungssystem, bei Kulturangebot,  
7 beim Wohnen, im Gesundheitswesen, im politischen Leben und in der Freizeit herrschen  
8 Barrieren vor.

9

10 Inklusion ist als Querschnittsthema zu betrachten um allen jungen Menschen eine freie,  
11 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, unabhängig von  
12 körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen, wie auch sozialem Status,  
13 Geschlecht, Alter, Weltanschauung, Religion und Herkunft.

14

15 Beispiele wie diese gibt es zu Hauf. Unsere Aufgabe ist es diese Missstände zu beleuchten,  
16 ihre Wechselwirkungen für alle klar hervorzuheben und unseren Teil dazu beizutragen, dass  
17 Barrierefreiheit für alle umgesetzt wird.

18

### 19 Mobilität im öffentlichen Raum

20 Freiheit beinhaltet auch immer die Freiheit zur Mobilität. Besonders für Jugendliche und junge  
21 Erwachsene ist die Möglichkeit sich frei und unabhängig fortzubewegen von erheblicher  
22 Notwendigkeit. Mobilität ist für viele junge Leute die Voraussetzung für eine ungehinderte  
23 Lebensführung.

24

25 Dabei ist ein Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem auf den  
26 öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Sei es um zur Schule oder Ausbildungsstelle zu  
27 gelangen, oder um nach einer „durchzechten“ Nacht sicher zu Hause anzukommen – der  
28 Zug, die Tram oder der Bus vor Ort ist das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir sagen: der  
29 öffentliche Nahverkehr ist für alle da. Er ermöglicht uns Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,  
30 gibt uns individuelle Freiheit und hilft uns, unser Leben abwechslungsreich zu gestalten.  
31 Deshalb sind Busse und Bahnen für uns ein öffentliches Gut. Der Nahverkehr kann sich nicht  
32 alleine privat finanzieren, dann wären die Fahrpreise unbezahlbar. Wenn wir wollen, dass die  
33 Verbindungen flächendeckend und attraktiv werden, dann müssen wir dafür auch Steuern in  
34 die Hand nehmen. Wir Jusos sagen: Das ist es uns wert! Mobilität ist eine öffentliche Aufgabe  
35 und Busse und Bahnen gehören in öffentliche Hand.

36

37 Mobilität heißt für uns aber nicht nur Bus oder Bahn. Gerade für junge Menschen heißt  
38 Fahrradfahren ein Stück Freiheit und selbstbestimmte Mobilität. Dabei ist das Vorankommen  
39 nicht immer einfach: Fahrradwege enden im Nirgendwo, sichere Fahrradabstellplätze sind  
40 eine Seltenheit und oft steht man vor der Wahl, sein Leben auf der viel befahrenen  
41 Hauptstraße zu riskieren oder illegal auf dem Fußweg zu fahren. Wir Jusos fordern endlich  
42 umfassende Anstrengungen für ein attraktives Radwegenetz und ausreichend sichere

1 Stellplätze. Und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. RadfahrerInnen  
2 dürfen nicht länger VerkehrsteilnehmerInnen zweiter Wahl sein.

3  
4 Natürlich ist es schön, wenn man ohne Auto überall hinkommt, aber manchmal geht's einfach  
5 nicht anders: Ob Großeinkauf oder Umzug, ohne Führerschein wird's schwierig – zumindest  
6 wenn man sich nicht ewig von den Eltern chauffieren lassen will. Auch viele ArbeitgeberInnen  
7 legen nach wie vor Wert auf die Fahrerlaubnis. Und die kann bekanntlich teuer werden:  
8 Neben zahlreichen Pflichtstunden muss auch noch der theoretische Unterricht und die Prüfung  
9 aus eigener Tasche gestemmt werden. Andere Länder machen Alternativlösungen vor: Der  
10 theoretische Teil kommt in die Schule und wird damit kostenlos. Wir sagen: Das schaffen wir  
11 auch hier!

12  
13 Nicht alle Menschen sind ständig auf Autos angewiesen. Und trotzdem ist es manchmal  
14 praktisch, wenn man ab und zu auf eins zurückgreifen kann. Die Lösung für den gelegentlichen  
15 Gebrauch liegt eigentlich auf der Hand: Carsharing – wenige Autos für viele Menschen, immer  
16 dann verfügbar wenn man es braucht. Leider ist das Angebot an solchen Modellen heute noch  
17 nicht flächendeckend, und oft stehen nur kommerzielle Angebote zur Verfügung. Wir Jusos  
18 wollen mehr Förderung für Carsharing-Modelle, am besten lokal und genossenschaftlich  
19 organisiert

20  
21 Alles verboten? Der öffentliche Raum gehört uns allen!

22 Unter Alkoholeinfluss steigt bei Menschen zwar die Bereitschaft Straftaten oder  
23 Ordnungswidrigkeiten zu begehen, dennoch gehen diese Delikte nur von einem kleinen Teil  
24 aller Personen unter Alkoholeinfluss aus. Um diese zu verringern, haben sich viele Städte dazu  
25 entschieden für ihre Innenstadt den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten,  
26 wobei in Gebäuden und während Volksfesten weiterhin Alkohol ausgeschenkt werden darf.

27 Als weitere Einschränkung wird der Betrieb von Gaststätten und Nachtclubs durch eine  
28 Sperrzeit begrenzt. 2005 wurde sie in Bayern zunächst auf eine Stunde von 5 bis 6  
29 Uhr verkürzt (Putzstunde). Seitdem haben acht bayrische Städte sie wieder verlängert.

30 Wie beim Alkoholverbot geht es in der Diskussion oft nicht um tatsächliche Gefahren für sich  
31 dort aufhaltende Personen und AnwohnerInnen, sondern deren subjektives Sicherheitsgefühl.  
32 Die Sperrzeit wird als schnelles, wirksames und kostengünstiges Mittel gegen vermeintlich  
33 vermehrte Störungen der Nachtruhe angesehen. Bisher konnte kein Nachweis erbracht  
34 werden, dass dies die Kriminalität insgesamt oder in der Nacht gesenkt hat, auch wenn für  
35 einzelne Städte und Delikte Effekte festzustellen sind.

36  
37 Eine Verlagerung der Feieraktivitäten auf Privatpartys, Afterpartys und den öffentlichen Raum  
38 befeuert wiederum die Forderung nach einer weiteren Verlängerung der Sperrzeit, einem  
39 Alkoholverbot in der Öffentlichkeit und verstärken Anfeindungen gegenüber  
40 jungen Menschen. Für uns steht fest, dass es auch kulturelle Angebote für Jugendliche geben  
41 muss, weswegen wir uns bemühen die Ängste in der Bevölkerung vor diesen abzubauen.

42 Zugleich lehnen wir die im Freistaat vorherrschende Repressionspolitik ab. Die Maßnahmen  
43 die stets der Beschränkung, des Verbots oder der Bestrafung dienen sind für uns inakzeptabel.

1 Tanzverbote und restriktive Grünflächenverordnungen die Alkoholkonsum verbieten stellen  
2 massive Eingriffe in die Grundrechte der Bevölkerung dar und sind Ausfluss einer religiös  
3 motivierten Law&Order-Politik die gänzlich abzulehnen ist.

4

#### 5 Die Gedanken sind frei!

6 Bildung ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft und Voraussetzung für ein  
7 wirklich freies und selbstbestimmtes Leben. Das aktuelle Bildungssystem ist jedoch viel zu sehr  
8 an ökonomischer Verwertbarkeit und einem engen Leistungsbegriff orientiert. Wir Jusos stehen  
9 für lebenslanges Lernen, das in Bildungseinrichtungen für Kleinkinder beginnt und über Schule,  
10 Ausbildung und Hochschule zu Fort- und Weiterbildung reicht. Im Zentrum muss dabei für uns  
11 immer die Entwicklung der eigenen Begabungen und Fähigkeiten stehen. Wir fordern daher  
12 ein inklusives Bildungssystem, das alle Kinder von Anfang an mitnimmt und keine Selektion  
13 nach (vermeintlicher) Leistungsfähigkeit vornimmt. Noten lehnen wir als vorgeblich objektive  
14 Leistungsbewertung ab und fordern stattdessen die Einführung alternativer Modelle zur  
15 Beschreibung von Lernfortschritten wie zum Beispiel Portfolios und Lernentwicklungsberichte.  
16 Auch weiterführende Bildung wie Hochschulbildung und berufsbegleitende Angebote muss für  
17 alle zugänglich und gebührenfrei sein.

18

19 Für Berufstätige fordern wir außerdem die gesetzliche Festschreibung von Bildungsurlaub,  
20 damit auch eine allgemeine Weiterbildung neben der Berufstätigkeit möglich ist.

21 Eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Lernen ist für uns die Demokratisierung aller  
22 Bildungsbereiche. Wir fordern daher die Einführung und gesetzliche Festschreibung von  
23 demokratischen Strukturen in Bildungsinstitutionen, jeweils entsprechend des Alters der  
24 Beteiligten.

25

#### 26 Freiheit versus Sicherheit? Nicht mit uns!

27 Wir Jusos lehnen die Panikmache rund um "Gefahren durch das Internet" ab. Natürlich wollen  
28 wir strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Ein Großteil der  
29 "Straftaten" im Internet sind allerdings zivilrechtliche Verstöße wie beispielsweise die  
30 Verletzung von Urheberrechten oder Verwertungsrechten. Es ist keine Lösung, diese rücksichtslos  
31 durch Abmahnungen durchzusetzen, wir brauchen hier eine Debatte über ein modernes  
32 Urheberrecht und müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten vorantreiben.  
33 Generell kann man vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine  
34 restriktive Strategie begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte in der digitalen Welt.  
35 Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle  
36 Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht  
37 ausgehebelt werden.

38

39 Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ bei strafrechtlich relevanten Inhalten und  
40 lehnen Netzsperrungen ab. Ebenso halten wir Vorratsspeicherung für einen völlig  
41 unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Einzelnen und lehnen diese ab. Studien  
42 haben mehrfach belegt, dass die VDS kein taugliches Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung ist.  
43 Gleichzeitig wenden wir uns aber auch gegen andere Methoden, die ähnlich stark in die

1 Privatsphäre der Menschen eingreifen, wie beispielsweise Online-Durchsuchungen in Bayern  
2 und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“. Einen Gipfel des  
3 staatlichen Eingriffs stellt für uns die als "NSA-Affäre" bekannt gewordene, systematische und  
4 pauschale Überwachung des digitalen Datenaustauschs dar. Wir brauchen Mechanismen, um  
5 uns zu wehren, wie beispielsweise einfach bedienbare Verschlüsselung für jedeN. Digitale  
6 Überwachungsmethoden stehen ganz klar im Widerspruch zu unseren Grundwerten und den  
7 rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa. Wer die Freiheit opfert, um  
8 vermeintlich mehr Sicherheit zu bekommen, verliert am Ende beides!

9

10 Zugang zum Internet gehört für uns Jusos zur Daseinsvorsorge und ist für gesellschaftliche  
11 Teilhabe heute unabdingbar. Daher wollen wir, dass es flächendeckend in Bayern einen guten  
12 Zugang zum Internet gibt und dass dieser für alle bezahlbar ist. Schnelles Internet darf nicht  
13 nur Menschen vorbehalten sein, die in Städten leben. Wir Jusos fordern, dass ein  
14 technologisch moderner Breitbandausbau in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen  
15 umgesetzt wird. Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und  
16 gleichen Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität.

17

18 Aktuell entsteht eine Spaltung - ein „Digital Divide“ - zwischen den Menschen, die die neuen  
19 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu  
20 haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren  
21 wie Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft ausmachen. Wir wollen aber eine Teilhabe aller  
22 an den Neuen Medien. Bildung ist für uns der Schlüssel zur Überwindung dieser digitalen  
23 Spaltung. Wir wollen daher Konzepte für digitale Bildung für alle Lebensphasen. Aber auch  
24 die Lehr- und Lernmaterialien wie z.B. Schulbücher werden sich ändern und müssen digital  
25 verfügbar sein. Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu Lerninhalten über  
26 sogenannte "Open Educational Resources", damit auch hier Bildung nicht vom Geldbeutel  
27 abhängt.

28

29 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Funktionieren einer parlamentarischen  
30 Demokratie werden ebenfalls durch die Digitalisierung beeinflusst. Wir haben es in der Hand,  
31 aus der digitalen Gesellschaft eine offene, freie und demokratische Gesellschaft zu machen.  
32 Eine vernetzte Verwaltung (Open Government) und die Bereitstellung offener Daten (Open  
33 Data) sind Bausteine für ein modernes Regierungshandeln, setzt aber einen Kulturwandel von  
34 Staat und Verwaltung voraus.

35

36 Wir ziehen's durch. Weil wir's können. Cannabis endlich legalisieren.

37 Seit den Legalisierungswellen in manchen US-amerikanischen Staaten und alternativen  
38 drogenpolitischen Projekten in einigen EU-Ländern ist die Legalisierung von Cannabis wieder  
39 in die politische Diskussion gerückt worden. Wie verschiedene Befragungen zeigen, ist die  
40 repressive Drogenpolitik gescheitert. Große Bevölkerungsteile haben schon einmal Cannabis  
41 konsumiert, bzw. machen dies regelmäßig. Durch das Verbot wird momentan v.a. die  
42 Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten erreicht. Zurzeit herrscht in Deutschland eine  
43 breite Diskussion insbesondere über die Schädlichkeit von Cannabis, bei der GegnerInnen wie

1 BefürworterInnen der Legalisierung diese mit bereits legalisierten Drogen aufrechnen. Dies  
2 halten wir für den falschen Weg diese Debatte zu führen.

3

4 Für uns ist klar: Drogen bringen Schäden mit sich und können eine Gefahr für den/die  
5 KonsumentIn und andere Menschen darstellen. Selbstverständlich birgt Cannabis ein  
6 gesundheitliches Risiko: die mentalen Schäden, besonders beim Konsum von Menschen in  
7 ihrer Entwicklung, können massiv ausfallen. Und natürlich ist Cannabis im Straßenverkehr eine  
8 große Gefahr für die gesamte Umgebung. Zudem muss der Konsum durch Minderjährige in  
9 jedem Fall unterbunden werden.

10

11 Die Frage, die sich hier stellt ist allerdings eine ganz andere. Erreichen wir durch die  
12 momentane Politik die gewünschte Wirkung? Schreckt das Verbot Menschen davon ab  
13 Cannabis zu konsumieren, bzw. würde eine Legalisierung mehr Menschen dazu animieren? In  
14 Bezug auf ersteres ist mittlerweile erwiesen, dass das Verbot nur eine sehr geringe, bis gar  
15 keine abschreckende Wirkung hat. In Bezug auf Zweiteres zeigen einige Staaten mit einer  
16 liberaleren Drogenpolitik, dass über einen längeren Zeitraum die KonsumentInnenzahl nicht  
17 relevant steigt. Die Kriminalisierung schafft es also nicht die wichtigsten Ziele von  
18 Drogenpolitik, nämlich rückläufigen Konsum und Problembewusstsein in Bezug auf die Droge,  
19 zu erreichen.

20

21 Das Verbot scheitert allerdings auch dadurch, dass es Probleme schafft, die erst durch ein  
22 Verbot aufkommen. Neben der Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, die gigantische  
23 Kosten für Polizei, Justiz, etc. nach sich zieht, steigt auch die Schädlichkeit von Cannabis  
24 durch seine Illegalisierung. Dies geschieht durch Dinge wie Streckung oder die Tatsache, dass  
25 mittlerweile einige Jugendliche auf synthetische Ersatzstoffe, sog. "Kräuter" umsteigen, die in  
26 ihrer Wirkung wesentlich schlechter einzuschätzen sind und im Gegensatz zu Cannabis schon  
27 einige Todesopfer gefordert haben.

28

29 Deshalb fordern wir eine Legalisierung von Cannabis mit einer kontrollierten Abgabe durch  
30 Apotheken und einen überwachten Anbau durch ZulieferInnen. Mit den Geldmitteln, die  
31 derzeit in die Strafverfolgung fließen, wollen wir Präventionsprojekte und Beratungsangebote  
32 stärken! Wir wollen Geldmittel, die momentan in der Strafverfolgung gebunden sind, sparen  
33 und stattdessen Präventionsprojekte stärken. Weitere finanzielle Mittel für die Prävention und  
34 Beratung könnten durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe von Cannabis  
35 herangezogen werden. Wir wollen durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe  
36 Geldmittel akquirieren und diese in Suchtberatung und Entzugsprogramme investieren. Wir  
37 wollen einen legalen und verantwortungsbewussten Umgang mit Cannabis, ohne bürgerliche  
38 Verbotspolitik und Repressionen, die bisher nur zu Streckung und Beschaffungskriminalität  
39 sowie zu einer absolut verlogenen Einstellung zum Thema Sucht und Konsum geführt haben.

## 1    **Arbeitsprogramm des Landesvorstands der Jusos Bayern für das Vorstandsjahr 2015/2016**

2

3    Die Jusos Bayern haben den Auftrag des letzten Arbeitsprogramms umgesetzt und sich nach  
4    den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre wieder verstärkt der inhaltlichen Arbeit gewidmet.  
5    Gleichzeitig wurde eine Phase der Strukturerneuerung eingeleitet, die zum Ziel hat durch  
6    inhaltlichen Input und konkrete Politikansätze mehr junge Menschen für die Mitarbeit in  
7    unserem Verband zu begeistern. Nun gilt es, diesen Weg fortzuführen. Bereits jetzt sind  
8    deutliche Erfolge sichtbar, da landesweit neue Arbeitsgemeinschaften, Kreisverbände und  
9    Unterbezirke gegründet werden und auch die Teilnahme an Veranstaltungen des  
10    Landesverbands stark zunimmt.

11    Als Jusos Bayern werden wir unseren klaren Kurs der Veränderung der bestehenden  
12    Machtverhältnisse zugunsten einer Demokratisierung aller Lebensbereiche in unserer  
13    Gesellschaft fortsetzen. Wir kämpfen weiterhin für eine freie, gerechte und solidarische  
14    Gesellschaft und werden auch im kommenden Jahr offensiv für unsere Werte werben. Wir  
15    stehen in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei und verteidigen sie, wo sie aufgrund der  
16    absolut richtigen Projekte seitens des politischen Gegners verunglimpft wird.

17    Gleichzeitig akzeptieren wir nicht, wenn aus falsch verstandenem Pragmatismus ein Kurs  
18    eingeschlagen wird, der uns im besten Fall nicht schadet, jedenfalls aber kein Stück nach  
19    vorne bringt. Daher wenden wir uns u.a. klar gegen eine „Law&Order“-Politik samt der damit  
20    verbundenen staatlichen Repressionen, die die Menschen in unzulässiger Weise bevormunden  
21    und den Wert der Freiheit zugunsten eines falsch verstandenen Sicherheitsgefühls opfern.  
22    Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass auch die Landtagsfraktion der BayernSPD diesen Kurs  
23    nun mehrheitlich mitträgt und erhoffen uns zukünftig einen inhaltlichen Austausch auf  
24    Augenhöhe.

25

26    Im Einzelnen wollen wir die Arbeit des Landesvorstands wie folgt gestalten:

### 27    Allgemeine Vorstandsarbeit – neue Wege und bewährte Strukturen:

28    Die Arbeit des Vorstands wird auch im kommenden Jahr vorwiegend auf monatlichen  
29    Präsenzsitzungen vorstrukturiert werden. Unsere Erfahrung mit der Zuweisung der  
30    organisatorischen Zuständigkeit von Bereichen wie Pressearbeit, social media oder  
31    Bildungsarbeit – um nur einige zu nennen – an einzelne Vorstandsmitglieder ist positiv und  
32    spart Ressourcen. Gleichzeitig muss eine noch höhere Verbindlichkeit dieser Zuständigkeiten  
33    erreicht werden, weshalb wir das im letzten Jahr erstmals erprobte Konzept weiterentwickeln  
34    werden.

35    Als Landesvorstand müssen wir deutlich stärker als Gäste und ReferentInnen auf öffentlichen  
36    Veranstaltungen und Diskussionsrunden vertreten sein. Dabei wird die Zuständigkeit nicht starr  
37    auf den/die VorsitzendeN beschränkt, sondern in die Verantwortung aller  
38    Landesvorstandsmitglieder gegeben. Die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit kann nur

1 gesteigert werden, wenn der Landesvorstand auf derartigen Veranstaltungen präsenter ist und  
2 die Positionen des Verbands nach außen vertritt.

### 3 Bündnisarbeit:

4 Eng damit verbunden ist die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen. Die  
5 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass unsere Positionen in vielen Verbänden im  
6 vopolitischen Raum mehrheitsfähig sind, auch wenn sie sich teilweise jenseits des klassisch  
7 linken Spektrums befinden. Natürliche Bündnispartnerin ist und bleibt jedoch die bayerische  
8 Gewerkschaftsjugend unter ihrem Dachverband der DGB-Jugend und ihren  
9 Mitgliedschaftsgewerkschaftsjugenden. Mit keiner anderen Bewegung bestehen derart viele  
10 Gemeinsamkeiten. Als JungsozialistInnen gewerkschaftlich organisiert und im besten Fall auch  
11 engagiert zu sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als Teil der internationalen  
12 ArbeiterInnenbewegung. Beiden Organisationen muss klar sein, dass sie ihre gemeinsamen  
13 Ziele auch nur mit vereinten Kräften erreichen können. Gerade im konservativ geprägten  
14 Bayern können wir es uns daher nicht leisten, die Gewerkschaftsjugend lediglich als eine von  
15 vielen Verbündeten zu betrachten, sondern müssen unsere Zusammenarbeit deutlich verstärken.  
16 Erste Schritte wurden bereits unternommen, wie das gemeinsame Gedenken anlässlich des 70.  
17 Jahrestages der Befreiung von Auschwitz beweist. Einzelne Veranstaltungen können jedoch nur  
18 der Anfang sein. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend hat für  
19 uns Jusos im kommenden Jahr oberste Priorität und muss institutionalisiert werden.

20 Zu Unrecht wird vielen Jugendverbänden, deren Mitgliederstärke vor allem aus dem ländlichen  
21 Raum herrührt, unterstellt, hauptsächlich konservative Thesen und Ansichten zu vertreten. Im  
22 Gegenteil stehen die Positionen vieler kirchlicher Jugendverbände u.a. im Bildungsbereich, in  
23 der Flüchtlingspolitik und auch beim Engagement für junge ArbeitnehmerInnen diametral zu  
24 den Ansichten und Maßnahmen konservativer Parteien. Auch wenn sich unsere Deutungsmuster  
25 für bestehende Probleme teilweise deutlich unterscheiden, ist es an der Zeit auch mit diesen  
26 Organisationen auf FunktionärlInnenebene einen Austausch zu pflegen. Ein entsprechender  
27 Beschluss dazu wurde im Landesvorstand bereits in der letzten Vorstandsperiode gefasst.  
28 Dabei ist für uns Jusos enorm wichtig, eine Anbiederung zu vermeiden und auch unseren  
29 Anspruch als säkularer Jugendverband nicht aufzugeben. Gleichzeitig können wir uns ein  
30 starres schwarz/weiß-Denken im Umgang mit anderen Jugendverbänden nicht erlauben, wenn  
31 wir den Anspruch erheben wollen gesellschaftliche Verhältnisse tatsächlich mitzubestimmen  
32 und den politischen Diskurs in Bayern maßgebend zu beeinflussen. Faktische gesellschaftliche  
33 Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und die politische Arbeit darin zu gestalten bedeutet nicht  
34 den Anspruch aufzugeben, sie zu ändern! Anders formuliert: Wir könnten langfristig deutlich  
35 mehr junge Menschen für unsere Werte begeistern, wenn wir Schubladendenken noch stärker  
36 vermeiden würden. Unser eigenes Auftreten stets selbstkritisch zu hinterfragen ist damit nicht  
37 nur Teil unseres Selbstverständnisses als SozialistInnen und Aufgabe der Untergliederungen vor  
38 Ort, sondern auch für den Landesvorstand in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen  
39 enorm wichtig.

1 Als einzige Parteijugend haben wir im letzten halben Jahr eine Zusammenarbeit mit dem  
2 Bayerischen Jugendring gepflegt. Die positive Resonanz auf unsere Teilnahme an seinen  
3 Veranstaltungen von verschiedenster Seite hat gezeigt, dass es sehr wohl wahrgenommen  
4 wird, wenn man sich als Verband nach außen öffnet und nicht nur um sich selbst kreist. Diesen  
5 Weg müssen wir auch im kommenden Jahr weitergehen.

#### 6 Strukturkampagne:

7 Als Ziel unserer im letzten Jahr angestoßenen Strukturkampagne haben wir definiert, in allen  
8 Bezirken bei der Neugründung von AGs, Kreisverbänden und Unterbezirken mitzuhelfen.  
9 Dafür wurden pro Bezirk ein bis zwei Projektgebiete auserkoren, die teilweise einen Landkreis,  
10 teilweise nur ein Stadtgebiet und teilweise nur mehrere kleine Orte in einem Unterbezirk  
11 umfassen.

12 Was zunächst als frommer Wunsch begann, nimmt langsam aber sicher an Fahrt auf.  
13 Landesweit hatten wir in allen sieben Bezirksverbänden im ersten halben Jahr Neugründungen  
14 verschiedener Untergliederungen zu feiern. Dabei spielt weniger die Größe der Struktur eine  
15 Rolle. Viel wichtiger ist, dass offensichtlich in allen Landesteilen – und unabhängig von der  
16 Frage ob städtisch oder ländlich geprägt – eine vernehmbare Aufbruchsstimmung zu unseren  
17 Gunsten vorherrscht.

18 Viele der Neugründungen kann und will sich der Landesverband nicht selbst auf die Fahnen  
19 schreiben, da die Bezirke ebenfalls erkannt haben, dass die Stärkung ihrer Strukturen aktuell  
20 eine der wichtigsten Aufgaben darstellt. Gerade die gute Zusammenarbeit zwischen  
21 Landesvorstand und Bezirksverbänden hat jedoch dazu beigetragen, dass das Projekt den  
22 bisher guten Weg eingeschlagen hat.

23 Der Landesvorstand wird den Kurs der gezielten Unterstützung der Untergliederungen, die  
24 zusammen mit den Bezirken als Projektgebiete definiert wurden, konsequent weiter fortsetzen.  
25 Wichtigste Aufgabe wird sein, die Arbeit in der Phase nach der Neugründung aktiv zu  
26 begleiten um die Strukturen nachhaltig vor Ort zu etablieren. Ebenso bedeutend wird es sein,  
27 sich nicht zu „verzetteln“ und nicht zu viel auf einmal zu verlangen. Strukturen müssen über die  
28 Zeit wachsen, GenossInnen brauchen Zeit um sich in der Juso-Arbeit einzufinden und eigene  
29 Positionen zu entwickeln. Der Landesvorstand sieht seine Kampagne deshalb vor allem als  
30 Angebot zur Unterstützung, nicht als aufgedrängten Zwang. Der bisherige Verlauf ist sehr  
31 erfreulich, jetzt gilt es in diesem Tempo weiterzuarbeiten.

32 Den Verantwortlichen vor Ort muss noch stärker verdeutlicht werden, dass sie die Hilfe der  
33 Landesvorstandsmitglieder, die einzeln und federführend für ein Projektgebiet zuständig sind,  
34 in Anspruch nehmen können. Die Untergliederungen sollen die Möglichkeit bekommen, durch  
35 verschiedene Aktionsformen die Arbeit vor Ort Stück für Stück aufzubauen. Unter anderem ist  
36 geplant:

37

- 1 - Ein gemeinsames Seminar des Landesverbands für die Aktiven in  
2 den neu Gegründeten Untergliederungen. Arbeitstitel dieses Seminars wird sein:  
3 „Handwerkszeug für Juso-Arbeit vor Ort.“ Zuständig für die Ansprache der  
4 Teilnehmenden sind die Landesvorstandsmitglieder der jeweiligen Projektgebiete und  
5 die Bezirksvorsitzenden. Das Seminar soll noch vor der Sommerpause stattfinden.  
6
- 7 - Landesvorstandsmitglieder kommen in die einzelnen Untergliederungen und geben  
8 inhaltlichen Input zu einzelnen politischen Themen. Zuständig ist das örtlich nächste  
9 LaVo-Mitglied. Inhaltlich sollen vor allem die Themen der Freiheitskampagne  
10 aufgegriffen werden.  
11
- 12 - „Ruf-Seminare“ als Seminare mit Orga-Schwerpunkt und inhaltlichem Input als  
13 Tagesseminar. Ab sieben festen Zusagen kommen LaVo-Mitglieder und BeVo-Mitglieder  
14 in die einzelne Untergliederung und bieten nach inhaltlicher Abstimmung mit der  
15 Untergliederung das Seminar an. Die Bewerbung dieser Möglichkeit erfolgt über die  
16 Bezirke.

17 Anhand dieser und weiterer Maßnahmen sollen die Strukturen gefestigt werden. Der  
18 Landesvorstand evaluiert die Fortschritte der Kampagne laufend auf weiteren  
19 Strukturkonferenzen, von denen bisher drei in regelmäßigem Abstand stattgefunden haben.

20 Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können! – Die Freiheitskampagne der Jusos  
21 Bayern

22 Ohne Inhalte lässt sich ein Strukturaufbau nicht verwirklichen. Ohne Inhalte werden wir auch  
23 unserem eigenen Anspruch als sozialistischer Richtungsverband in der SPD nicht gerecht und  
24 können unsere Grundwerte nicht in praktische Politik umsetzen.

25 Aus diesem Grund haben wir neben der Strukturkampagne und zur Ergänzung derselben eine  
26 inhaltliche Kampagne entwickelt, die sich rund um das Thema „Freiheit“ drehen wird. Wir  
27 wollen jedoch keine abgehobenen Diskurse führen, sondern den Freiheitsbegriff konkret  
28 anhand verschiedenster Beispiele herunter brechen und Vorschläge für konkrete Politikprojekte  
29 unterbreiten. Tiefgründige Inhalte in klaren Worten, ansprechende Materialien und  
30 basisorientierte Angebote sind die Eckpfeiler dieser Kampagne.

31 Jugendlichen in Bayern soll durch diese Kampagne klargemacht werden, dass es sehr wohl  
32 einen Unterschied macht, wer sie regiert. Die harte Verbotspolitik im Freistaat und der ständige  
33 Versuch die Jugend als „Problemfeld“ zu stigmatisieren werden in dieser Kampagne genauso  
34 thematisiert wie das Ausbluten lassen des ländlichen Raums, die völlig verfehlte Drogenpolitik  
35 in Bezug auf Cannabis und die prekäre Situation junger ArbeitnehmerInnen in Bayern.

36 Die Kampagne ist bewusst in verschiedenen Modulen für die jeweiligen Untergliederungen  
37 aufgebaut. Sinn dahinter ist, dass eine AG im ländlichen Raum, für die z.B. hauptsächlich das  
38 Thema Mobilität und Personennahverkehr bzw. Nachtbusse eine Rolle spielen, auch nur dieses  
39 Modul der Kampagne mit Materialien und Postkarten für sich vor Ort verwenden kann.

1 Niemand muss das Gesamtpaket nehmen, je nach Größe und Mitgliederzahl der  
2 Untergliederung können jedoch mehrere Teile der Kampagne vor Ort umgesetzt werden.  
3 Folgende Module zu den in Klammern stehenden Themen hat der Landesvorstand vorbereitet  
4 und abgestimmt:

- 5 - Freiheit vor wirtschaftlichen Zwängen (Arbeit und Ausbildung)
- 6 - Legalisierung von Cannabis (Drogenpolitik)
- 7 - Freiheit vor staatlichen Repressionen und einer Verbotspolitik (Innenpolitik)
- 8 - Echte Wahlfreiheit zwischen Lebensentwürfen (Gleichstellung)
- 9 - Freie Mobilität und Personennahverkehr (Verkehrspolitik)
- 10 - Mehr Mitbestimmung in Schule und Uni (Schüdis/HSG)
- 11 - Freiheit im Netz und freies digitales Leben (Netzpolitik/Infrastruktur)

12 Zu jedem Modul wird es ein kleines inhaltliches Booklet geben, in dem unsere wichtigsten  
13 Positionen zusammengefasst sind. Daneben wird es pro Modul mehrere Postkarten geben, die  
14 als Kampagnenmaterial die Texte auf den Punkt bringen.

15 Auf einer Bustour durch Bayern, wollen wir in diesem Sommer die Inhalte  
16 unserer Kampagne zu euch vor Ort tragen und für unsere politischen  
17 Positionen sowie um Mitarbeit bei den Jusos Bayern werben. Dafür werden  
18 wir eigens einen Kleinbus anschaffen, der hergerichtet und für die  
19 Kampagne ausgebaut werden soll. Er wird der mobile Kampagnenträger und  
20 vielseitig einsetzbares Veranstaltungsmittel.

21  
22 Gemeinsam mit den Bezirken wollen wir eine Route erstellen, die uns zu  
23 den interessantesten Festen, Festivals oder sonstigen Veranstaltungen in  
24 Bayern führen wird, aber auch eigene Aktionen und Veranstaltungen planen  
25 und gemeinsam mit den Gliederungen vor Ort umsetzen. Der Phantasie sind keine Grenzen  
26 gesetzt. Wir freuen uns auf eure Ideen.

27 Hier schließt sich der Kreis zur Strukturkampagne, da natürlich auch und gerade neu  
28 gegründete Untergliederungen die Kampagne zur wirksamen Arbeit vor Ort nutzen können.

29 Dies soll aber bereits bestehende Unterbezirke und Kreisverbände keinesfalls davon abhalten,  
30 an der Kampagne teilzunehmen. Im Gegenteil: die Kampagne soll gerade in ganz Bayern  
31 stattfinden.

32 Weil wir's können!

### 33 Basiskongress:

34 Auch in diesem Jahr wollen wir wieder einen Basiskongress als breites Vernetzungstreffen und  
35 inhaltliches Seminarwochenende zu verschiedensten Themen anbieten. Der vierte  
36 Basiskongress wird von 2.-4. Oktober in Nürnberg stattfinden und bietet für über 100  
37 GenossInnen aus ganz Bayern ein bewährtes Angebot mit einer Mischung aus Politik,  
38 Kennenlernen anderer GenossInnen aus allen Regierungsbezirken und natürlich auch einer

1 Verbandsparty. Im Anschluss an den Basiskongress werden sich die Delegierten der  
2 Landeskonferenz zur Herbst-LaKo treffen. Gäste sind auf unserer Konferenz natürlich wieder  
3 herzlich willkommen.

#### 4 Bildungsprogramm:

5 Das Seminarprogramm für das Jahr 2015/2016 wird wie jedes Jahr zu Beginn der  
6 Vorstandsperiode erarbeitet. Neben inhaltlichen Seminaren zu verschiedensten Politikfeldern  
7 wollen wir stärker in die Arbeit mit Plattformen einsteigen, die den Mitgliedern neben dem  
8 inhaltlichen Input auch eine Möglichkeit des Austauschs untereinander bieten.

9 Konkret wurde bereits im März 2015 der erste Kongress für KommunalpolitikerInnen auf  
10 Landesebene abgehalten. Die Kombination aus Fachtagung mit inhaltlicher Weiterbildung und  
11 der Erarbeitung konkreter Ziele/Projekte für die Arbeit der Jusos Bayern im jeweiligen  
12 Politikfeld im Rahmen von Workshops kann eine gelungene Ergänzung zum klassischen  
13 Seminarprogramm der Jusos Bayern darstellen. Der Vernetzungsgedanke von GenossInnen,  
14 die im gleichen Politikfeld arbeiten, spielt eine wesentliche Rolle und darf nicht unterschätzt  
15 werden. Nicht überall muss das Rad neu erfunden werden und inhaltlicher Mehrwert wird vor  
16 allem dort generiert, wo sich Strukturen geschaffen werden um das bereits vorhandene Wissen  
17 untereinander auszutauschen. Auch diese Form der Bildungsarbeit dient zur Ansprache von  
18 BündnispartnerInnen und kann zur Gewinnung von MultiplikatorInnen genutzt werden.

19 Die drei Module der „Funk-Schulung“ sollen erneut als Angebot für die Bezirksvorstände  
20 verstanden werden. Nachwuchstalente gezielt mit der Arbeit in Juso-Strukturen vertraut zu  
21 machen und eine kontinuierliche Förderung junger GenossInnen mit hohem inhaltlichen  
22 Anspruch zu gewährleisten. Gerade aufgrund der über Jahre verbesserten Inhalte und  
23 Konzepte dieses Angebots werden die Bezirke dazu ermuntert, dieses Angebot noch stärker  
24 anzunehmen als bisher.

#### 25 Kommissionen:

26 Die Kommissionen auf Landesebene werden auch im nächsten Jahr die inhaltliche Arbeit des  
27 Landesverbands zwischen den Landeskonferenzen leisten. Im Einzelnen hat sich die Struktur  
28 des gemeinsamen Tagens an drei gemeinsamen Wochenenden pro Jahr bewährt. Die vier  
29 Kommissionen

- 30 - Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)
- 31 - Wirtschaft und Soziales
- 32 - Umwelt und Energie
- 33 - Internationales

34 leisten hierbei ihre Arbeit in gewohnter Weise. Die Frauenkommission tagt unabhängig von  
35 diesen Wochenenden, um den aktiven Genossinnen auch die Möglichkeit der Teilnahme in  
36 anderen Kommissionen zu ermöglichen. Gleichzeitig wird aber Wert darauf gelegt, dass alle  
37 Kommissionen den „lila Faden“ beachten und pro Wochenende mindestens einen

1 Themenblock behandeln, der auch gleichstellungspolitische Fragen im jeweiligen  
2 Themengebiet erörtert.

### 3 Juso-Hochschulgruppen

4 Die Juso-Hochschulgruppen stellen eine bedeutende Vorfeldorganisation an den bayerischen  
5 Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen der Studierendenvertretungen stellen trotz der  
6 gesetzlichen Nichtverankerung der ASten eine wichtige Plattform für Jusos dar, die sich gezielt  
7 für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zur Bildung einsetzen. Das  
8 Landeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen kann auch im kommenden Jahr auf  
9 die tatkräftige Unterstützung des Landesvorstands zählen.

### 10 Juso-SchülerInnen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAB)

11 Als weitere wichtige Vorfeldorganisationen wird die Juso-SchülerInnen und  
12 Auszubildendengruppe Bayern auch im kommenden Jahr die Arbeit des Landesvorstands  
13 begleiten und sie sind für die Jusos Bayern wichtige Partnerinnen junge  
14 Menschen für die Politik zu begeistern und für eine Mitarbeit bei den  
15 Jusos Bayern zu werben. Die Einbeziehung der Belange der Azubis ist ein längst fälliger  
16 Schritt, den der Landesvorstand ausdrücklich begrüßt. In einem vorwiegend studentisch  
17 geprägten Verband fehlt teilweise der Input für Probleme und Anliegen junger  
18 ArbeitnehmerInnen. Dies soll im kommenden Jahr verbessert werden. Die Motivation von  
19 Azubis für die Mitarbeit bei den Jusos ist daher ein genauso wichtiger Schritt wie die Arbeit in  
20 den bayerischen Schulen.

### 21 Bundesebene:

22 Die Arbeit auf Bundesebene gestaltet sich für die Jusos Bayern positiv. Die Bundesvorsitzende  
23 Johanna Uekermann erfährt als bayerische Jungsozialistin mit ihrem Kurs einer sachlichen und  
24 zugleich inhaltlich fundierten Debattenkultur eine erfreuliche Präsenz in öffentlichen Debatten.  
25 Für diesen Kurs kann sie auch im kommenden Jahr auf die Unterstützung ihres Landesverbands  
26 und die inhaltliche Zuarbeit des Landesvorstands zählen.

27 Die inhaltliche Richtung des Bundesverbands wird durch die Mitarbeit der bayerischen  
28 Delegierten und ExpertInnen in den Bundesprojekten auch im kommenden Jahr wieder geprägt  
29 werden. Gleiches gilt für die Aufgabe der Koordinierung der beiden linken Strömungen auf  
30 Bundesebene. Die Kampagne „Links leben“ des Bundesverbands wird im Sommer auch in  
31 Bayern stattfinden. Aufgrund der Tatsache, dass sich auch diese Kampagne hauptsächlich mit  
32 dem Thema Freiheit und der Vision einer echten solidarischen Gesellschaft beschäftigt,  
33 ergeben sich viele Überschneidungspunkte zu unserer bayerischen Kampagne. Dies eröffnet  
34 die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

### 35 Fazit:

36 Die Jusos Bayern haben sich für das kommende Jahr enorm viel vorgenommen. Die Arbeit des  
37 Landesvorstands kann nur gewährleistet werden, wenn seitens der Partei ausreichend

1 finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir als Speerspitze  
2 einer progressiven Jugendbewegung flächendeckend aktiv sein wollen, benötigen wir die dazu  
3 erforderliche Ausstattung.

4 Die beiden Kampagnen sollen sich gegenseitig ergänzen, denn ohne Inhalte keine Struktur –  
5 ohne Struktur keine Inhalte. Ein erfolgreiches Vorstandsjahr 2015/2016 wird nur gelingen,  
6 wenn wir den aktuellen Schwung, der sich in Neugründungen und der Reaktivierung vieler  
7 Untergliederungen zeigt, mitnehmen und unsere GenossInnen durch inhaltliche Angebote  
8 mitnehmen. Unsere Generation hat eine starke und progressive politische Kraft verdient. Der  
9 neugewählte Landesvorstand wird alles in seiner Macht stehende unternehmen, um diesem  
10 Anspruch gerecht zu werden.

# 1 Arbeit

2

3 Kommission Wirtschaft und Soziales (über Landesvorstand)

## 4 A 1 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa

5

6 Seit spätestens Ende der 70er Jahre ist die Massenarbeitslosigkeit in allen industrialisierten  
7 Staaten ein Problem geworden, das bisher keine Regierung in den Begriff bekommen hat. Seit  
8 Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dieses Phänomen verstärkt. Besonders  
9 betroffen von der Arbeitslosigkeit sind dabei junge Menschen. In Griechenland und Spanien ist  
10 mittlerweile jede\_r Zweite Jugendliche arbeitslos, in Frankreich jeder vierter. Obwohl die  
11 offiziellen Statistiken Deutschland mit sieben Prozent eine eher geringe  
12 Jugendarbeitslosenquote ausweisen, ist sie dennoch mit Vorsicht zu genießen, da viele  
13 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in Maßnahmen des Übergangssystems landen und damit  
14 nicht mehr als arbeitslos zählen.

15 Seit einiger Zeit hat auch die EU-Kommission die hohe Jugendarbeitslosigkeit als Problem  
16 erkannt, weswegen sie eine sogenannte Jugendgarantie beschloss, die besagt, dass  
17 Jugendliche der EU-Mitgliedsstaaten nach Möglichkeit vier Monate nach Schulabschluss einen  
18 Arbeits- oder Ausbildungsplatz angeboten bekommen sollen. Wie diese Garantie umgesetzt  
19 werden soll, ist bis heute noch fraglich.

20 Insbesondere von deutscher Seite wird gerne behauptet, das Ausbildungssystem in den  
21 jeweiligen Ländern sei dafür verantwortlich, dass die Jugendarbeitslosigkeit so hoch sei. In der  
22 Tat besitzt das duale Ausbildungssystem viele Vorteile. Die These, dass die Art des  
23 Ausbildungssystems für die hohe Jugendarbeitslosenquote verantwortlich sein soll, lässt sich  
24 jedoch nicht halten, da in den betroffenen Ländern diese Systeme zu divers sind.

25 Um die Jugendarbeitslosigkeit senken zu können, muss die Gesamtarbeitslosigkeit bekämpft  
26 werden. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurden dabei Maßnahmen in  
27 verschiedenen Staaten beschlossen, die auch einen Erfolg ausweisen konnten, jedoch nicht  
28 konsequent weiterverfolgt worden sind. In Frankreich führte man Ende der 90er Jahre einen  
29 sekundären Arbeitsmarktsektor ein, der gezielt junge Menschen einen Arbeitsplatz oberhalb  
30 des Mindestlohns anbieten sollte. In Deutschland führte man die Altersteilzeit u.a. deswegen  
31 ein, um Stellen für junge Menschen frei zu machen. Aus diesen Gründen fordern wir die EU-  
32 Kommission auf sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

33 • Schaffung öffentlicher Beschäftigungssektoren: Um Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu  
34 bekämpfen fordern wir die Einführung öffentlicher Beschäftigungssektoren unter Bündelung  
35 der bisherigen staatlichen Ausgaben für Langzeitarbeitslose auf kommunaler Ebene, sowie  
36 der Bereitstellung zusätzlicher staatlicher Mittel zur wirksamen Bekämpfung verfestigter  
37 Sockelarbeitslosigkeit. Der öffentliche Beschäftigungssektor soll unseren Ansprüchen an Gute  
38 Arbeit genügen und unter der Einhaltung von Mindestlohnbestimmungen, Wahrung von

1 Mitbestimmungs-rechten, sowie Sozialversicherungspflicht der Beschäftigung konzipiert  
2 werden. Der ÖBS erfüllt die Kriterien der Gemeinwohlorientierung, ist keine  
3 Zwangsmaßnahme für den/die BetroffeneN und ersetzt keine bestehenden  
4 Beschäftigungsverhältnisse. Der öffentliche Beschäftigungssektor muss im Sinne der  
5 Durchsetzung qualifizierender Beschäftigungspolitik stets mit Qualifizierungs- und  
6 Weiterbildungsangeboten ausgestattet sein und die Beschäftigten aktiv dabei unterstützen  
7 nach Möglichkeit wieder auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

8  
9 • Verkürzung der Arbeitszeit: Neue Arbeitsplätze können nur entstehen, wenn das  
10 Wirtschaftswachstum höher ausfällt als die Produktivitätssteigerung. Da dies in den  
11 Industriestaaten immer seltener vorkommt, verkürzt sich stetig das Arbeitszeitvolumen, was zu  
12 einer höheren Arbeitslosigkeit führt. Dieses Volumen muss gerechter verteilt werden. Dies ist  
13 u.a. durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung und eine stärkere Förderung der Altersteilzeit  
14 und freiwilliger Teilzeit möglich. Das Ausführen von Überstunden muss von Seiten der  
15 Gesetzgeberin möglichst unattraktiv gestaltet werden, zum Beispiel durch Einführung eines  
16 Überstundenzuschlags.

17  
18 • Reregulierung der Arbeitsmärkte: Zunehmend sind gerade junge Beschäftigte von prekären  
19 Beschäftigungsverhältnissen betroffen, die es Ihnen teilweise unmöglich machen von ihrer  
20 Arbeit zu Leben und nicht geeignet sind Planungssicherheit zu gewährleisten. Im Zuge der  
21 Krise geraten unbefristete sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Normalarbeitsverhältnisse  
22 zunehmend unter Druck und wurden massiv durch atypische Beschäftigungsformen ersetzt.  
23 Deshalb braucht es die Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung der Regulierung von  
24 Leiharbeit, sowie die Einführung flächendeckender Flexibilitätszuschläge, die Abschaffung  
25 sachgrundloser Beschäftigung sowie die Eindämmung von Instrumenten wie Werkverträgen,  
26 die missbraucht werden um unternehmerisches Risiko auf die ArbeitnehmerInnen  
27 abzuwälzen.

28  
29 Deshalb braucht es die Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung der Regulierung von  
30 Leiharbeit, sowie die Einführung flächendeckender Flexibilitätszuschläge, die Abschaffung  
31 sachgrundloser Beschäftigung sowie die Eindämmung von Instrumenten wie Werkverträgen,  
32 die missbraucht werden um unternehmerisches Risiko auf die ArbeitnehmerInnen  
33 abzuwälzen.

34  
35 Das Instrument der Kurzarbeit kann ein wirkungsvolles Werkzeug sein, um in Krisen durch  
36 Senkung des betrieblichen Arbeitszeitvolumens auf knappe Auftragslage zu reagieren ohne  
37 Arbeitsplätze abzubauen und so Beschäftigung zu erhalten. Es muss jedoch strengen Regeln  
38 unterworfen sein um einen leichtfertigen Einsatz zu verhindern.

1 Jusos Oberbayern

2 An Bundeskongress der Jusos, Bundestagsfraktion der SPD

### 3 **A 2 Mindestlohn ohne Ausnahme**

4

5 Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab  
6 und fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für  
7 einen allgemeinverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme  
8 der Ausnahmeregelungen einzusetzen.

9 Das heißt wir fordern:

- 10 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für alle Jugendlichen gelten.
- 11 • Der Mindestlohn muss unverzüglich auch für alle Praktikant\_innen über die gesamte  
12 Praktikumsdauer gelten.
- 13 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für Langzeitarbeitslose beim beruflichen  
14 Wiedereinstieg von Beginn an gelten.
- 15 • Die Übergangsregelung für Teile der Zeitungszusteller\_innen muss unverzüglich  
16 abgeschafft werden.

17 Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument  
18 der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Das nun  
19 vom Bundestag beschlossene Mindestlohngesetz ist nur noch ein Schatten dessen, was noch  
20 vor kurzem vollmundig versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für  
21 Langzeitarbeitslose, Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken  
22 eines Mindestlohns.

23 Nicht nur viele Mitglieder, sondern auch die Gewerkschaften und hunderttausende von  
24 WählerInnen erwarten von der Sozialdemokratie die Umsetzung ihres zentralen Versprechens  
25 für diese Legislaturperiode: Der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn. Ein Mindestlohn mit  
26 Ausnahmen ist kein Mindestlohn. Wenn Löhne unter dem Mindestlohn gezahlt werden können,  
27 hat dieser seinen Namen nicht verdient.

28 Jugendliche

29 Als Jugendorganisation halten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine  
30 europarechtlich unzulässige Altersdiskriminierung für willkürlich gesetzt und völlig falsch. Eine  
31 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen  
32 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

33 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu  
34 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren  
35 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe  
36 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des

1 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher  
2 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben  
3 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

4 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob  
5 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür  
6 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

7 Langzeitarbeitslose

8 Die generelle Ausnahme von Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn ist nicht zu rechtfertigen  
9 und stößt in der Praxis auf zahlreiche Probleme:

10 Es gibt keine Hinweise darauf, dass Langzeitarbeitslose dann eingestellt werden, wenn die  
11 Löhne niedriger sind. Auch wissenschaftlich gibt es keinen Beleg für die These, dass ein  
12 bestimmter Mindestlohn diese Gruppe praktisch vom Arbeitsmarkt ausschließt. Wenn dies  
13 zutreffen würde, dürfte es derzeit in Deutschland keine Langzeitarbeitslosigkeit geben.  
14 Tatsächlich ist die Langzeitarbeitslosigkeit – trotz eines großen Niedriglohnssektors - in  
15 Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch und höher als in Ländern mit  
16 einem Mindestlohnsystem. Dies spricht dagegen, dass es einen Zusammenhang zwischen  
17 Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohn gibt.

18 Die Definition der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. In der Regel wird  
19 Langzeitarbeitslosigkeit angenommen, wenn jemand länger als ein Jahr arbeitslos ist. Doch  
20 können kurze Beschäftigungen oder andere Gründe diesen Zeitraum unterbrechen. Die  
21 Gruppe derjenigen, die schon längere Zeit ohne festes Einkommen sind, ist deswegen viel  
22 größer als die Zahl der „offiziell Langzeitarbeitslosen“. Die Abgrenzung ist in jedem Fall  
23 unscharf. Hinzu kommen rund 1,2 Mio. Personen in der „stillen Reserve“, die arbeitslos sind,  
24 aber nicht offiziell gemeldet sind. Dazu gehören z.B. auch Berufsrückkehrer/innen. Formal  
25 gelten sie als langzeitarbeitslos, obwohl es hier zahlreiche Ausnahmen gibt und die Gruppe  
26 sehr heterogen ist. Individuelle Erfahrungen und Lebensleistung bleiben völlig unberücksichtigt.  
27 Aus diesen Gründen ist es gesetzlich schwer (wenn nicht unmöglich) zu definieren, für wen die  
28 Ausnahme genau gelten soll. Auch Beschäftigte aus dem Ausland können langzeitarbeitslos  
29 sein oder sich als langzeitarbeitslos bezeichnen. Hier ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet.  
30 Äußerst problematisch wäre, wenn diese Gruppe von der Arbeitsagentur eine „offizielle  
31 Bescheinigung“ bekämen, die sie als Langzeitarbeitslose ausweist. Dies würde die  
32 Beschäftigungschancen eher mindern als erhöhen. Wegen der stigmatisierenden Wirkung ist  
33 diese Bescheinigung für die Agenturen unzumutbar.

34 SaisonarbeiterInnen

35 Wir begrüßen die Rücknahme der geplanten Ausnahmeregelungen für SaisonarbeiterInnen  
36 und fordern weiterhin, dass Kosten für Verpflegung und Unterbringung nicht auf den Lohn  
37 angerechnet werden dürfen. Lohndrückerei und Umgehungstatbestände beim Mindestlohn  
38 müssen konsequent geahndet werden.

1 **Finanzen/Wirtschaft**

2 Kommission Wirtschaft und Soziales über Landesvorstand

3 An Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&E-  
4 Fraktion im EU-Parlament

5 **F 1 Nein zu TTIP und CETA!**

6

7 Die Jusos Bayern lehnen das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)  
8 zwischen den USA und der EU sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement  
9 (CETA) zwischen Kanada und der EU ab.

10 Wir fordern daher alle Bundestags- und Europaabgeordneten auf, gegen dieses Abkommen zu  
11 stimmen.

12 Wir begrüßen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und rufen zur Unterschrift für diese  
13 auf. Die Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission halten wir für falsch,  
14 undemokratisch und inakzeptabel.

15 Begründung:

16 Die europäische Kommission verhandelt das Transatlantic Trade and Investment Partnership  
17 (TTIP) mit einer großen Anzahl von Regierungen des europäischen und amerikanischen  
18 Kontinents unter dem euphemistischen Begriff eines Freihandelsabkommens.  
19 Verbraucherschutz-, Umwelt- und Nichtregierungsorganisationen sehen in TTIP allerdings einen  
20 erheblichen Eingriff in die politische Selbstbestimmung von Staaten, Ländern und Kommunen,  
21 u.a. durch die Einklagbarkeit entgangener Gewinne auf Grund von Umweltstandards,  
22 Verbraucherschutzgesetzen etc.

23 Zudem bedeuten Schiedsgerichte, die für derartige Klagen zuständig sein sollen und  
24 außerhalb der Kontrolle von Parlamenten und nationaler Gesetzgebung stehen, einen Angriff  
25 auf die Grundlagen unserer Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen  
26 zwischen globaler Wirtschaft, demokratisch verfassten Staaten und politischen  
27 Entscheidungsträgern. TTIP beeinträchtigt damit auch die Handlungsmöglichkeiten von  
28 Kommunen.

29 Das Gleiche gilt für das als Blaupause für TTIP dienende, bereits ausgehandelte  
30 Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU.

31 Die Gründe, die gegen TTIP bzw. ähnlich auch gegen CETA, sprechen, sind im Überblick:

32 TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus: Ausländische Konzerne können Staaten künftig vor  
33 nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn  
34 sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.

1 TTIP öffnet Privatisierungen Tür und Tor: Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf  
2 Kosten der Allgemeinheit Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.

3 TTIP gefährdet unsere Gesundheit: Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal –  
4 so wäre der Weg frei für Fracking, Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche  
5 Landwirtschaft wird geschwächt und die Agrarindustrie erhält noch mehr Macht.

6 TTIP untergräbt die Freiheit: Es droht noch umfassendere Überwachung und Gängelung von  
7 InternetnutzerInnen. Exzessive Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und  
8 Wissenschaft.

9 TTIP ist praktisch unumkehrbar: Einmal beschlossen, sind die Verträge für gewählte  
10 PolitikerInnen nicht mehr zu ändern. Denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner  
11 zustimmen. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag auch nicht aussteigen, da die EU den  
12 Vertrag abschließt.

13 Ein TTIP- und CETA-Abkommen ohne diese problematischen Bestandteile wie es vom DGB  
14 gefordert wird, wäre zwar ertragbar, jedoch würde es laut Studien ebenfalls dazu führen,  
15 dass der Handel zwischen der USA und der EU (im Fall von TTIP) auf Kosten des Handels mit  
16 der Dritten Welt zunehmen würde. Dies kann nicht der richtige Weg sein.

17 Die Argumente, die von der Europäischen Kommission zur Ablehnung der von zahlreichen  
18 Organisationen getragenen Europäischen Bürgerinitiative (darunter z. B. attac) angeführt  
19 wurden, sind offensichtlich politisch motiviert. Die Initiative tragenden Organisationen werden  
20 Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einlegen. Zudem wird die Unterschriftensammlung  
21 selbstorganisiert starten.

22

1 Juso-Bezirk Niederbayern

2 An Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag  
3 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-MdEP in der Fraktion S&D im Europäischen  
4 Parlament, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen  
5 Parlament

6 **F 3 Schluss mit neoliberalem Monetarismus!**

7 **Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum**

8 Die Gefahr Deflation

9 Aktuell berichten Medien regelmäßig über eine Deflationsgefahr für den Euroraum und die  
10 dadurch entstehenden Probleme für die Wirtschaft Europas. Obgleich die Berichterstattung  
11 leider etwas spät auf diese Thematik aufmerksam geworden ist (bereits im April 2013  
12 unterschritt die Inflationsrate das Inflationsziel um 0,7%-Punkte)<sup>1</sup>, gilt es, sich intensiv mit  
13 diesem Problem auseinanderzusetzen. In der Tat geht nämlich eine erhebliche Gefahr von  
14 einer drohenden Deflation aus. Notenbanken dieser Welt legen bewusst ihr Inflationsziel nicht  
15 auf den Wert Null, sondern auf einen Wert nahe zwei Prozent, weil zum einen bekannt ist,  
16 dass die Statistiken Qualitätssteigerungen der Produktion zu spät erfassen und damit die  
17 Inflationsrate in etwa um ein Prozent jährlich überzeichnen, und zum anderen eine akute  
18 Gefahr von einer Deflation ausgeht, welche durch einen „Sicherheitsabstand“ vermieden  
19 werden soll. Inflation ist gewissermaßen die Nettoertragsrate der Warenhaltung, sie schafft  
20 Anreize für Investitionen und motiviert zur Kreditaufnahme. Ferner ist die Zentralbank bei einer  
21 Inflationsrate größer Null handlungsfähig, da sie die Nominalzinsen und Reserven erhöhen  
22 und somit dem Markt Geld entziehen kann. Selbstverständlich ist, und davor muss man in  
23 Deutschland nicht warnen, die Gefahr, welche von einer hohen Inflationsrate ausgeht, nicht zu  
24 vernachlässigen. Jedoch gibt es keine Inflationsrate, bei der die Zentralbank gänzlich  
25 handlungsunfähig wird. Das unterscheidet die Inflation von der Deflation.  
26 Fällt die Inflationsrate nämlich unter einen Wert von 0, kommt es also zur offenen Deflation, so  
27 ist die Rendite aus der reinen Bargeldhaltung positiv und man gerät in ein Stadium, in  
28 welchem kaum noch Investitionen getätigt werden. Die Notenbank kann dann die kurzfristigen  
29 Zinsen nicht unter den Wert Null setzen, sodass es einen Anreiz gäbe, zu investieren, sie kann  
30 niemanden zwingen, Geld in Umlauf zu bringen und sie kann keine Verpflichtung  
31 aussprechen, Kredite aufzunehmen. Vielmehr sind der Zentralbank dann die Hände gebunden  
32 – sie wird handlungsunfähig. Ein praktisches Beispiel hierzu liefert die wirtschaftliche  
33 Entwicklung in Japan. Man kann also feststellen, dass der Euroraum, sollte es zu einer länger  
34 anhaltenden Deflation kommen, mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen  
35 haben wird, welche das Ausmaß der Finanzkrise deutlich übersteigen dürften. Dem Argument,  
36 die gefallen Rohölpreise würden den Trend des BIP-Deflators momentan erklären, sei  
37 entgegnet, dass auch nach Bereinigung der Inflationsrate hinsichtlich der  
38 Energiepreisentwicklung ein Negativtrend zu beobachten ist, welcher aktuell in einer

1 Kerninflation unter der 1%-Marke mündet.<sup>2</sup> Wie akut die Problematik ist, soll nachfolgende  
2 Grafik zeigen<sup>3</sup>:

3 Seit 2011 ist der Trend der Inflation im Euroraum rückläufig, seit 2013 liegt sie unter dem  
4 Inflationsziel. Im Dezember 2014 unterschritt sie zum erstmalig den Wert 0 und lag bei -0.2%.  
5 In allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union, außer in Rumänien, lag die Inflationsrate in  
6 diesem Monat unter 1%<sup>4</sup>. Auch wird die Brisanz der Lage dadurch unterstrichen, dass die  
7 Europäische Zentralbank sich zu unorthodoxen Handlungen wie dem Aufkaufen von  
8 Staatsanleihen gezwungen sieht. Demnach gilt es, zu ergründen, woher der fallende  
9 Inflationstrend rührt, um anschließend konkrete Forderungen ableiten zu können.

## 10 Inflation als monetaristisches Phänomen

11 Schenkt man den MonetaristInnen Glauben, so stellt die Geldmenge die wichtigste Größe zur  
12 Steuerung der Wirtschaft dar. Gemäß der Quantitätstheorie Irving Fishers führt eine starke  
13 Ausdehnung der Geldmenge zu Inflation und ein Einbremsen des Geldmengenwachstums zu  
14 Deflation. Dass der Wert des Geldes dem der produzierten Waren gegenübersteht, ist nicht  
15 von der Hand zu weisen. Demnach führt eine Geldmengenerhöhung zur Inflation, da den  
16 produzierten Waren eine höhere Geldmenge gegenübersteht und daher die Preise steigen  
17 müssen. Diesen Effekt macht sich auch das Instrument der Leitzinsen der Notenbanken zu  
18 Nutze: Eine Senkung der Leitzinsen bedeutet niedrigere Zinskosten für Zentralbankkredite und  
19 demnach eine Erhöhung der Zentralbankgeldnachfrage durch die Geschäftsbanken. Infolge  
20 dessen nutzen die Zentralbanken das Instrument der Leitzinsen dazu, um die Geldmenge zu  
21 kontrollieren. Droht eine Deflation, so müsste folgerichtig die Zentralbank mit einer  
22 Leitzinssenkung reagieren und damit die Nachfrage nach Zentralbankgeld ankurbeln, sodass  
23 sich die Geldmenge im Wirtschaftsraum erhöht, den produzierten Waren ein höheres  
24 Geldvolumen gegenübersteht und demnach die Preise steigen. Dies führt dann im Idealfall zur  
25 gewünschten Inflation. Die Europäische Zentralbank hat in jüngerer Vergangenheit häufig von  
26 diesem Instrument Gebrauch gemacht. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der  
27 Leitzinsen der EZB<sup>5</sup>:

28 Nichts desto trotz brachte eine Senkung der Refinanzierungskosten für Banken nicht den  
29 gewünschten Effekt des Geldmengenwachstums. Zwar sank der EURIBOR, jedoch wurde  
30 dadurch nicht die Nachfrage nach Zentralbankgeld, trotz Mengentender mit Vollzuweisung,  
31 gesteigert. Vielmehr ist das Volumen der Offenmarktgeschäfte der EZB trotz fallender Zinsen  
32 rückläufig, wie folgende Grafik zeigt<sup>6</sup>:

33 An dieser Stelle sei nochmals die Problematik der Lage für die Europäische Zentralbank  
34 verdeutlicht: Eine Zentralbank kann mit ihren Instrumenten jede Inflation in kurzer Zeit in die  
35 Knie zwingen, jedoch eine Deflation verhindern kann sie nicht. Sie kann den Leitzins noch so  
36 sehr senken und geparkte Einlagen mit Negativzinsen bestrafen und trotz alledem wird sich  
37 kein Effekt einstellen, wenn die Geschäftsbanken nicht bereit sind, Kredite zu vergeben, weil  
38 ihnen die KundInnen fehlen, welche in Sachkapital investieren wollen. Kurzum, um es mit den  
39 Worten von John M. Keynes zu sagen: „We cannot, by international action, make the horses

1 drink. That is their domestic affair. But we can provide them with water“. Insofern kann  
2 festgestellt werden, dass das Instrument der Leitzinsen in einer Situation, in der private  
3 InvestorInnen nicht Kredite in ausreichendem Ausmaß nachfragen, keine Wirkung erzielt. Das  
4 erklärt auch, weshalb die europäische Notenbank aktuell zu unkonventionellen Maßnahmen  
5 wie monetärer Lockerung (Quantitative Easing), also dem Versuch, über Ankauf von  
6 Staatsanleihen und anderen Wertpapieren Geld in den Markt zu pumpen und langfristige  
7 Zinsen weiter zu drücken, greift. Dass die Europäische Zentralbank die Deflationsgefahr nicht  
8 herunterspielt und sich mit allen Mitteln dagegen zu sträuben versucht, ist beachtlich. Nichts  
9 desto trotz wird sie sich, sofern die weiteren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im  
10 Euroraum konstant bleiben, früher oder später ihre Ohnmacht eingestehen müssen. Denn selbst  
11 durch das Fluten des Marktes mit Kapital und dem Drücken von langfristigen Zinsen kann keine  
12 Inflation konstruiert werden, wenn die dann zusätzlich verfügbare Geldmenge nicht weiter in  
13 Umlauf gebracht werden kann – das heißt wenn dadurch die Investitionsbereitschaft nicht  
14 angekurbelt wird. Deshalb ist das Programm der Zentralbank nicht falsch, da es die  
15 Langfristzinsen auf Staatsanleihen senken und damit die Refinanzierungskosten für Staaten  
16 reduzieren dürfte, die aktuell mit Problemen bei der Refinanzierung kämpfen müssen, jedoch  
17 ändert es nichts an der Deflationsproblematik, sondern verzögert sie bestenfalls kurzfristig. Der  
18 eigentliche Kern des Problems ist nämlich nicht monetärer, sondern realwirtschaftlicher Natur.

#### 19 Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Inflation

20 Wie wir bereits festgestellt haben, ist eine angestrebte Geldmengenerhöhung der  
21 Notenbanken dann wirkungslos, wenn Finanzintermediäre keine Zentralbankkredite  
22 nachfragen. Es gilt also, zu ergründen, weshalb kein Nachfrageanstieg trotz Leitzinsenkung  
23 erfolgt ist. Die Ursache, weshalb trotz historisch tiefer Zinsen und Mengentendervorfahren mit  
24 Vollzuweisung bei der Vergabe von Zentralbankkrediten kein positiver Nachfrageschock  
25 eingetreten ist, liegt darin, dass Geschäftsbanken diese billigen Kredite nicht an die  
26 Realwirtschaft weiterreichen können und wollen. Zum einen bevorzugen es Banken und andere  
27 SpielerInnen aktuell, in die Finanzmärkte zu investieren, statt potentielle KundInnen zu suchen,  
28 welche gewillt sind, Sachanlagen zu tätigen und Projekte zu realisieren, was daran liegt, dass  
29 die Liberalisierungspolitik der Industriestaaten sie geradezu dazu ermuntert hat, durch  
30 Spekulationen an Märkten für vorhandene Vermögenstitel virtuelle Vermögenswerte zu  
31 kreieren, welche sich irgendwann mit einem großen Knall in Luft auflösen. Beispielhaft kann  
32 hier die Entwicklung des DAX genannt werden, der in einer ökonomisch rezessiven Lage sein  
33 Allzeithoch erreichen konnte. Andererseits rührt die fehlende Vergabe von Krediten an  
34 Unternehmen und InvestorInnen daher, dass in der Realwirtschaft eine mangelnde  
35 Güternachfrage vorherrscht. Diese ist das Ergebnis der europäischen Austeritätspolitik, welche  
36 in einer ökonomischen Krisensituation, in der ohnehin schon alle privatwirtschaftlichen  
37 AkteurInnen ihre Investitionen reduzierten und damit die Konjunktur schwächten, versuchte,  
38 auch noch die öffentlichen Haushalte zum Sparen zu zwingen. Diese Sparpolitik hat nicht nur  
39 dazu geführt, dass die Krise unnötig vertieft wurde, sondern konnte auch keine wesentlichen  
40 Erfolge in der Haushaltskonsolidierung erzielen. Verstärkt wurde der negative Effekt der  
41 Austeritätspolitik dadurch, dass man die verschuldeten Länder durch sog. Hilfsprogramme

1 dazu zwang, die Löhne zu senken, bei gleichzeitiger Kaufkraftminderung durch  
2 Mehrwertsteuererhöhungen, sodass ein zusätzlicher Nachfrageeinbruch folgen musste. Addiert  
3 man den negativen Nachfrageeffekt der Krise auf Unternehmen, den Rückgang der Nachfrage  
4 durch Staaten infolge der Austeritätspolitik sowie den Nachfrageeinbruch durch  
5 Kaufkraftminderung in Südeuropa zusammen, so liegt es auf der Hand, weshalb die  
6 Investitionsbereitschaft in der aktuellen Lage derart gering ist: Wenn weder der öffentliche  
7 Sektor, noch private Unternehmen dazu bereit sind, Konsum zu realisieren, und die privaten  
8 Haushalte schlichtweg infolge fallender, oder jedenfalls stagnierender, Kaufkraft nicht in der  
9 Lage sind, mehr zu kaufen, bleiben Investitionen aus. Dadurch lahmt die Nachfrage nach  
10 Zentralbankgeld, und dadurch ist und bleibt die Notenbank handlungsunfähig. Stellt sich  
11 hingegen eine höhere Nachfrage des Staates ein und werden private Haushalte mit mehr  
12 Kaufkraft versorgt, so kann ein positiver Nachfrageschock realisiert, die Kreditnachfrage  
13 angekurbelt und damit Zentralbankgeldversorgung in ausreichender Höhe gewährleistet  
14 werden. Was der EZB fehlt, ist ein plausibler und empirisch evidenter Ansatz zur Erklärung  
15 von Inflation. Zwar hat die Zentralbank es verstanden, dass sie durch Erhöhung der  
16 Refinanzierungskosten und des Mindestreservesatzes Geld aus dem Markt entfernen kann und  
17 damit einen positiven Inflationstrend zu stoppen oder gar umzukehren vermag, jedoch erklärt  
18 das nicht das Wesen der Inflation selbst. Vielmehr muss die Erklärung bei den Löhnen,  
19 genauer genommen bei der Veränderung der Lohnstückkosten, ansetzen. Nachfolgende Grafik  
20 stellt den Zusammenhang zwischen der Änderung der Lohnstückkosten und der  
21 Preissteigerungsrate dar<sup>2</sup>:

22 Eine klarere Evidenz kann es kaum geben: Steigen die Ausgaben der Unternehmen für Löhne,  
23 so kommt es zu Inflation. Insbesondere sei angemerkt, dass Deutschland aktuell als Vorbild für  
24 Krisenländer in der Europäischen Union fungieren soll. Würden jedoch alle Staaten dem Ideal  
25 Deutschlands folgen und ihre Lohnsteigerungen derart reduzieren, wie Deutschland es infolge  
26 der Agenda2010 und den darauf aufbauenden Reformen getan hat, so hätte dies  
27 gezwungenermaßen eine Verschärfung der deflationären Situation zur Folge. Vielmehr müssen  
28 die Reallöhne in Europa dauerhaft und nennenswert steigen, damit die Nachfrage durch die  
29 privaten Haushalte angekurbelt, der Anreiz für Investitionen erhöht, die Kreditnachfrage  
30 gesteigert und das Inflationsziel erreicht werden kann. Dies führt nicht, wie häufig postuliert,  
31 zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrie gegenüber anderen Staaten,  
32 da hier nur eine vernachlässigbar geringe Konkurrenz besteht. Vielmehr findet der mit  
33 deutlichem Abstand größte Teil des Außenhandels europäischer Länder innerhalb der  
34 Europäischen Union statt, und ist damit kein Außenhandel im klassischen Sinn, sondern  
35 vielmehr ein Binnenkonsum, der fälschlicherweise nicht als solcher verstanden wird. Ein  
36 positiver Nachfrageschock im europäischen Raum lässt demnach nicht nur das Inflationsziel  
37 um ein deutliches Stück näher rücken, sondern erhöht auch die Binnennachfrage und befeuert  
38 damit die innereuropäische Produktion. Ferner würde damit eine rückläufige  
39 Lohnquotenentwicklung endlich umgekehrt, sodass Teilhabe am Produktionsprozess wieder  
40 gerechter entlohnt und der Anreiz zur Arbeit gestärkt werden dürfte.  
41 Nachdem nun das Wesen der Inflation charakterisiert und analysiert wurde, können konkrete  
42 Lösungsansätze aufgestellt werden:

## 1 Forderungen

2 Da die Problematik der Deflation nicht von der Hand gewiesen, und ein offensichtlicher  
3 Zusammenhang zwischen Inflationsentwicklung und Lohnstückkosten aufgezeigt werden kann,  
4 fordern wir

- 5 • Ein klares Bekenntnis zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik! Der Monetarismus ist  
6 gescheitert, und es gilt, die Auswirkungen der Fehler aus der Vergangenheit zu  
7 kompensieren. Hierzu bedarf es dem glaubwürdigen Versprechen, künftig nicht weitere  
8 fiskalische Dummheiten zu begehen und sich stattdessen einem sinnvollen Konzept der  
9 Wirtschaftspolitik zuzuwenden, das sich bereits mehrfach profilieren konnte.
- 10 • Ein sofortiges Ende der Austeritätspolitik! Eine Nachfragekrise mit einer Senkung der  
11 Nachfrage des öffentlichen Sektors zu beantworten, erscheint absurd. Stattdessen soll  
12 der öffentliche Sektor deutlich höhere Ausgaben in Bildung und Infrastruktur tätigen.
- 13 • Schluss mit der Sparpolitik für Südeuropa! Durch eine Einschränkung der  
14 Staatsausgaben, eine Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung und  
15 Beschäftigungsabbau kann keine Wirtschaft der Welt stabilisiert werden. Vielmehr  
16 braucht es einen Schuldenschnitt, insbesondere für Griechenland und gegebenenfalls  
17 auch für weitere südeuropäische Länder, ein vernünftiges Förderungsprogramm und ein  
18 solidarisches Europa.
- 19 • Die Ablehnung der Schuldenbremse! Nur durch einen starken Staat kann erfolgreiche  
20 Fiskalpolitik betrieben werden. Dies wird durch das Konstrukt der Schuldenbremse  
21 verhindert, welche ohne Not, wie oben gezeigt, die Krisensituation verschärft und  
22 keinen Nutzen erwirtschaftet, der damit in Relation gesetzt werden kann.
- 23 • Die Beendigung der Stagnation der Lohnentwicklung! Vielmehr soll stattdessen eine  
24 deutliche Reallohnsteigerung eintreten, die die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts  
25 kompensiert und ArbeitnehmerInnen für ihre berufliche Tätigkeit angemessen entlohnt.
- 26 • Eine konsequente Bekämpfung des Gender Pay Gap! Neben der  
27 gesellschaftspolitischen Relevanz der Gleichstellung von Frau, Mann und Menschen  
28 ohne männliche oder weibliche Selbstidentifikation hinsichtlich der Lohnhöhe würde  
29 eine Verringerung der Lohn dispersion zwischen den Geschlechtern dazu führen, die  
30 Lohnquote auf ein höheres Niveau zu heben und damit die Deflationstendenzen zu  
31 bekämpfen. Auch kann eine Angleichung der geschlechterspezifischen Löhne  
32 beispielsweise zu einem Überschreiten des Reservationslohns für Frauen führen, sodass  
33 Anreize geschaffen werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.
- 34 • Umverteilung durch Steuern! Wenn Unternehmen nicht gewillt sind, die  
35 Primärverteilung durch Zahlung höherer Löhne zu verändern, muss der Staat die  
36 Schiefelage der Verteilung durch eine Änderung der Sekundärverteilung korrigieren.  
37 Eine höhere Vermögensbesteuerung sowie der Ausbau des Lohnsteuersatzes für  
38 HochverdienerInnen stellen Mittel bereit, um die Kaufkraft der NormalverbraucherInnen  
39 durch Sozialleistungen zu erhöhen.

40

1 Des Weiteren möchten wir noch einmal bekräftigen: Wir fordern

- 2 • Schluss mit Ausnahmen beim Mindestlohn! Auch wenn der Mindestlohn in seiner  
3 bestehenden Form die Löhne von rund 7 Millionen ArbeitnehmerInnen erhöht, ist er  
4 selektiv und nutzt seine Möglichkeiten nicht vollständig. Daher soll der Mindestlohn  
5 ausgebaut werden, sodass dieser für ausnahmslos jede berufstätige Person in  
6 Deutschland gilt. Ferner soll der Mindestlohn sich nicht länger an der  
7 Niedriglohngrenze bemessen, sondern ein signifikant höheres Niveau annehmen.  
8 Langfristig soll parallel ein europäischer Mindestlohn etabliert werden
- 9 • Regulierung der ArbeitnehmerInnenüberlassung! Nur ein langfristiger Beschäftigungsvertrag  
10 schafft die notwendigen Sicherheiten für größere Anschaffungen. Leih- und Zeitarbeit  
11 können zwar Mittel zur Überbrückung von Auftragspitzen sein, jedoch ist dieses Mittel  
12 einerseits kurzfristig und andererseits ausnahmslos in Hochkonjunkturphasen zu gebrauchen.  
13 Da mittlerweile wohl kaum von einem kurzfristigen Hoch bei der Zahl der LeiharbeiterInnen  
14 gesprochen werden kann und alles andere als eine konjunkturelle Hochphase vorliegt, gilt es,  
15 die Deregulierungen durch die Agenda 2010 rückgängig zu machen und ein sicheres  
16 Beschäftigungsumfeld für ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- 17 • Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte! Die Folgen des Liberalisierungswahns der  
18 europäischen Staaten gilt es einzudämmen. Statt weiterhin Anreize für Banken und  
19 FinanzakteurInnen zu schaffen, in hochspekulative Titel zu investieren, soll der Geldfluss zur  
20 Produktion gewährleistet werden. Eine Finanztransaktionssteuer muss endlich realisiert  
21 werden.

[<sup>1</sup><http://ec.europa.eu/eurostat/inflation-dashboard/><sup>2</sup><http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/><sup>3</sup><http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/><sup>4</sup><http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/><sup>5</sup>Daten: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaeft-seit-1999/>, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/>, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/> <sup>6</sup><http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/><sup>7</sup><http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/>]

# 1 Innenpolitik und Europa

2 Jusos Unterfranken

3 An Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag  
4 Deutschland

## 5 I 1 Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co.

6 Seit Monaten ziehen nun schon Demonstrationen unter dem Namen PEGIDA („Patriotische  
7 Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) oder der daraus hervorgegangenen  
8 zahlreichen Abspaltungen durch etliche Städte in Deutschland, demonstrieren gegen eine  
9 angeblich stattfindende Überfremdung, insbesondere „durch den Islam“, und verbreiten  
10 menschenverachtende Parolen. In Bayern sind insbesondere München, Nürnberg und  
11 Würzburg von diesen Kundgebungen betroffen. Dort finden sich bürgerliche Demonstranten  
12 Seit an Seit mit bekannten RechtsextremistInnen und Neonazikadern, um gegen Menschen mit  
13 Migrationshintergrund und speziell AsylbewerberInnen zu hetzen sowie diffus zum Widerstand  
14 gegen „die Politik“ aufzurufen.

15 Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in drei Landesparlamente  
16 und das Europaparlament, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von rechtspopulistischen  
17 Parolen einfangen lassen. Die Angriffe auf Geflüchtete Menschen, sowohl verbal als auch  
18 tätlich, und der sich entwickelnde Diskurs über die angeblichen „Flüchtlingsströme“ erinnern  
19 uns in erschreckender Weise an die 90er Jahre und das damalige Versagen der  
20 Sozialdemokratie.

21 Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Unser gewaltfreier Widerstand schließt  
22 ausdrücklich Mittel des zivilen Ungehorsams und friedlicher Blockaden ein. Wir solidarisieren  
23 uns mit AktivistInnen die aufgrund solcher Maßnahmen Opfer von Repression werden. Wir  
24 stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus und an die Seite von  
25 MuslimInnen, deren Religion durch die Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt wird,  
26 und AsylbewerberInnen, deren Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen nicht anerkannt,  
27 sondern mit Füßen getreten wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft, die allen  
28 Menschen ein gutes Leben bietet.

29 Konsequente Isolation von PEGIDA durch alle DemokratInnen

30 Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die PEGIDA- AnhängerInnen von allen  
31 demokratischen Parteien und PolitikerInnen konsequent politisch isoliert werden. Es darf kein  
32 Verständnis für menschenfeindliche Parolen und Überfremdungssemantiken geben! Die  
33 vermeintlichen Ängste der DemonstrantInnen ernst zu nehmen bedeutet sie zu legitimieren. Aus  
34 unserer Sicht müssen alle DemokratInnen klar machen: Wir stehen für eine offene Gesellschaft,  
35 Rechtspopulismus hat bei uns keinen Platz! Die Tatsache, dass in beinahe allen von PEGIDA  
36 betroffenen Städten, die GegendemonstrantInnen in der überwältigenden Überzahl sind, und  
37 das sogar in vielen Städten, in denen bisher keine rechtspopulistischen Bündnisse Erfolg

1 verbuchen konnten, große Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen und eine offene  
2 Gesellschaft abgehalten wurden, zeigt für uns, dass PEGIDA und Konsorten eben nicht die  
3 „schweigende Mehrheit“ unseres Landes repräsentieren. Jetzt auf deren Forderungen  
4 einzugehen, über die Verschärfung des Asylrechts oder die vermeintliche „Überfremdung“  
5 Deutschlands zu diskutieren, hieße aus unserer Sicht, dem Willen einer rückwärtsgewandten,  
6 fremdenfeindlichen Minderheit nachzugeben.

7 Klare Kante gegen rassistische Äußerungen aus etablierten Parteien

8 Auch unsere Koalitionspartner auf Bundesebene befeuern die Proteste von PEGIDA.  
9 Forderungen wie die nach der Verschärfung des Asylrechts des ehemaligen Innenminister  
10 Friedrich oder Sätze wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind Wasser auf den Mühlen der  
11 RechtspopulistInnen. Wir fordern die SPD auf, sich von diesen Äußerungen der CSU zu  
12 distanzieren und sich deutlich von den Koalitionspartnern abzugrenzen, wenn dies notwendig  
13 ist. Parteien, die bewusst durch rechtspopulistische Parolen auf Stimmenfang gehen, sollten  
14 nicht als mögliche Koalitionspartner in Betracht gezogen werden.

15 Eine Zukunft in der Demokratie aufzeigen

16 Es ist kein Zufall, dass Pegida und ihre Ableger ausgerechnet dort stark sind wo es auch  
17 gefestigte rechte Strukturen gibt. Dies liegt zum einen daran, dass man deren Strukturen nutzt,  
18 zum anderen aber auch daran, dass die Zuwendung zu Pegida aus ähnlichen Motiven  
19 geschieht, wie zu rechten Parteien. In den strukturschwachen Regionen z.B. in Sachsen, aber  
20 auch in Nordbayern, fühlen sich die Menschen von der Politik im Stich gelassen. Dörfer  
21 verwandeln sich mehr und mehr in Geisterstädte und die Perspektivlosigkeit steigt. Zu diesem  
22 Zustand hat auch die Sozialdemokratie ihren Beitrag geleistet.

23 In Sachsen gibt es zudem die besondere Situation, dass die CDU nur halbherzig gegen rechts  
24 arbeitet, sondern sogar am rechten Rand Stimmen fischt und damit die widerliche Weltsicht  
25 rechter Gruppierungen zumindest in Teilen legitimiert.

26 Eine nachhaltige Schwächung von Pegida und Co kann nur erreicht werden, wenn die  
27 Menschen wieder das Gefühl bekommen, von der Politik ernst genommen zu werden.

28 Für ein menschenwürdiges Asylrecht und eine offene Gesellschaft

29 Wir als JunsozialistInnen werden niemals von einer menschenwürdigen Asylpolitik abrücken  
30 und werden innerhalb der SPD dafür kämpfen, dass auch diese zu einer guten und  
31 menschenwürdigen Asylpolitik zurückkehrt. Jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres, ein  
32 menschenwürdiges Leben. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und aus Not zu uns  
33 kommen, müssen hier mit offenen Armen empfangen werden. Eine Verschärfung des Asylrechts  
34 lehnen wir vehement ab!

1 Das individuelle Recht auf Asyl und die Freizügigkeit aller Menschen sind für uns Ausdruck  
2 internationaler Solidarität und ein fundamentales Menschenrecht. Wir dürfen nicht den Fehler  
3 begehen, EinwanderInnen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen. Eine offene  
4 Gesellschaft ist für uns ein Ziel und ein Wert an sich, der nicht kapitalistischer  
5 Verwertungslogik unterzogen werden darf. Eine – auch in Teilen unserer Partei zu  
6 beobachtende – Unterscheidung in „nützliche“ und „unnütze“ MigrantInnen lehnen wir  
7 entschieden ab!

8 Abstiegsängste entstehen aus sozialer Ungleichheit – Umverteilung jetzt!

9 Sozialdemokratisch denken heißt auch, Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu beheben.  
10 Dass so viele Menschen sich in den Bann von PEGIDA ziehen lassen und an vermeintlich  
11 einfache Lösungen für ihre Probleme glauben, kann aus unserer Sicht nicht an der (in geringem  
12 Maße) steigenden Zuwanderung nach Deutschland liegen. Die renommierten Studien der  
13 Universitäten Bielefeld und Leipzig zum Extremismus der Mitte und gruppenbezogener  
14 Menschenfeindlichkeit innerhalb der Bevölkerung bieten uns in ihrer Gesamtheit mögliche  
15 Ansätze zur Erklärung der aktuellen Phänomene. Ganz offensichtlich besitzt ein guter Teil der  
16 Gesellschaft Vorurteile gegenüber - als solche wahrgenommene - Fremde, gegenüber als  
17 muslimisch - wahrgenommenen - Menschen. Sie wenden sich von der Demokratie und den  
18 demokratischen Parteien ab, fühlen sich aus- und abgegrenzt und stimmen antisemitischen,  
19 nationalistischen und chauvinistischen Aussagen zu. Die Abwertung „der Schwachen“ und  
20 „der Anderen“ ist ein verbindendes Element dieser heterogenen Gruppe des 'verrohten  
21 Bürgertums'. Es ist keine leichte Aufgabe diese Phänomene in ihrer Gesamtheit zu verstehen,  
22 aber nur mit einem besseren Verständnis dafür wie es zu diesen Einstellungen und den daraus  
23 folgenden Handlungen kommt, können wir Konzepte entwickeln um dagegen vorzugehen. Klar  
24 ist uns jedoch, dass eine unreflektierte bejahende Einladung zu einem sogenannten Dialog  
25 nicht der richtige Weg ist. Wir brauchen klare rote Linien gegen Menschenfeindlichkeit und  
26 dürfen die Ressentiments des verrohten Bürgertums nicht aufwerten und legitimieren. Wir  
27 müssen in einen aktiven Streit um Argumente und Erklärungsmuster treten und haben dabei die  
28 besseren Argumente auf unserer Seite. Leider helfen diese Argumente nur in sehr begrenztem  
29 Umfang gegen subjektive und irrationale Ängste. Hier können wir wahrscheinlich nur mit  
30 politischen Entscheidungen das gesellschaftliche Klima zum Besseren wenden. Hierfür liegt,  
31 unserer Meinung nach, einer der zentralen Punkte in der in den letzten Jahrzehnten  
32 zunehmenden und verstärkt subjektiv wahrgenommenen sozialen Ungleichheit. Die wachsende  
33 Schere zwischen Arm und Reich und besonders die durch den massiven Abbau der  
34 Sozialsysteme konkret gewordene Abstiegsangst weiter Teile der Gesellschaft spielt PEGIDA  
35 und anderen RechtspopulistInnen in die Hände. Es ist die persönliche Angst abgehängt zu  
36 werden und den eigenen gesellschaftlichen Status zu verlieren, die sich vielfach auf „das  
37 Fremde“ projizieren lässt. Gerade jetzt müssen wir als SPD deshalb zu unseren Forderungen  
38 nach Steuergerechtigkeit und Umverteilung stehen. Gerade jetzt müssen wir den Kahlschlag  
39 der Sozialsystem rückgängig machen. Gerade jetzt müssen wir deutlich machen: Wir wollen  
40 eine gerechte Gesellschaft mit Perspektiven für alle Menschen!

1 Wir SozialdemokratInnen stehen für eine pluralistische, offene und gerechte Gesellschaft, die  
2 allen Menschen ein gutes Leben bietet – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen  
3 Hintergrund.

4

1 Landesvorstand

2 Juso Bundesvorstand, BayernSPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD  
3 Bundestagsfraktion, S&D- Fraktion im Europäischen Parlament, Parteikonvent

4

## 5 **I 2 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU**

6 Die Jusos Bayern lehnen die sogenannte Vorratsdatenspeicherung oder auch  
7 „Höchstspeicherfrist“ genannt, d.h. anlasslose und massenhafte Speicherung von  
8 Telekommunikations- und Verbindungsdaten als einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre  
9 und die informationelle Selbstbestimmung ab. Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem  
10 sozialdemokratischen Verständnis eines offenen, demokratischen Staates, in dem die Freiheit  
11 und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen gewahrt wird.

12 Es ist anzuerkennen, dass mit den federführend vom Bundesjustizministerium erarbeiteten  
13 Leitlinien zur Vorratsdatenspeicherung vom April 2015 erstmals der Versuch unternommen  
14 wurde, einzelne Kritikpunkte von Verfassungsgerichten und Kritikern der  
15 Vorratsdatenspeicherung an der umfassenden Überwachung der BürgerInnen aufzugreifen. Die  
16 verfassungsrechtliche Debatte und die beharrliche Gegenwehr innerhalb und außerhalb der  
17 SPD hat damit durchaus Wirkung gezeigt.

18 Der Kern der Kritik an der Vorratsdatenspeicherung bleibt durch die Leitlinien allerdings  
19 unberührt:

20 Die Daten von BürgerInnen sollen ohne konkreten Tatverdacht und ohne konkreten Anlass zu  
21 Strafverfolgungszwecken gespeichert werden.

22 Zwar sehen die Leitlinien für den Abruf der gespeicherten Daten einen Richtervorbehalt vor,  
23 gleichzeitig wird aber den Ländern mit einer Öffnungsklausel im Rahmen präventiver  
24 polizeilicher Maßnahmen eine Abfrage der Daten ohne Richtervorbehalt ermöglicht.

25 Die Speicherung von Daten im Rahmen der geplanten Vorratsdatenspeicherung ist ein tiefer  
26 Einschnitt in die bisherige Praxis der Datenspeicherung und Datenerfassung durch und im  
27 Auftrag von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Bisher konnten sich die BürgerInnen  
28 darauf verlassen, dass – wenn sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen – ihre Daten  
29 auch nicht gespeichert werden. Dieser Grundsatz wird erstmalig mit der  
30 Vorratsdatenspeicherung durchbrochen.

31 Der Umfang der zu speichernden Daten lässt tiefe Rückschlüsse auf die betroffenen Personen  
32 zu. Ein Beleg für die Erforderlichkeit und die Wirksamkeit einer Vorratsdatenspeicherung  
33 wurde bisher nicht erbracht. Wir bewerten die Vorratsdatenspeicherung daher als einen  
34 unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung. Die  
35 Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem sozialdemokratischen Verständnis eines offenen,  
36 demokratischen Staates, in dem die Freiheit und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen  
37 gewahrt wird.

38 Das Bundesverfassungsgericht erklärte die deutsche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG  
39 über die Vorratsdatenspeicherung wegen ihrer Speichervorschriften bereits 2010 für

1 verfassungswidrig.

2 Aus diesen Gründen und vor dem Hintergrund der durch das EuGH definierten Grundsätze  
3 halten wir auch die in den Leitlinien vom 15. April 2015 festgehaltene Ausgestaltung der  
4 Vorratsdatenspeicherung für nicht mit den Grundrechten vereinbar.

5 Im April 2014 hat schließlich auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Richtlinie für  
6 ungültig und nichtig erklärt, weil sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte auf  
7 Privatsphäre und Datenschutz bedeutet. In seiner Beurteilung geht der EuGH deutlich über die  
8 Bewertung des Bundesverfassungsgerichts hinaus, in dem er u.a. kritisiert

9 1. dass nahezu die gesamte Europäische Bevölkerung bei der Speicherung erfasst wird  
10 „ohne dass sich jedoch die Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert werden,  
11 auch nur mittelbar in einer Lage befinden, die Anlass zur Strafverfolgung geben  
12 könnte“<sup>1</sup>

13 2. die Vorratsdatenspeicherung verlange „keinen Zusammenhang zwischen den Daten,  
14 deren Vorratsspeicherung vorgesehen ist, und einer Bedrohung der öffentlichen  
15 Sicherheit; insbesondere beschränkt sie die Vorratsspeicherung weder auf die Daten  
16 eines bestimmten Zeitraums und/oder eines bestimmten geografischen Gebiets  
17 und/oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere  
18 Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten  
19 aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten  
20 beitragen könnten“<sup>2</sup>

21 Damit erteilt der EuGH einer anlasslosen, umfassenden Speicherung von Daten auf Vorrat eine  
22 klare Absage. Nicht ausgeschlossen bleibt lediglich eine auf Verdacht beruhende, gezielte und  
23 begrenzte Speicherung von Daten. Dies entspricht eher dem "Quick Freeze"-Modell, wonach  
24 auf gerichtliche Anordnung bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente für eine schwere  
25 Straftat relevante Daten für begrenzte Zeit gespeichert bleiben dürfen.

26 Die Diskussionen innerhalb der SPD zeigten in der Vergangenheit auch, dass die Debatte über  
27 die Vorratsdatenspeicherung noch nicht beendet wurde. Wobei die Jusos immer wieder klare  
28 Stellung gegen die VDS bezogen haben, wie bereits 2012 in dem Leitantrag, des Juso-  
29 Bundesverbandes, zum Thema „Die solidarische digitale Gesellschaft.“ oder wie auch bereits  
30 von uns, Jusos-Bayern, dies in der Vergangenheit abgelehnt wurde. Im SPD Parteikonvent  
31 2014 wurde beim Einrichtungsbeschluss für den digitalen Programmbeirat ebenfalls eine  
32 Formulierung gegen die Vorratsdatenspeicherung gewählt. Dies relativiert den  
33 Bundesparteitagsbeschluss 2011, welcher die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung als  
34 Umsetzung der EU-Richtlinie (ähnlich wie im Koalitionsvertrag) forderte. Des Weiteren weisen  
35 wir auf den Antrag des SPD-Bundesparteitags 2009 hin, der unter anderem die Stärkung des  
36 bürgerlichen Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, ein Verbot der Weitergabe  
37 von Daten an staatliche Institutionen und die Abschaffung der EU-Richtlinie zur  
38 Vorratsdatenspeicherung fordert.

---

<sup>1</sup> Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8.4.2014, Zeile 58

<sup>2</sup> Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8.4.2014, Zeile 59  
Quelle für das Urteil: Homepage der EuGH curia.europa.eu

1 Unsere Partei, die Freiheit zu ihren Grundrechten zählt kann nicht ernsthaft weiter an einem  
2 Konzept wie der Vorratsdatenspeicherung festhalten und Angesichts der eindeutigen  
3 juristischen Beurteilung ist die Zeit gekommen, die Vorratsdatenspeicherung auch politisch  
4 entsprechend zu bewerten und sie nicht länger als Ziel zu verfolgen, sondern neue,  
5 sozialdemokratische Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

6

7 Wir, die Jusos Bayern, sprechen uns daher eindeutig gegen eine Fortführung der politischen  
8 Bemühungen zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik  
9 Deutschland, der EU und ihren Mitgliedsstaaten aus.

10

11 Deshalb fordern wir den Juso Bundeskongress und Bundesvorstand, die sozialdemokratischen  
12 Innenminister der Länder, die Bundes-SPD, die Mitglieder der SPD-Bundestags- und  
13 Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die  
14 sozialdemokratischen Abgeordneten der S&D- Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich  
15 diesem Ziel anzuschließen.

16

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag, Innenministerium Bayern

3 **I 8 Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth**

4 Wir fordern, dass das bayerische Innenministerium im Zusammenhang mit den Ergebnissen  
5 des Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages zum Nationalsozialistischen Untergrund  
6 („NSU“), welche eine personelle Verbindung zwischen der Burschenschaft Thessalia zu Prag  
7 in Bayreuth und dem Unterstützer\_innen-Kreis der Terrororganisation NSU Untersuchungen  
8 bezüglich einer direkten Unterstützung der Burschenschaft zu Gunsten der NSU anstellt. Sollte  
9 sich herausstellen, dass der Burschenschaft die Tätigkeit ihres Mitglieds in dieser Richtung  
10 bekannt war oder dass es hier sogar eine Unterstützung der Terrororganisation gab, fordern  
11 wir das bayerische Innenministerium auf, die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth  
12 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

13 Die Burschenschaft ist in der Vergangenheit mehrfach auf Grund einer rechten, völkischen  
14 Grundhaltung aufgefallen ist. Dies geschah u.a. durch einen Artikel, der im Namen ihrer  
15 Aktivitas in den „Burschenschaftlichen Blättern“ verbreitet wurde, in welchem sich  
16 rassentheoretische Erwägungen finden, die als Grundlage für den so genannten Arierantrag  
17 der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn gelten kann und von der Thessalia als  
18 Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft mitgetragen wurde. Weiterhin gibt es  
19 konkrete personelle Überschneidungen zwischen Thessalia sowie der so genannten „Anti-  
20 Antifa-Szene“ und rechtsradikalen Kameradschaften.

21 Alle diese Sachen erfordern im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Berichts des  
22 Untersuchungsausschusses nun eine klare Aufklärung der Zusammenhänge der Thessalia mit  
23 der rechtsradikalen Szene und besonders mit dem NSU.

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

### 3 **I 9 Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen**

4 Am 19. September 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des  
5 geltenden Asylrechts mit knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur  
6 Kategorie der sicheren Herkunftsländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-  
7 Herzegowina.

8 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten  
9 in einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus,  
10 dass in diesen Ländern keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist die prinzipielle  
11 Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich. Momentan  
12 gilt diese Vermutung bis auf Ghana und Senegal nur für Staaten der Europäischen Union  
13 sowie Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

14 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht  
15 wird. Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum  
16 von sicheren Herkunftsländern reden.

17 So wird Mazedonien von „Reporter ohne Grenzen“ nur noch als ein halbfreies Land  
18 bezeichnet und belegte beim aktuellen Presseindex Platz 123 von 180. Die Situation hat sich  
19 in Mazedonien für die Presse seit 2009 drastisch verändert. Mittlerweile müssen  
20 Reporter\_innen staatliche Repressionen fürchten und es kann zu langjährigen Haftstrafen  
21 kommen, wenn man sich regierungskritisch äußert.

22 Ebenso ist die Situation für LGBTI-Aktivist\_innen in Mazedonien äußerst problematisch. So kam  
23 es immer wieder zu homophoben Übergriffen und auch Anschlägen gegen LGBTI-  
24 Einrichtungen. Doch solche Angriffe werden weder von den Behörden als solche registriert  
25 noch scheint eine Strafverfolgung statt zu finden. Die Täter\_innen kommen oft ungestraft davon.  
26 Daneben fällt auf, dass auch mazedonische Politiker\_innen sowie die Medien sich an einer  
27 homophoben Hetze und Stimmungsmache beteiligen. Für Lesben, Schwule, Bi-, Trans-, und  
28 Intersexuelle gibt es in Mazedonien keinen staatlichen Schutz und Hilfe.

29 Auch die Situation der Roma in Mazedonien ist katastrophal. Roma sind dort gesellschaftlich  
30 stigmatisiert und werden offen sowie aktiv in Mazedonien ausgegrenzt. So haben Roma kaum  
31 ordentlichen Zugang zum Gesundheitswesen und werden oft in Einrichtungen sowie auch beim  
32 ärztlichen Notdienst ohne Begründung abgewiesen bzw. diskriminiert. In Punkto Bildung sind  
33 Roma ebenfalls deutlich benachteiligt. So besuchen nur 74% der Roma eine Grundschule,  
34 dagegen besuchen über 90% der Bevölkerung Mazedoniens eine Grundschule. Auch werden  
35 42,5 % der Roma-Kinder ohne Begründung auf Sonderschulen geschickt. Ebenso werden  
36 Roma rechtswidrig ihre Ausweisdokumente seitens der Behörden entzogen, damit diese nicht  
37 mehr aus Mazedonien ausreisen und in EU-Ländern Asyl beantragen können. Dieser

1 Passenzug geschieht im „nationalen Interesse“, da befürchtet wird, dass die massenhafte  
2 Asylantragsstellung dem Ansehen Mazedoniens schaden würde.

3 Das Beispiel Mazedonien zeigt, dass es sich hier sicherlich nicht um ein sicheres Herkunftsland  
4 handelt. Auch die Situation in Serbien und Bosnien-Herzegowina ist durchaus vergleichbar  
5 besonders was die systematische Diskriminierung von Roma angeht. Aber auch die Situation  
6 für Schwule, Lesben, Bi-, Trans, und Intersexuelle ist dort von Gewalt und gesellschaftlicher  
7 Ausgrenzung geprägt. Es gibt keinen effektiven Schutz von Minderheiten in diesen Ländern.

8 Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer Herkunftsländern abgeschafft wird.  
9 Vielmehr muss jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine Entscheidung über einen  
10 Asylantrag darf nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die Beispiele  
11 Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines  
12 sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.

1 **I 10 Ehebestandszeit abschaffen!**

2 Forderung:

3 Wir fordern die Abschaffung der Ehebestandszeit, wie im §31 AufentG geregelt, und  
4 stattdessen die Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für nicht-deutsche  
5 EhegattInnen ab Zeitpunkt der Eheschließung sowie ein umfangreiches Informations- und  
6 Integrationsprogramm. Die SPD-Fraktion im Bundestag soll auf eine entsprechende Regelung  
7 der Regelung im Aufenthaltsgesetz hinwirken.

8 Begründung:

9 Die Regelung zur Ehebestandszeit sieht vor, dass einE aus dem Ausland nach Deutschland  
10 zugezogener EhepartnerIn erst nach dreijährigem ehelichen Zusammenleben einen  
11 eigenständigen Aufenthaltstitel erhält. Falls die Ehe innerhalb dieses Zeitraums jedoch beendet  
12 wird, verwirkt er/sie sein/ihr Aufenthaltsrecht und es droht die Ausweisung aus dem  
13 Heimatland.

14 Bis zum Jahr 2000 galt eine Ehebestandszeit von vier Jahren. Diese wurde von der rot-grünen  
15 auf zwei Jahre verkürzt. Im März 2011 beschloss die schwarz gelbe Mehrheit im Bundestag  
16 das „Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von  
17 Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften“, das  
18 auch eine Erhöhung der Ehebestandszeit auf drei Jahre beinhaltete.

19 Dieser Maßnahme folgte vehemente Kritik von Seiten vieler MigrantInnen-, Menschenrechts-,  
20 Sozial- und Frauenverbände. Diese widersprechen der Behauptung, dass die Regelung ein  
21 wirksames Mittel zur Verhinderung von Zwangsheirat darstelle. Von Seiten der Regierung  
22 wurde als einziges Argument lediglich der längere Beobachtungszeitraum, währenddessen  
23 man eine Zwangsheirat enttarnen könnte, angeführt. Das eigentliche Ziel war offensichtlich ein  
24 Vorgehen gegen Scheinehen zum Gewinn eines Aufenthaltstitels zu sein.

25 Dahinter steckt ein Abschreckungsgedanke: Die Bereitschaft, eine Scheinehe einzugehen, sinkt,  
26 wenn man länger an den/die PartnerIn gebunden ist. Während diese Schlussfolgerung  
27 theoretisch sinnvoll erscheint, stellt sich die Situation in der Realität völlig anders dar:  
28 tatsächlich ist die Zahl der Scheineheverdachtsfälle in den Jahren von 2000 bis 2009 auf ein  
29 Drittel zurückgegangen. Die Verkürzung der Ehebestandszeit hatte also keinen Anstieg der Zahl  
30 der Scheinehen zur Folge. Außerdem können Scheinehen durchaus weiterhin verfolgt und in  
31 Verdachtsfällen gezielt überprüft werden. Dem steht eine Abschaffung der Ehebestandszeit in  
32 keinerlei Hinsicht entgegen.

33 Nicht nur hat die Verlängerung also keinen Nutzen hinsichtlich der Verhinderung von Zwangs-  
34 und Scheinehen. Für Opfer häuslicher Gewalt in Beziehungen stellt sie eine zusätzliche

1 Belastung dar. Sie sind dadurch noch länger psychischer und physischer Misshandlung  
2 ausgesetzt und können aus diesem Gefängnis nicht ausbrechen, ohne zur Rückkehr in ihr  
3 Heimatland gezwungen zu sein. Dort erwartet aber in vielen Fällen vor allem die  
4 geschiedenen Frauen soziale Ächtung und gewaltvolle Bestrafung ihres Verhaltens durch  
5 Familie und Bekannte.

6 Zwar gibt es die Möglichkeit einer Härtefallregelung, die eine Scheidung ohne Ausweisung  
7 beispielweise in Fällen häuslicher Gewalt möglich machen soll. Jedoch findet diese aus  
8 verschiedenen Gründen äußerst selten Anwendung. Zunächst besteht häufig keine Kenntnis  
9 über die Möglichkeit der Härtefallregelung. Desweiteren kostet es die Betroffenen, oftmals  
10 Frauen, viel Überwindung, ein schwieriges Verfahren in einer fremden Sprache auf sich zu  
11 nehmen. Darüber hinaus trifft sie die Beweislast. Als Beweise gelten Zeugenaussagen, ärztliche  
12 Atteste, Polizeiprotokolle, Strafanzeigen und Aussagen von der Betroffenen. Viele Opfer trauen  
13 sich aus Scham jedoch nicht, sich der Polizei gegenüber zu offenbaren oder einen Arzt  
14 aufzusuchen. Sie fürchten außerdem, nicht völlig zu Unrecht, dass die Beweise nicht  
15 ausreichen könnten, um die Einstufung als Härtefall zu erwirken. Auch die Flucht in ein  
16 Frauenhaus steht weiblichen Betroffenen meist nicht offen. Öffentlich geförderte Frauenhäuser  
17 dürfen nämlich nur Frauen mit eigenständigem Aufenthaltstitel aufnehmen. Oft bleibt den  
18 MitarbeiterInnen der Beratungsstellen nichts anderes übrig, als den Frauen zu raten, die  
19 restlichen Jahre auszuharren. Die Ehebestandszeit zwingt Opfer häuslicher Gewalt demnach,  
20 in einer Gewaltsituation zu verbleiben oder sich neuer Gewalt in ihrem Heimatland z u stellen.  
21 Unabhängig von der Dauer psychischer und physischer Gewalt bleiben die Folgen für die  
22 Opfer verheerend. Auch eine kurze Ehebestandszeit bietet Raum für dauerhaft  
23 traumatisierende Ereignisse.

24 Eine reine Verkürzung der Ehebestandszeit erachten wir daher nicht für ausreichend. Um die  
25 Opfer vor Gewalt zu schützen, muss ihnen von Anfang an ein eigenständiges Aufenthaltsrecht  
26 zustehen. Nur dann können sie sich aus häuslicher Gewalt befreien und entsprechende  
27 Beratungs- und Hilfsangebote nutzen.

28 Ein möglicher Anstieg der Fallzahlen bei Scheinehen ist jederzeit in Kauf zu nehmen, wenn  
29 gleichzeitig häusliche Gewalt verhindert werden kann und ihre Opfer die Unterstützung  
30 erfahren können, die ihnen von Seiten des Staates und der Gesellschaft zusteht. Eine  
31 Abschaffung der Ehebestandszeit ist das richtige Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

# 1 Bildung

2

3 An SPD-Landesparteitag

## 4 **B 1 Mehr Demokratie wagen – für ein demokratisches Schulsystem!**

5 Das bayerische Bildungssystem in seiner momentanen Form dient ausschließlich  
6 kapitalistischen Produktionsinteressen. Die Ziele der bayerischen Schulen sind es nicht  
7 emanzipierte Menschen aus sich hervor zu bringen, sondern diese marktkonform zu erziehen.  
8 Wir begreifen Bildung als mehr, als nur Ausbildung und halten Schulen für mehr als  
9 ausschließlich den Ort, an dem das davor auswendig gelernt wieder ausgekotzt wird. Schule  
10 ist ein Lebensraum und Bildung ist Emanzipation des Individuums. Eine Emanzipation ohne  
11 Mitbestimmung ist aber nicht zu denken und unser Lebensraum ist das entscheidende, was wir  
12 gestalten wollen. Aus diesem Grund braucht es mehr Demokratie in der Schule! Dies gilt  
13 sowohl vor Ort in der Schule, als auch auf überregionaler Ebene, wenn es um Bildungspolitik  
14 geht. Aus diesem Grund muss die Schüler\_innenvertretungsstruktur grundlegend reformiert  
15 werden.

### 16 Schüler innenvertretungsstruktur in der Schule

17 Die SV-Struktur an den meisten Schulen fußt auf einem repräsentativen Vertretungssystem. Wir  
18 haben also Klassensprecher\_innen, die ihre Klasse vertreten und bei der  
19 Klassensprecher\_innenversammlung Schulsprecher\_innen wählen, die die Schüler\_innen der  
20 gesamten Schule vertreten. Diese bilden zusammen mit interessierten Schüler\_innen und den  
21 Klassensprecher\_innen die SMV. Dies wird an verschiedenen Schulen unterschiedlich geregelt,  
22 die SMV hat bisher an den Schulen auch sehr viele Organisatorische Aufgaben. Diese  
23 Möglichkeit soll weiterhin erhalten bleiben, trotzdem wünschen wir uns eine grundlegende  
24 Reform in diesem Bereich. Das oberste Gremium der Schüler\_innenvertretung ist die  
25 regelmäßig (mind. Einmal im Monat) tagende Klassensprecher\_innenkonferenz. Diese Wählt  
26 weiterhin Schulsprecher\_innen. Dieses Gremium soll auch eine finanzielle Ausstattung erhalten  
27 durch Landesmittel, die es fähig macht Aktionen zu organisieren. Das Gremium hat außerdem  
28 noch das Recht auf die Entsendung von zwei Schüler\_innen in jede Fachkonferenz. Die  
29 Schüler\_innen besitzen dort eine beratende Funktion. Das Schulforum wird in der bestehenden  
30 Form abgeschafft. Die Hauptakteur\_innen der Schule sind Lehrer\_innen und Schüler\_innen, die  
31 von nun an in einem paritätisch besetztem Gremium die Entscheidungen vom Schulforum  
32 übernehmen. Die Größe dieses Gremiums bemisst sich an der Schulgröße.

### 33 Überregionale Schüler innenvertretung

34 Die Klassensprecher\_innenkonferenz einer jeden Schule wählt Delegierte zu einer  
35 Kreisschüler\_innenkonferenz. Hier kommen die Vertreter\_innen aller Schularten zusammen.  
36 Neben dem Fällen von Beschlüssen ist die Aufgabe die Wahl einer Delegation für die  
37 Bezirksebene. Diese setzt sich nach Anzahl der Schüler\_innen in der Region zusammen. Es  
38 gibt ein Grundmandat, das aus der Anzahl der verschiedenen Schularten pro Kreis besteht,

1 jede Schulart hat das Anrecht auf einen Platz in dieser Delegation, damit die Interessen aller  
2 Schularten repräsentiert werden können. Die Kreisschüler\_innenkonferenz besitzt eine  
3 Vorstandschaft, die sich aus den ersten Schulsprecher\_innen aller Schulen im Kreis zusammen  
4 setzt, die zuständig für die mind. jährlich stattfindende Einberufung ist. Sollte es sich um eine  
5 besonders große Stadt/Kreis handeln werden Stadtteil-Schüler\_innenkonferenzen noch  
6 dazwischen geschaltet. Die nächsthöhere Ebene ist die Bezirksschüler\_innenkonferenz, die mit  
7 ähnlichen Aufgaben betreut ist und Delegierte für die Landesschüler\_innenkonferenz wählt.  
8 Auch hier richtet sich die Delegationsgröße an der Anzahl der Schüler\_innen pro Bezirk inkl.  
9 des Grundmandats, das alle Schularten vertreten soll. Auf Bezirksebene soll weiter ein  
10 Sprecher\_innenrat der auf Bezirksebene die Schüler\_innenrechte vertritt eingerichtet werden.  
11 Dieser soll die Möglichkeit haben im Bezirkstag zu bildungspolitischen Belangen gehört zu  
12 werden. Die Landesschüler\_innenkonferenz wählt ebenfalls einen Sprecher\_innenrat, der die  
13 Interessen der Schüler\_innen auf Landesebene und die Beschlüsse der  
14 Landesschüler\_innenkonferenz gegenüber der Politik vertritt. Der Landesschüler\_innenrat ist  
15 berechtigt beratend an den Sitzungen des Bildungsausschusses des bayerischen Landtages  
16 teilzunehmen, ist ebenso vom bayerischen Kultusministerium heran zu ziehen, wenn es um  
17 schulpolitische Fragen geht. Die Landesschüler\_innenkonferenz hat weiter das Anrecht ein  
18 Grundsatzprogramm und eine eigene Satzung zu schreiben und abzustimmen. Das Ergebnis  
19 ist bindend und muss in der Form in das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz  
20 übernommen werden. Einen Pflichtbeitrag aller Schüler\_innen auf Landesebene, wie bei  
21 verfassten Studierentschaften möglich lehnen wir dagegen ab. Im Unterschied zu  
22 Studierenden, unterliegen Schüler\_innen einer Schulpflicht, aus dieser darf keine  
23 Gebührenpflicht entstehen. Die Finanzierung soll über Landesmittel geregelt werden, hierfür  
24 legt der Landessprecher\_innenrat jährlich der Landesschüler\_innenkonferenz einen  
25 Rechenschafts- und einen Kassenbericht vor. Hieraus hervorgehend wird ein Beschluss über die  
26 im nächsten Jahr geforderten Landesmittel gefasst. Zu diesem Beschluss muss das  
27 Kultusministerium Stellung beziehen und darf Punkte in diesem Forderungskatalog nicht  
28 unbegründet ablehnen. Der Zweck dieser Mittel sind politische Bildungsveranstaltungen,  
29 Publikationen, etc. Die organisatorischen Kosten der Schüler\_innenvertretung, wie Fahrtkosten  
30 oder Unterkünfte für Treffen der verschiedenen Untergliederungen und Gremien sind durch das  
31 Land Bayern automatisch zu zahlen. Die Landesschüler\_innenkonferenz tagt mindestens  
32 dreimal pro Jahr. Wir fordern auch die Schaffung einer hauptamtlichen Kraft für die  
33 Schüler\_innenvertretungsstrukturen auf Landesebene, zur Unterstützung des  
34 Landesschüler\_innenrates.

1 Jusos Oberbayern

2 An Landtagsfraktion der BayernSPD

3 **B 2 Gemeinsam für die Zukunft der Arbeit: Perspektive und Sicherheit für junge Beschäftigte!**

4 Bildung bedeutet für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Freiheit. Bildung soll  
5 die Freiheit ermöglichen den eigenen Weg und damit die eigene Zukunft selbstbestimmt zu  
6 gestalten. Dabei gilt für uns der Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Bildungs- und  
7 Ausbildungswege. Gute Bildung ist allerdings noch immer durch materielle Zwänge eingeeengt.  
8 Dieses wollen und werden wir nicht akzeptieren. Bildung muss frei sein von dem Zwang der  
9 finanziellen Mittel, die einer Person zur Verfügung stehen. Dieses eröffnet essenzielle Freiheiten  
10 auch in der Berufswahl und der zukünftigen Ausgestaltung der Arbeitswelt an sich. Einzig und  
11 allein sollen Interessen und Talent ausschlaggebend sein für die Wahl der eigenen Bildung.  
12 Die Realität in Ausbildung und Arbeit ist aktuell jedoch eine andere.

13 Leiharbeit, Niedriglohn, Kettenbefristungen und Werkverträge. Gerade junge Menschen  
14 befinden sich häufig in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig steigen die  
15 psychischen Belastungen am Arbeitsplatz: Stress und Hetze sowie das Verschmelzen von  
16 Arbeit und Privatleben, ständige Erreichbarkeit.

17 Bei einer aktuellen Studie der DGB-Jugend gibt über die Hälfte der jungen Beschäftigten an,  
18 unter Zeitdruck und Arbeitshetze zu leiden. 41% machen fünf und deutlich mehr Überstunden  
19 pro Woche. Mehr als einem Viertel der jungen Beschäftigten fällt es schwer, nach der Arbeit  
20 abzuschalten. Arbeitsdruck und Stress werden durch die insgesamt unsicheren Perspektiven  
21 noch verstärkt. Generation Prekär – diesen Namen "verdient" unsere Generation leider immer  
22 noch: Lediglich 37% der unter 35-Jährigen beziehen ein Bruttoeinkommen über 2000 € und  
23 sind unbefristet beschäftigt. Alle anderen müssen mit einem niedrigen Einkommen  
24 zurechtkommen oder/und sind unsicher beschäftigt, also befristet, in Leiharbeit oder Minijobs.  
25 Junge Menschen sind deshalb stark verunsichert und materiell eingeschränkt – gerade in der  
26 Phase ihres Lebens, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht. Es ist eine  
27 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die junge Generation  
28 optimistischer in die Zukunft blicken kann.

29 Jungen Menschen wird der Arbeitseinstieg zu oft erschwert oder verwehrt. Der Zugang zu  
30 Hochschulen ist nur unzureichend gegeben. Zu selten existiert die garantierte Übernahme nach  
31 Beendigung der Ausbildung. Festanstellungen gehören immer seltener zur Regel. Gleichwertige  
32 Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land sind nur in den seltensten Fällen gegeben.  
33 Zukunft und Perspektive wird durch ein so geartetes Handeln der Wirtschaft gerade für junge  
34 Menschen verbaut. Dieses wollen und werden wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der  
35 SPD nicht hinnehmen, wollen die politische Gestaltungshoheit wahrnehmen und erheben den  
36 Anspruch die Zukunft der Arbeit zu definieren.

1 JedeR AuszubildendeR und jedeR junge ArbeitnehmerIn hat ein Anrecht auf faire Ausbildungs-  
2 und Arbeitsbedingungen, auf eine geschlechtergerechte Bezahlung und auf eine langfristige  
3 Perspektive in der Arbeitswelt. Die Gesellschaft von morgen benötigt Bildung und Arbeit, die  
4 Sicherheit, Gerechtigkeit und Perspektive bietet.

5 Aus diesem Selbstverständnis definieren und gestalten wir unsere Forderungen. Diese sind:

6 Ein uneingeschränktes Recht auf Ausbildung!

7 Die Ausbildung stellt das Fundament für den Start in das Berufsleben dar. Als Gesellschaft  
8 können wir es uns nicht leisten, dass ein Teil der jungen Menschen in diesem Land eine  
9 Chance in ein sozial abgesichertes und selbstbestimmtes Leben nicht ermöglicht wird. Einen  
10 solchen Umstand können wir als JungsozialistInnen nicht tolerieren. Jeder Person muss die  
11 Möglichkeit einer Ausbildung garantiert werden. Unser Ziel ist ein ganzheitliches  
12 ineinandergreifendes Bildungskonzept.

13 Wir fordern daher ein Recht auf eine mindestens dreijährige Ausbildung. Dieses Recht soll  
14 spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres für alle Jugendlichen  
15 gelten, die trotz Willigkeit keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Für alle die zum  
16 Ausbildungsstart keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, soll ein Übergangs- bzw.  
17 Vorbereitungssystem installiert werden, dass auf die übliche Ausbildungszeit angerechnet wird.  
18 Wir stehen für eine staatliche Ausbildungsgarantie ein.

19 Einen Abschiebestopp für Asylsuchende in Ausbildung!

20 Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind wir der Auffassung, dass alle Menschen dort  
21 leben und arbeiten zu können haben, wo sie dieses möchten. Dieses gilt in noch höherem  
22 Maße für Geflüchtete und Asylsuchende. Sie benötigen insbesondere Ansatzpunkte, die es  
23 ihnen ermöglichen, einen guten Start in ihr neues Leben in einer neuen Gesellschaft und neuen  
24 Lebensverhältnissen zu haben.

25 Daher fordern wir einen unverzüglichen Abschiebestopp für alle Menschen, die eine  
26 Ausbildung oder Studium in Deutschland beginnen oder absolvieren. Nach dem erfolgreichen  
27 Abschluss der Ausbildung oder des Studiums ist eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis  
28 auszustellen.

29 Anonymisierte Bewerbungsverfahren!

30 Menschen sind aufgrund ihres Alters, Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Äußeren oder etwaiger  
31 Behinderung oftmals benachteiligt und werden somit aufgrund ihres Namens oder des  
32 Passbildes noch vor dem ersten persönlichen Kontakt „aussortiert“. Dieser Befund wird durch  
33 das Pilotprojekt „Anonym bewerben. Weil Qualifikation zählt“ der  
34 Bundesantidiskriminierungsstelle, dass an verschiedenen Unternehmen getestet wurde,  
35 bestätigt.

1 Dies schadet im besonderen Maße jungen Menschen, da ihnen das zusätzliche Stigma  
2 anhafte nicht über Arbeitserfahrung zu verfügen. Gleichbehandlung sieht nun einmal anders  
3 aus! Das nur zögerliche Umdenken und Abfallen von traditioneller Praxis im  
4 Bewerbungsverfahren ist nicht hinnehmbar.

5 Wir fordern daher die Einführung von gesetzlich festgeschriebenen anonymisierten  
6 Bewerbungsverfahren. Vor dem ersten persönlichen Gespräch zwischen ArbeitgeberInnen und  
7 ArbeitnehmerInnen soll der einstellende Betrieb keine Informationen über Name, Alter,  
8 Geschlecht, Herkunft oder möglicher Behinderung erhalten. Ebenso sind Fotos den  
9 Bewerbungen nicht länger beizufügen.

10 Einen Ausbildungs- und Umlagefond!

11 Viele Unternehmen klagen bereits jetzt über den zukünftigen Fachkräftemangel. Unternehmen  
12 tragen die Verantwortung, schon heute diese Entwicklung abzumildern. Alle Unternehmen mit  
13 über 10 MitarbeiterInnen werden dazu verpflichtet, nach Betriebsgröße gestaffelt, Beiträge an  
14 einen zu schaffenden Ausbildungsfond zu zahlen. Ausbildende Betriebe, erhalten abhängig  
15 von der Anzahl der eingestellten Auszubildenden Beitragszahlungen aus diesem Fond.  
16 Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an den Fond entrichten. Überschüsse  
17 aus dem Fonds sollen für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen sowie Übergangs- und  
18 Vorbereitungssysteme verwendet werden.

19 Wir fordern einen Ausbildungs- und Umlagefond für ein solide finanziell ausgestattetes  
20 Ausbildungs-, Übergangs- und Vorbereitungssystem.

21 Einen bezahlbaren ausgebauten öffentlichen Personenverkehr!

22 Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Dies gilt in gleichem Maße für Arbeit wie  
23 Freizeit, in der Stadt wie auf dem Land. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist  
24 dringend sicherzustellen. Um den Mobilitätsbedürfnissen junger ArbeitnehmerInnen sowohl in  
25 Stadt und Land gerecht zu werden, ist es uns wichtig, dass der öffentliche Personen-  
26 Nahverkehr so ausgebaut wird, dass eine Nutzung für den Arbeitsweg möglich ist.

27 Ebenfalls fordern wir die Einführung von vergünstigten Ausbildungstarifen bzw.  
28 Ausbildungstickets nach dem Vorbild der Semestertickets. Langfristig soll ein Konzept für ein  
29 vergünstigtes landesweites Jugendticket für den öffentlichen Personenverkehr entwickelt  
30 werden.

31 Ein Mindestlohn für alle!

32 Ein allgemeiner gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn ist nur allgemeingültig, wenn er  
33 für alle und überall gilt. Die Ausnahmen im Mindestlohngesetz sehen wir weder als  
34 zielführend, noch als sinnvoll an.

1 Als Jugendorganisation erachten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine  
2 unzulässige Altersdiskriminierung, die für willkürlich gesetzt und völlig falsch ist. Eine  
3 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen  
4 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

5 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu  
6 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren  
7 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe  
8 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des  
9 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher  
10 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben  
11 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

12 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob  
13 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür  
14 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

15 Daher fordern wir JungsozialistInnen in der SPD die Abschaffung sämtlicher im  
16 Mindestlohngesetz vorgesehener Ausnahmeregelungen. Diese sehen wir als unrechtmäßig und  
17 diskriminierend an.

18 Eine allgemeine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung!

19 § 17 des Berufsbildungsgesetzes räumt den Auszubildenden gegenüber den Anspruch auf eine  
20 angemessene Ausbildungsvergütung ein. Was als angemessen angesehen wird, ist außerhalb  
21 von Tarifverträgen nicht geregelt. Dies bedeutet, dass Auszubildende außerhalb der  
22 Tarifbindung keinen klar definierten Mindestanspruch auf Vergütung in ihrer Ausbildung  
23 besitzen.

24 Daher fordern wir, angelehnt an den Mindestlohn eine allgemeinverbindliche  
25 Mindestausbildungsvergütung, in einer Höhe, die zum selbstständigen Leben reicht. Den  
26 TarifpartnerInnen soll es dabei ausdrücklich freigestellt bleiben höhere Vergütungen  
27 festzulegen.

28 Eine gesetzliche Übernahmegarantie!

29 Die Disparität zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und realem Agieren in der Wirtschaft  
30 wächst seit Jahren wieder an. Belegschaften müssen deutlich länger arbeiten. Unternehmen  
31 ordnen immer öfter immer mehr Überstunden an. Der Bedarf an mehr Arbeitskräften ist  
32 eindeutig nachweisbar. Dennoch entscheiden sich immer mehr Unternehmen immer weniger  
33 Auszubildende zu übernehmen. Für uns steht fest, dass Unternehmen, die Überstunden  
34 anordnen, um ihre strukturelle Unterbesetzung auszugleichen die wirtschaftlichen  
35 Voraussetzungen erfüllen, um seine Auszubildenden direkt zu übernehmen. Durch eine  
36 Übernahme von allen Auszubildenden werden nicht andere Mitarbeiter arbeitslos, sondern es

1 wird dem schleichenden Stellenabbau vorgebeugt. Von den bereits eingearbeiteten  
2 ArbeitnehmerInnen profitiert die gesamte Belegschaft in den Betrieben.

3 Wir fordern eine gesetzliche Übernahmegarantie für alle Azubis nach dem erfolgreichen  
4 Abschluss ihrer Ausbildung durch ihren Ausbildungsbetrieb.

5 Einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub!

6 In einer schnelllebigen und globalisierten Welt ist es für ArbeitnehmerInnen besonders wichtig  
7 sich auf dem aktuellen Stand zu halten, um auch zukünftig erfolgreich ihren Beruf ausüben zu  
8 können. Als vierte Säule im Bildungswesen neben Schule, Ausbildung und Hochschule sorgt  
9 die Weiterbildung also dafür, dass Menschen in jedem Lebensalter organisiert dazulernen  
10 können. Weiter- und Fortbildung verbessert die beruflichen und persönlichen Chancen der  
11 Beschäftigten insbesondere in den Segmenten, in den Weiterbildungsmaßnahmen nur  
12 unzureichend bis überhaupt nicht genutzt wurden oder genutzt werden konnten. Die  
13 bestehenden Regelungen für den Bildungsurlaub bzw die Bildungsfreistellungsgesetze gehen  
14 zudem auf das 1974 unterzeichnete Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation  
15 (ILO) zurück, dass die Zeichner dazu verpflichtet einen bezahlten Bildungsurlaub zum Zwecke  
16 der beruflichen, gewerkschaftlichen Bildung sowie allgemeinpolitischen Bildung einzuführen.

17 Nichtsdestotrotz ist Bildung für uns nicht nur Mittel zum Zweck. Bildung stellt für uns einen  
18 höheren Wert an sich dar. Sie komplettiert den Charakter eines Menschen. Daher ist auch der  
19 Erwerb von Kenntnissen in der sozialen Kompetenz, politischen Bildung oder im kulturellen  
20 Bereich unerlässlich. Wir stehen für das Konzept des lebenslangen Lernens. Bayern gehört zu  
21 den letzten weißen Flecken auf der Landkarte.

22 Daher fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub von 15 in  
23 das laufende Jahr vorziehbaren beziehungsweise in das Folgejahr übertragbaren Arbeitstagen  
24 pro Jahr, beziehungsweise bei einer Sechstageswoche 18 Werktagen.

25 Mehr Angebote an staatlichen Hochschulen auch für Berufstätige!

26 Jede Person, die studieren möchte, muss auch die Möglichkeit haben, dieses unabhängig von  
27 den eigenen materiellen Verhältnissen auch zu tun. Derzeit ist es jungen ArbeitnehmerInnen  
28 nur möglich an privaten oder sehr teuren Hochschulen und Akademien (z.B. Fom, Akad,  
29 VWA) berufsbegleitend zu studieren. Neben den teuren Mieten und Lebenshaltungskosten,  
30 werden sie nochmals mit sehr hohen Gebühren zur Kasse gebeten. Das ist nicht sozial gerecht.

31 Deswegen fordern wir, ein zusätzliches Angebot der staatlichen Hochschulen und  
32 Universitäten, das es möglich macht, berufsbegleitend zu studieren: Mit gebührenfreien  
33 Studiengängen, sowie Vorlesungen und Veranstaltungen ab 18:00 Uhr und an Samstagen  
34 sowie ein starker Ausbau des Angebots an Teilzeitstudiengängen. Die praktische  
35 Arbeitserfahrung soll im Studium dabei anrechenbar sein, wo diese möglich ist und vereinbar

1 mit der Fachrichtung. Durch die Aufnahme eines berufsbegleitenden Studiums entstehen  
2 Gehaltsausfälle – z.B. durch die Reduzierung der Arbeitszeit – müssen ausgeglichen werden.

3 Ein Ende der sachgrundlosen Befristungen!

4 Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit wurde 1985 mit dem  
5 Beschäftigungsförderungsgesetz eine zeitlich beschränkte erleichterte Befristung von  
6 Arbeitsverhältnissen ohne besonderen Sachgrund eingeführt. 1996 wurde diese erweitert und  
7 es wurden nicht mehr nur sachgrundlos befristete Verträge, sondern ganze Befristungsketten  
8 legalisiert. Anstatt Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sind die Folgen bis heute  
9 eine Prekarisierung der Arbeitswelt und der Verlust von Planungssicherheit und Perspektive für  
10 weite Teile von Belegschaften, insbesondere für jüngere ArbeitnehmerInnen innerhalb dieser.  
11 Die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse durch den Gesetzgeber ist für uns inakzeptabel.

12 Daher fordern wir Jusos die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

13 Wir stehen für ein sozial gerechte und an den Bedürfnissen der Studierenden, Auszubildenden  
14 und der ArbeitnehmerInnen orientierten Neuordnung der Bildungs- und Arbeitswelt. Wir wollen  
15 Sicherheit und Perspektive in Bildung und Arbeit als gemeinsames ineinandergreifendes  
16 Konzept sicherstellen. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD stehen gemeinsam  
17 für eine freie, gerechte und solidarische Ausgestaltung der Zukunft der Arbeit ein.

18

1 Jusos Schwaben

2 An SPD-Landesparteitag,

### 3 **B 8 Antrag zu der Neuausrichtung von Informatiklehrplänen in Schulen**

4

5 Die informationstechnische Grundbildung (ITG) muss einen größeren Stellenwert an Schulen  
6 einnehmen. Die Entwicklung der Informationstechnologie und die weltweite Vernetzung  
7 schreiten weiter voran. Fast jeder Schüler hat im privaten Umfeld sehr früh mit  
8 Informationstechnik zu tun, egal ob Smartphone, Facebook, digitale Medien oder  
9 Datenaufbereitung mit elektronischen Hilfsmitteln. Der Umgang der Schüler\_innen mit  
10 informationstechnischen Medien beginnt nicht nur immer früher, auch die begrenzte  
11 Einbindung von Informatik als Schwerpunkt im Fach „Natur & Technik“ ist nicht mehr  
12 zeitgemäß und behandelt die informationstechnischen Herausforderungen nur unzureichend.

13 Informationstechnische Systeme bestimmen Entwicklung und Innovation in Wirtschaft,  
14 Wissenschaft und Technologie. Das Selbstverständnis des Lehrplans ist stark auf  
15 informationstechnische Systeme ausgerichtet, nicht aber auf die Herausforderungen der  
16 Digitalisierung. Themen wie Datenschutz, IT-Trends wie Big Data oder Cloud Computing,  
17 Mobile, der Einsatz von Präsentationsmedien und IT-Sicherheit müssen neben reinen  
18 Programmiergrundlagen einen größeren Stellenwert in den Informatiklehrplänen einnehmen.

19 Grundlagen der Programmierung sind elementar, um früh in die Denkwelt der Informatik, ihre  
20 Konzeption und Umsetzung, Einblick zu erhalten. Die Globalisierung führt allerdings auch in  
21 der Informationstechnik zur stärkeren Verlagerung von reinen Entwicklungstätigkeiten in andere  
22 Länder. Viele Unternehmen in Deutschland entwickeln nicht mehr primär im eigenen Land. Der  
23 Fokus im Zeitalter der Digitalisierung liegt auf Chancen und Risiken neuer Technologien,  
24 Datenschutz und –Sicherheit, sowie dem Umgang mit Vernetzung und globalisierter  
25 Informationstechnik.

26 Die frühe Einbindung von grundlegenden informationstechnischen Themenbereichen wie  
27 Datenschutz, IT-Trends oder fachgerechte Einsatz von Standardapplikationen fördert  
28 gleichzeitig auch das Interesse von Schülern und Schülerinnen, sich dem Thema Informatik  
29 anzunähern.

30 Wir fordern daher, dass bereits frühestmöglich der Umgang mit grundlegenden  
31 Standardapplikation (Office, Email, Google, Cloud,...), Datenschutz. Datensicherheit und  
32 mobiler IT zu Beginn der Sekundarstufe 1 zielgerichtet gelehrt wird. Von diesen Kenntnissen  
33 können auch andere Fächer überfachlich profitieren. Des Weiteren müssen Grundlagen der  
34 Programmierung, Strukturierung und Konzeptionierung Teil des schulischen Lerngerüsts der  
35 Sekundarstufe 1 sein. Statt der Einbindung der Informatik als Schwerpunkt im Fach „Natur &  
36 Technik“ sollte es als eigenständige Lehreinheit eingeführt werden.

- 1 Wir fordern, dass das Fach „Informatik“ an allen Schulformen über den Themenbereich der  
2 reinen Informationstechnischen Systeme hinaus Herausforderungen der Digitalisierung, den  
3 Umgang mit elektronischen Medien und Standardapplikationen, sowie zunehmender  
4 Vernetzung und globalisierter Informationstechnik bereits ab der 5. Klasse behandelt und lehrt.
- 5 Forderung
- 6 Wir Jusos Bayern fordern die SPD auf, die Inhalte im Informatikunterricht an die  
7 fortschreitenden Anforderungen der Digitalisierung (insbesondere Datenschutz, Datensicherheit  
8 und mobile IT) durch Grundbildung ab der 5. Klasse in allen Schularten in Form einer  
9 Änderung des Fachs „Informatik“ anzupassen und die Digitalisierung als Querschnittsthema in  
10 den Lehrplänen zu verankern.
- 11 Außerdem sollen die Lehrpläne für den Informatikunterricht regelmäßig und fortlaufend in  
12 angemessenen Abständen an den technischen Stand angepasst werden.

## 1 Umwelt

2

3 Umweltkommission Jusos Bayern

### 4 U 1 Resolution zur EEG-Novelle-für eine sozialistische Energiepolitik!

5 Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), welches im Jahr 2000 unter der rot-grünen Koalition  
6 in Kraft trat, hat die Aufgabe Erneuerbare Energien , welche zu Beginn des Jahrhunderts einen  
7 nicht erwähnenswerten Anteil am Strommix hatten, zu der bestimmenden Art der  
8 Stromproduktion zu machen (80% im Jahr 2050). Nun, fast 15 Jahre später, zeigt sich, dass  
9 der Ansatz weitgehenden Erfolg hatte. Gut ein Viertel des Strom-Mix kommt heute aus  
10 erneuerbaren Energien. Am 1. August dieses Jahres trat die Reform des EEG in Kraft.

11 Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie begründet die Notwendigkeit einer Reform  
12 mit dem Willen, „den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll zu steuern“. Dieser  
13 Schlussfolgerung schließen wir uns grundsätzlich an, ein Umbau der Energieversorgung muss,  
14 v.a. jetzt wo die Erneuerbaren Energien einen größeren Platz einnehmen, als noch zur  
15 Jahrtausendwende, geplant geschehen. Für uns ergeben sich hieraus allerdings andere  
16 Schlussfolgerungen.

17 Die EEG-Reform beinhaltet eine Deckelung der Subventionen für erneuerbare Energieträger  
18 nach oben hin. Hierbei wird unterschieden zwischen Solarkraft die auf Privatdächern  
19 produziert wird, Biomasse und Windkraft, wobei innerhalb der Windkraft die Produktion an  
20 Land und in Wasser separat gedeckelt werden, wie verschiedene Energieträger. Jeder der  
21 verschiedenen Energieträger hat hierbei einen Ausbaukorridor in welchem subventioniert wird,  
22 was darüber hinweg geht, führt im Fall des „atmenden Deckels“ zu einem Sinken der  
23 Fördersätze für weitere Anlagen, im Fall von Windenergie auf See gibt es einen festen  
24 Mengendeckel. Die Deckel, die das EEG vorsieht, wobei die Mengen ja durch den atmenden  
25 Deckel heruntergefahren werden sollen, selbst wenn das im Korridor definierte Ausbauziel  
26 erreicht wird, reichen laut Schätzungen des Bundesverbands Erneuerbare Energien allerdings  
27 nicht einmal aus, um den im Jahr 2022 wegfallenden Atomstrom auszugleichen. Diese  
28 Regelungen sind eine Abnahmegarantie für große Energiekonzerne und den von diesen  
29 produzierten Kohlestrom.

30 Die EEG-Reform bringt weitere exemplarische Punkte durch welche Dezentralisierung,  
31 besonders des Eigentums an den Energieproduktionsmitteln, verhindert. Diese  
32 Dezentralisierung in sowohl technisch eine Grundvoraussetzung, also auch für eine  
33 Demokratisierung des Energiemarktes notwendig. Die Fördermodelle von Windenergie auf See  
34 unterscheidet sich maßgeblich in ihrer Art und Weise der Förderung, da die Förderung auf  
35 wesentlich längere Zeit festgeschrieben sind. Als Grund wird hier das wesentlich höhere  
36 Investitionsniveau genannt, profitieren von dieser Regelung werden allerdings ausschließlich  
37 wieder große Energiekonzerne. Genoss\_innenschaften, Stadtwerke, etc. profitieren hiervon  
38 nicht. Die Ermittlungen der Subventionshöhe von Freiland-Solarflächen durch Ausschreibungen  
39 bevorzugen ebenso große Firmen. Die momentane Diskussion darüber diese Ermittlung der

1 Subventionen, wie zu Beginn geplant, auch auszuweiten auf weitere Formen der  
2 Energieproduktion, was besonders auf Druck der EU geschieht, zeigt hier die Tendenz die  
3 begonnene Dezentralisierung zu stoppen. Das momentane Oligopol in der Energieproduktion  
4 wird durch die Reform der Subventionshöhe nicht gebrochen, im Gegenteil sie wird  
5 reproduziert.

6 Die durch die EEG-Reform festgeschriebene Direktvermarktung hat ähnliche Folgen.  
7 Selbstverständlich sehen wir die positiven Effekte dieser Direktvermarktung, nachdem durch sie  
8 die Anreize erhöht werden in Zeiten von wenig Energie auf dem Markt welche zu  
9 produzieren, weil der Preis deutlich höher in diesem Moment ist. Allerdings sind die  
10 Produktionsmengen, ab denen diese Direktvermarktung verpflichtet ist deutlich zu niedrig.  
11 Gerade kleine Produzent\_innen haben auch hier einen Nachteil gegenüber Größeren. Ein  
12 weiteres maßgebliches Interesse der Direktvermarktung ist weiter, die Energiekosten deutlich zu  
13 senken. Grund hierfür ist, dass die EEG-Umlage deutlich gestiegen ist in den letzten Jahren.  
14 Das Problem ist, dass ein weiterer erfolgreicher Ausbau der EEG-Umlage dieses Phänomen  
15 weiter reproduziert. Grund hierfür ist, dass durch die Vermarktung des Stroms an der Börse der  
16 Strompreis gedrückt wird, da EE wesentlich billiger sind, als konventionelle Energieträger.  
17 Damit die Produktion Erneuerbarer Energien allerdings weiterhin profitabel ist, zahlen die  
18 Stromkund\_innen durch die EEG-Kernumlage die Differenz. Hierdurch wird die paradoxe  
19 Situation ausgelöst, dass ein erfolgreicher EE-Ausbau den Strom teurer macht. Weiter haben  
20 wir das Problem, dass diejenigen, die finanziell besser gestellt sind und sich Investitionen  
21 leisten können in EE eine Gewinngarantie bekommen, da ihr billiger Strom an der Börse von  
22 der Wirtschaft gekauft wird und die Differenz diejenigen durch die Stromrechnung zahlen, die  
23 sich diese Investitionen nicht leisten können. Dies verursacht also eine Umverteilung von unten  
24 nach oben und kann nicht im Interesse sozialistischer Energiepolitik sein. Dieses Phänomen  
25 war ein Hauptgrund Grund für den Anstieg der EEG-Umlage bis 2010. In der Zeit danach ist  
26 weiter ein starker Anstieg dieser Kernumlage zu verzeichnen, die EE G-Umlage allerdings stieg  
27 im Verhältnis dazu noch mehr an. Grund hierfür war u.a. auch, dass die Ausnahmen für die  
28 Wirtschaft deutlich erhöht wurden, was auch durch die Verbraucher\_innen zu zahlen war.  
29 Wie sehr die teilweise Rücknahme der Ausnahmen durch die EEG-Novelle Erfolgreich im  
30 Bezug dazu war, wird sich im kommenden Jahr zeigen. Weiter sollen nun  
31 Eigenversorger\_innen an der EEG-Umlage beteiligt werden, was die evtl. oben genannte  
32 Diskrepanz verbessern könnte. Allerdings macht es keinen Sinn Eigenversorger\_innen  
33 Abgaben zahlen zu lassen, damit davon erneuerbare Energien gefördert werden können, dies  
34 fördert die Person nämlich indem sie sich entscheidet Eigenversorger\_in durch regenerative  
35 Energie zu sein. Selbstverständlich muss man sich hier darüber Gedanken machen, wieso die  
36 Person, die in einer Wohnung lebt und keine Möglichkeit hat Eigenversorger\_in zu sein aus  
37 finanziellen Gründen und weil sie eben kein Haus hat, durch Ihre Stromrechnung und EEG-  
38 Umlage die Subventionen, bzw. Befreiung der Umlage derer zahlt, die das Geld haben ein  
39 Haus zu besitzen und dort eine eigene Stromversorgung einzurichten. Der Vorwurf einer  
40 Umverteilung von unten nach oben in diesem Kontext ist also nicht unbedingt falsch und die  
41 Pflicht der Beteiligung von Eigenversorger\_innen Abgaben zu zahlen fängt eine solche

1 Umverteilung evtl. auch ein, aber das leider vollkommen unabhängig der ökonomischen Lage  
2 der Selbstversorger\_innen.

3 Wir sehen deswegen es nicht als Ziel an die Energiewende, wie es in den letzten Jahren  
4 geschehen ist marktwirtschaftlicher zu machen. Das Ziel muss eine ökologische Energiewende  
5 sein, die Solidarität, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt stellt.  
6 Diese Sicherheiten erreichen wir nicht durch mehr Markt, wir brauchen eine Verschiebung der  
7 Eigentumsverhältnisse in der Energieproduktion. Die Stadtwerke als staatliche Akteure müssen  
8 die dezentralen Orte öffentlicher Energieproduktion sein. Hierfür müssen diese  
9 rekommunalisiert und auf diese Aufgabe hin zugeschnitten werden, mit staatlicher  
10 Finanzierungs- und Steuerungsebene darüber. Uns ist bewusst, dass die europäischen Verträge  
11 uns zu einer Liberalisierung des Strommarktes verpflichten, deswegen müssen wir uns in  
12 diesem Punkt für Neuverhandlungen stark machen.

13 Wir müssen auch das Prinzip der indirekten Finanzierung der Energiewende neu bedenken.  
14 Wie oben beschrieben profitieren die finanziell bessergestellten schon auf Grund der  
15 Tatsache, dass sie finanzieren können in erneuerbare Energien durch ein solches System.  
16 Weiter können sozial besser ausgestattete Haushalte sich neuere, effizientere Geräte kaufen,  
17 während andere Haushalte dies nicht können und damit weiter wesentlich stärker an dieser  
18 Gesellschaftlichen Aufgabe belastet werden. Deswegen muss eine sozialistische Energiepolitik  
19 dieser Sache entgegenwirken, auch weil effiziente Geräte ökologisch sinnvoll sind.  
20 Sozialtransfers vom Staat müssen in diesem Punkt angepasst werden. Die Finanzierung der  
21 Energiewende wesentlich direkter stattfinden durch eine solidarische Steuerpolitik.

22 Eine Reform der Energiepolitik ist notwendig, bedarf aber eines weiteren grundlegenden  
23 politischen Ansatzes: Die Folgen und Schäden des Klimawandels zu begrenzen muss  
24 Verpflichtung linker Politik sein. Es ist allerdings nicht so, dass unsere Politik Ihre sozialistischen  
25 Werte dafür aufgeben soll, es ist das Gegenteil der Fall, nämlich, dass die sozialistische Basis  
26 unserer Politik die einzige Möglichkeit ist eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Da  
27 kann nicht eine solche Reform, in der bisherigen Form nicht die Lösung sein. Es braucht eine  
28 vollkommen neue Aufstellung in der Finanz- wie Wirtschaftspolitik. Wir fordern die  
29 Transformation der Besitzverhältnisse in der Energieproduktion. Der Kapitalismus und der  
30 Markt haben weder ein soziales noch ein ökologisches Gewissen, an diese Stelle muss die  
31 Gesellschaft treten, deshalb fordern wir eine weitgehende Überführung der Energieinfrastruktur  
32 in öffentliche Hand. Insbesondere das Stromnetz, ein de-facto natürliches Monopol muss in  
33 öffentliche Hand übertragen werden, hierbei ist hierarchisch beim Höchstspannungsnetz zu  
34 beginnen.

35

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

### 3 **U 7 Hydraulic Fracturing**

4 Unter Hydraulic Fracturing versteht man eine Methode zur Erdöl- und Erdgasförderung, bei der  
5 Fließwege im Gestein von ca. 1.000 bis 5.000 Metern Tiefe geschaffen werden. Bei der  
6 Bohrung wird eine von Standort zu Standort unterschiedlich zusammengesetzte Flüssigkeit in  
7 das Gestein gepumpt.

8 Ein Punkt, den die wenigsten wissen ist, dass in Deutschland seit 1961 Fracking bereits  
9 eingesetzt wird. Auch für die Erschließung von Grundwasserleitungen und für den  
10 Wärmetransport in der Geothermie, wobei hierfür keine Chemikalien verwendet werden  
11 dürfen.

12 Das neue Fracking allerdings, über welches im Moment diskutiert wird, wird vor allem für die  
13 Gewinnung von Schiefergas verwendet.

14 Hierbei wird in das angebohrte Gestein ab 3.000 Meter Tiefe, eine Flüssigkeit bestehend aus  
15 Wasser, Quarzsand oder Keramikkügelchen und verschiedenen Chemikalien mit einem Druck  
16 von ca. 1.000 Bar gepumpt. Unter dem Druck entstehen weitere Risse, durch welche das Gas  
17 entweichen kann. Der Quarzsand bzw. die Keramikkügelchen sorgen dafür, dass die Risse  
18 bestehen bleiben.

19 Die Methode sorgte in der Energieindustrie bisher für reichlich Gewinn - inzwischen fallen die  
20 Preise und Investoren springen wegen der hohen Kosten ab. Sie ist in Zeiten hoher Ölpreise  
21 (über ca. 70 Dollar/Barrel) rentabel, birgt aber aufgrund der verwendeten Chemikalien  
22 Gefahren für die Menschen und die Umwelt – insbesondere aufgrund der nicht vorhandenen  
23 Offenlegungspflicht für die verwendeten Verpressstoffe. Die einzige Möglichkeit auf eventuell  
24 giftige oder krebserregende Stoffe zu reagieren, sind Gutachten, welche wiederum vom  
25 Bundesumweltamt ausgeführt werden. In einem dieser Gutachten aus dem Jahr 2012 heißt es:  
26 „In der Bohrung wurden z. B. bei drei Fracks rund 12.000 Kubikmeter Wasser, 588 Tonnen  
27 Stützmittel und 20 Tonnen Additive (davon 460 Kilogramm Biozide) verpresst. Die Auswertung  
28 der verfügbaren 80 Sicherheitsdatenblätter ergab, dass 6 Zubereitungen als giftig, 6 als  
29 umweltgefährlich, 25 als gesundheitsschädlich, 14 als reizend, 12 als ätzend eingestuft  
30 sind.<sup>13</sup>

31 Der Kabinettsbeschluss vom 01. April 2015 ist ein weiterer Rückschlag, da das  
32 unkonventionelle Fracking (bis 3.000 Meter tiefe) darin ausdrücklich erlaubt wird. Zudem soll  
33 das konventionelle Fracking (ab 3.000 Meter tiefe) ab 2019 kommerziell – nach Meinung  
34 einer 6 köpfigen Expertenkommission - zugelassen werden kann. Diese setzt sich zusammen  
35 aus Personen verschiedener Ämter und Forschungseinrichtungen.

---

<sup>3</sup> <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/erdgasfoerderung-fracking-das-sollten-sie-wissen-74451.html?p=2>

1 Umweltministerin Barbara Hendricks spricht von strengen Auflagen, auf der anderen Seite von  
2 Probebohrungen zu Forschungszwecken, welche ein Hintertürchen für die Energiewirtschaft  
3 bedeuten. Weiterhin sollen einige Gesetze der Berg- und Wasserrechte zugunsten von  
4 Fracking geändert werden und reine oder „nur“ schwach gefährdende Stoffe verwendet  
5 werden. Dieser Kabinettsbeschluss ist ein Vorgriff auf die TTIP Verhandlungen, um den Weg für  
6 die Amerikanischen Energieunternehmen zu ebnen.

7 Das neu ausgearbeitete Papier von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin  
8 Barbara Hendricks hat für die Bohrungen nach der Fracking Methode nun ein Teilverbot bis  
9 2021 ausgesprochen, was danach kommt weiß noch keiner. Nach dem Teilverbot sollen  
10 Bohrungen erst ab einer Tiefe von 3.000 Metern mit neuen Umweltauflagen erlaubt werden.  
11 Probebohrungen zu Forschungszwecken dürfen allerdings komplett weiter ausgeführt werden,  
12 was ein Hintertürchen für die Energiewirtschaft bedeutet. Weiterhin darf Fracking in  
13 Wasserschutzgebieten nicht ausgeführt werden und auch die einzelnen Bundesländer haben  
14 das Recht, bestimmte Gebiete zu verbieten. Doch diese Regelungen sind zu schwach: Nur weil  
15 die Wasserschutzgebiete tabu sind, bedeutet das nicht, dass nicht durch die Bohrungen  
16 Chemikalien in das Grundwasser kommen können. Ferner sind die freigesetzten Gase  
17 klimaschädlich. Das hauptsächlich freigesetzte Methan hat etwa ein ca. 30-mal höheres  
18 Treibhausgaspotenzial als Kohlendioxid. Auch das in Deutschland verwendete,  
19 chemikalienfreie Fracking, birgt die Gefahr von Erdbeben oder der  
20 Grundwasserverunreinigung.

21 Daher fordern wir ein gesetzliches, dauerhaftes Fracking Verbot für Deutschland - keinen  
22 Flickenteppich - sowie die Offenlegung der bisher verwendeten Chemikalien.

1 **Frauen, Familie, Soziales**

2

3 Frauenkommission

4 An Bundeskongress, LPT, BPT

5 **S 1 Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der**  
6 **Frauenhäuser und Beratungsstellen**

7

8 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die erst im März 2015  
9 vorgestellte Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht  
10 deutlich, dass es an der Zeit ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen,  
11 Maßnahmen gegen diese weit verbreitete Gewalt ergreifen.

12

13 **Bessere Finanzierung der Frauenhäuser**

14 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bieten und es ihnen ermöglicht, aus einer  
15 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von  
16 Familienangehörigen aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der  
17 Europäischen Union muss pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung  
18 stehen. Davon sind wir in Bayern aber weit entfernt.

19

20 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,  
21 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei  
22 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum  
23 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig  
24 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.

25

26 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit  
27 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende  
28 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche  
29 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung  
30 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf  
31 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und  
32 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in  
33 Frauenhäusern erhöht werden kann.

34

35 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab.  
36 Die Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf  
37 die einzelne Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem.  
38 Gruppen wie Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne  
39 gesicherten Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können  
40 sich somit ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe

1 für Frauen in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der  
2 finanziellen Situationen der einzelnen Frau abhängen.

3

4 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung  
5 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben  
6 unterstützt werden müssen.

7

8 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

9 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser in Bayern soll nicht nur die Anzahl der Plätze  
10 erhöhen, sie soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern  
11 herzustellen. Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an  
12 bestehenden Bauten, mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte  
13 Appartements für Frauen mit älteren Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern  
14 mit untergebracht werden dürfen (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund  
15 ihrer Gewalterfahrung durch junge Männer bedroht fühlen könnten).

16

17 **Schutz für Asylbewerberinnen**

18 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften  
19 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen Schutzräume  
20 für Frauen vorgehalten werden, die ihnen als Fluchtort dienen. Außerdem sind  
21 Ansprechpartnerinnen in den Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende  
22 Personal insgesamt für den Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben.  
23 Für Asylbewerberinnen, die aus Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu  
24 erarbeiten, die es ihnen ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung  
25 weiterzuführen und nicht zu behindern.

26

27 **Ein Mädchenhaus pro Regierungsbezirk**

28 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer  
29 besonderen Abhängigkeitssituation mit den Tätern. Dieser besonderen Situation können die  
30 bestehenden Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die  
31 Einrichtung von einem Mädchenhaus pro Regierungsbezirk, das einen Zufluchtsort für  
32 minderjährige Mädchen bietet und auf dessen Personal für diese besondere Situation  
33 ausgebildet ist. Außerdem müssen die Beratungsangebote für Mädchen ausgebaut werden und  
34 dabei moderne Kommunikationsmittel wie das Internet einbezogen werden.

35

36 **Landesweiter Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

37 Viele Frauen bleiben heute deutlich länger in Frauenhäusern, als es aufgrund ihrer Notsituation  
38 notwendig ist. Das liegt insbesondere daran, dass sich die Wohnungssuche für sie besonders  
39 schwierig gestaltet. Wir fordern daher einen landesweiten Aktionsplan für sozialen  
40 Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die auf dem  
41 Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

1 Jusos Unterfranken

2 An Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag  
3 Deutschland

#### 4 **S 2 Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik**

5 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Bewegung für die Gleichstellung  
6 unterschiedlicher Lebensentwürfe und das Selbstbestimmungsrecht eines\_einer jeden einzelnen.  
7 Dazu gehört für uns eine moderne Familienpolitik, die beide Elternteile gleichermaßen in die  
8 Verantwortung nimmt sowie eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen ausreichend  
9 Zeit außerhalb ihres Arbeitsplatzes lässt.

10 Verpflichtung zur hälftigen Teilung der Elternzeit – Abschaffung der Herdprämie

11 In unserer Vorstellung sind beide Elternteile gleichermaßen für die Erwerbsarbeit und die  
12 Familienarbeit verantwortlich und sollten jeweils in beiden Bereichen ihren Anteil leisten. Bisher  
13 nehmen Väter meist nur die zwei Monate Elternzeit, die notwendig sind, um für 14 Monate  
14 Elterngeld zu bekommen. Wir fordern, dass der Auszahlungszeitraum des Elterngeldes pro  
15 Elternteil max. sieben Monate beträgt. Alleinerziehende müssen das Elterngeld über die vollen  
16 14 Monate ausgezahlt bekommen.

17 Das Betreuungsgeld muss sofort abgeschafft werden. Ein Anreiz für das Fernhalten von Kindern  
18 von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann und darf niemals das Ziel  
19 sozialdemokratischer Familienpolitik sein!

20 Familienarbeitszeit

21 Wir unterstützen die Absicht von Manuela Schwesig ein Arbeitsmodell für Familien  
22 einzuführen. Beide Elternteile müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit für einige Zeit zu  
23 reduzieren und sich so die Familien- und Hausarbeit zu teilen.

24 Eine Familienarbeitszeit von jeweils 30 Stunden wäre ein guter Schritt in Richtung einer  
25 generellen Arbeitszeitverkürzung und würde beiden Elternteilen eine Verwirklichung im Beruf  
26 und ausreichend Teilhabe am Familienleben ermöglichen. Wir fordern deshalb, dass es Eltern  
27 ermöglicht wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu reduzieren. Familienarbeit ist eine  
28 gesellschaftliche Arbeit. Der Verdienstaufschlag ist daher aus Steuergeldern zu finanzieren. Auf  
29 diese Familienarbeitszeit müssen alle Arbeitnehmer\_innen einen Rechtsanspruch haben,  
30 ebenso wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.

31 Generelle Arbeitszeitverkürzung – Wir fordern die 30-Stunden-Woche!

32 Es ist wichtig, dass Menschen Arbeit haben um finanziell unabhängig zu sein. Trotzdem dürfen  
33 die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit und die flexiblere Einteilung der Arbeit nicht dazu  
34 führen, dass alle immer mehr arbeiten. Wir fordern deshalb gemeinsam mit den  
35 Gewerkschaften langfristig eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – damit noch  
36 Zeit für Familie, ehrenamtliches Engagement und Freizeit bleibt.

1 Bildung von Anfang an

2 Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als reine Kinderbetreuung – sie sind  
3 Bildungseinrichtungen. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten muss es allen Kindern  
4 ermöglicht werden, an diesem Bildungsangebot teilzuhaben. Bildungseinrichtungen müssen  
5 deshalb vom ersten Tag an kostenlos sein und durch Steuergelder und damit durch die  
6 Gemeinschaft finanziert werden. Ein an bestimmte Bedingungen wie Kirchengliederung  
7 gebundenes Angebot, darf öffentliche Angebote lediglich ergänzen, nicht ersetzen. Bund und  
8 Länder müssen den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um dies zu  
9 gewährleisten. Für Kinder ab 3 Jahren soll der Besuch eines Kindergartens verpflichtend sein.

10 Aber auch für Kinder im Alter von ein und zwei Jahren darf es nicht nur einen Rechtsanspruch  
11 geben, auf den im Falle einer Klage Jahre später eine Entschädigungsleistung gezahlt wird.  
12 Dies hilft den Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht und erfüllt auch nicht den mit  
13 der Einführung des Rechtsanspruchs intendierten gesellschaftlichen Zweck. Es muss vor allem  
14 sichergestellt werden, dass dieser Rechtsanspruch für jedes Kind umgesetzt werden kann und  
15 jedes Kind auch faktisch einen Krippen- bzw. Kita-Platz erhält.

16 Daneben muss auch die Betreuung von Kindern unter einem Jahr ermöglicht werden. Die  
17 Bereitstellung entsprechender Betreuungsangebote, die auch der frühkindlichen Bildung zu  
18 dienen haben, darf dabei nicht privaten und kirchlichen Anbietern allein überlassen werden.  
19 Hierfür bedarf es eines massiven Ausbaus staatlicher Angebote. Krippen müssen ausgebaut  
20 und mehr ErzieherInnen ausgebildet werden. Der ErzieherInnenberuf an sich muss deutlich  
21 attraktiver gestaltet werden, damit mehr Menschen sich dazu entschließen, eine  
22 ErzieherInnenausbildung zu durchlaufen und dadurch zu ermöglichen, dass mehr  
23 ErzieherInnen eingestellt werden können, um so allen Kindern eine qualitativ hochwertige  
24 Kinderbetreuung bei angemessenen Gruppengrößen zu ermöglichen.

25 Echte Ganztagesangebote mit der notwendigen Ausstattung

26 Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ganztägige und ganzjährige Betreuung ermöglichen.  
27 Die rhythmisierte Ganztageschule muss die Regel werden. Es geht nicht darum, Kinder im  
28 Anschluss an den Unterricht zu betreuen, sondern ein pädagogisches Konzept mit einem  
29 Wechsel von Lern- und Freizeitphasen umzusetzen.

30 Von öffentlicher Seite sind entsprechend notwendige finanzielle und personelle Ressourcen  
31 dafür bereitzustellen.

32 Familiensplitting statt Ehegattensplitting

33 Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des  
34 Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von  
35 anderen. Wir wollen deswegen die Abschaffung des Ehegattensplittings.

36 Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ und Öffnung der Ehe

1 Die Orientierung der Familienpolitik an Kindern bedeutet auch, dass homosexuellen Paaren  
2 endlich das gleiche Adoptionsrecht zusteht, wie heterosexuellen Paaren. Es geht um die  
3 Interessen und das Wohl der Kinder und nicht um das Festhalten an konservativen und starren  
4 Familienbildern. Gleichzeitig muss die Ehe endlich für homosexuelle Paare geöffnet werden.

5 Langfristig Bedarfsgemeinschaft abschaffen

6 Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können und  
7 von ihrer\_ihrem Partner\_in unabhängig sind. Die Orientierung an Bedarfsgemeinschaften und  
8 damit an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik verhindert aber dies gerade. Es ist  
9 zudem unverständlich weshalb unverheiratet zusammen lebenden Partnern die steuerliche  
10 Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird, sie aber im Falle sozialer Härten finanziell einer  
11 Ehe gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als  
12 grundsätzliche Regel abschaffen.

13

# 1 **Verkehr, Infrastruktur**

2 Jusos Mittelfranken

3 An SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

## 4 **V 1 SPNV-Ausschreibungen – wider dem neoliberalen Wahnsinn!**

### 5 1. Ausgangslage

6 Mit der „Bahnreform“ 1994 trat auch das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen  
7 Personennahverkehrs (kurz: Regionalisierungsgesetz oder RegG) in Kraft. Durch dieses viel der  
8 öffentliche Schienenpersonennahverkehr in den Aufgabenbereich der Länder. Gemäß dem  
9 Besteller\_innenprinzip bestellen diese seither Leistungen im Schienenpersonennahverkehr  
10 (SPNV) bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen. Hierfür erhalten sie vom Bund Zuschüsse aus  
11 den Einnahmen der Mineralölsteuer, da SPNV selten eigenwirtschaftlich und somit  
12 gewinnbringend erbracht werden kann – diese werden gemeinhin auch als  
13 Regionalisierungsmittel bezeichnet.

14 Die Besteller\_innenseite entwickelte sich hierbei recht unübersichtlich: Während einige  
15 Bundesländer wie z.B. Bayern oder Schleswig-Holstein den SPNV auf Landesebene regeln  
16 haben andere Bundesländer – z.B. Hessen, Niedersachsen – regionale Zweckverbände  
17 gegründet. Bundesweit sind sie zusammengeschlossen in der Bundesarbeitsgemeinschaft  
18 Schienenpersonennahverkehr (BAG SPNV).

19 Nach Angaben dieser BAG SPNV sind die Regionalisierungsmittel und deren Entwicklung viel  
20 zu gering und werden mittelfristig wieder zu einer Kürzung des Angebots führen.

21 Ende 2009 trat als Teil des 3. Eisenbahn-Paketes die EU-Verordnung 1370/2007 in Kraft. Sie  
22 bestärkt den Wettbewerbsgedanken bei Verkehrsleistungen auf Straße und Schiene, die von  
23 der öffentlichen Hand beauftragt werden. Entsprechendes EU-Recht war auch zuvor schon  
24 gültig, so entschied der EuGh 2003, das die öffentliche Ko-Finanzierung der Erbringung von  
25 Leistungen bereits zur Ausschreibungspflicht führe.

26 Dabei ist das Ziel, bei geringeren Kosten ein besseres Angebot im SPNV zu erreichen. Bei  
27 Fixkosten im Bereich von 70-80% - u.a. für Stationsgebühren und Trassenentgelte – (genaue  
28 Zahlen darüber gibt es leider nicht) darf man sich getrost die Frage stellen, wo die  
29 Einsparungen erzielt werden sollen.

30 In ihren Ausschreibungen können die Länder genau festlegen, was sie möchten. Dies geht von  
31 der Art der Traktion über Kapazitäten, Tarife, Fahrplan bis hin zu sozialen Komponenten. Im  
32 Prinzip gibt es nichts, was seitens der Besteller\_innen nicht als Kriterium in eine Ausschreibung  
33 aufgenommen werden kann.

34 Dabei soll durch ein Bonus-Malus-System die Qualität der erbrachten Leistungen festgestellt  
35 werden. Wird die nicht erfüllt sind Pönale-Gelder vom Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU)  
36 an die Besteller\_innen fällig.

1 Allerdings ist auch noch eine Direktvergabe von Verkehrsleistungen möglich. Hierzu hat der  
2 Bundesgerichtshof 2011 Bedingungen festgelegt:

- 3 - maximaler Zuschuss von 50% und Großteil des wirtschaftlichen Risikos beim EVU,
- 4 - Anpassung von Vergabezeiträumen oder bestehenden Verträgen
- 5 - Andere besondere Gründe (z.B. spezielle Fahrzeuge)

6 Ansonsten ist eine öffentliche, europaweite Ausschreibung zwingend erforderlich.

7 In Bayern wurde zur Vergabe der Verkehrsleistung die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH  
8 als 100%ige Tochter des Freistaates Bayern gegründet. Der Zuschuss liegt laut eigenen  
9 Angaben bei 66,7%.

10

11 1. Probleme

12 Fahrzeugparks

13 Eine der gängigsten Forderungen von Besteller\_innen ist der Einsatz von Neufahrzeugen.  
14 Hierbei machen die Besteller\_innen auch konkrete Angaben zu Verfügbarkeit, Ausstattung und  
15 Sitzplatzanzahl. Somit wird – allein aus wettbewerbstechnischen Gesichtspunkten – kein EVU  
16 mit einem größeren Fahrzeugpark als unbedingt nötig bieten. Dies wird mittelfristig zu einer  
17 massiven Ausdünnung von verfügbaren Reservefahrzeugen führen. Zudem ist zu erwarten,  
18 dass die Fahrzeugindustrie ihre Fahrzeuge an die durchschnittlichen Vertragslaufzeiten – 8-15  
19 Jahre – „heranoptimieren“ wird. Waren Eisenbahnfahrzeuge früher noch für die Ewigkeit  
20 gebaut, wird man nun also hierauf verzichten und – auch marktstrategisch – günstigere  
21 Komponenten mit kürzerer Haltbarkeit verbauen. Die Auswirkungen dessen bekamen auch  
22 schon bayerische Bahnfahrer\_innen zu spüren.

23 Ob der konsequente Einsatz von Billigfahrzeugen im Endeffekt wirklich so viel Einsparungen  
24 bringt, sei mal dahin gestellt.

25 Betriebsübernahme

26 Nahezu bei jeder Aufnahme einer Verkehrsleistung kam es bis jetzt in Bayern zu  
27 Verzögerungen, unabhängig davon ob ein Betreiber\_innenwechsel stattgefunden hat oder  
28 nicht. Grund dafür ist in der Regel ein Mangel an Zugpersonal oder zugelassenen  
29 Fahrzeugen. Auch nach der erfolgten Zulassung können Kapazitätseinschränkungen auftreten,  
30 da auch im laufenden Betrieb immer wieder Mängel an neuzugelassenen Zügen auftreten.

31 Arbeitnehmer\_innen

32 Die Arbeitnehmer\_innen sind in diesem Spiel die größten Leidtragenden. Einerseits lässt sich  
33 nahezu nur auf ihrem Rücken der Bieter\_innenstreit gewinnen, andererseits bedeuten die  
34 Ausschreibungen große Unsicherheiten hinsichtlich der beruflichen Zukunft.

35 Dass dies vor allem Arbeitnehmer\_innen der Deutschen Bahn AG betrifft, liegt in der Natur der  
36 Geschichte: Drehen wir hierzu das Rad zurück ins Jahr 1994: Nahezu der komplette SPNV  
37 wird von der Deutschen Bundesbahn, die seit 1.1. Deutsche Bahn AG heißt, erbracht. Soll nun

1 freier Wettbewerb stattfinden mit dem Effekt, dass andere EVUs Verkehrsleistungen erbringen,  
2 werden hier Arbeitnehmer\_innen auch dann mittelfristig ihren angestammten Arbeitsplatz  
3 verlieren, wenn die Zahl der Verkehrsleistungen insgesamt zunimmt.

4 Wenn ihr Netz „verloren“ geht, bleiben für sie zwei Optionen: entweder sie bleiben in ihrem  
5 Netz, akzeptieren die meistens schlechteren Leistungen des neuen Betreibers (bis zu 300€  
6 weniger Monatslohn) und verlieren Sozialleistungen, die sie beim bisherigen Betreiber erhalten  
7 haben oder sie nehmen einen längeren Arbeitsweg in Kauf und haben somit weniger Zeit für  
8 ihre Familie.

9 Zudem wird die Zahl an „voll ausgebildeten“ Triebfahrzeugführer\_innen und anderen  
10 Zugpersonalen zurückgehen. Bei nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) kommen  
11 Triebfahrzeugführer\_innen zum Einsatz, die von der DB AG übernommen wurden oder aber  
12 Menschen, die eine Funktionsausbildung in sechs bis acht Monaten durchlaufen haben.  
13 Nahezu keine NE-Bahn in Bayern bildet zurzeit Eisenbahner\_innen aus! Damit stellen die  
14 Ausschreibungen auch eine Gefahr für den Ausbildungsmarkt dar.

## 15 2. Forderungen

16 Die Jusos Bayern fordern:

17 - die verpflichtende Anerkennung von Flächentarifverträgen bei der Teilnahme an einer  
18 Ausschreibung

19 - einen Zwang zur Berufsausbildung für alle in Bayern tätigen EVUs in allen Bereichen, die  
20 für den Betrieb eines EVUs notwendig sind (z.B.: gewerblich-technisch,  
21 Eisenbahner\_innen, Kaufleute, etc.). Und mit Berufsausbildung meinen wir eine  
22 Ausbildung im dualen System!

23 - dass von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft Möglichkeiten geschaffen werden, wie  
24 Eisenbahnfahrzeuge nach dem Verlust einer Ausschreibung weiter verwendet werden  
25 können. Dies ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch sinnvoll!

26

1 Jusos Oberpfalz

## 2 **D 4 Staat vor Privat – öffentliche Investitionen statt PPP**

3 Ende August 2014 meldete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der  
4 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) habe eine „externe Expertenkommission zum  
5 Thema ‚Stärkung von Investitionen in Deutschland‘ eingesetzt“.4 Diese solle neue Antworten  
6 auf die Frage finden, wie in Zeiten einer relativ schwachen Investitionsentwicklung das  
7 Wachstum gestärkt werden könne, etwa durch eine höhere Dynamik der privaten Investitionen.  
8 Dies gelte vor allem für Einrichtungen der Infrastruktur.

9 Unbestritten ist, dass sowohl öffentliche wie auch private Investitionen in Deutschland einen  
10 gefährlichen Tiefstand erreicht haben. Diese Erkenntnis ist aber alles andere als neu und wird  
11 von zahlreichen Wirtschaftsinstituten und –wissenschaftlerInnen seit Jahren immer wieder  
12 thematisiert.5 Der Grund ist schnell gefunden: Der Staat selbst hat nicht das Geld, die  
13 Infrastruktur aus eigener Kraft zu sanieren oder auszubauen, weil die massiven  
14 Steuersenkungen für hohe Einkommen und Unternehmen die Finanzkraft des Staates nachhaltig  
15 geschwächt haben, die Bundesregierung die von der SPD im Wahlkampf noch geforderten  
16 Steuererhöhungen aktuell ausschließt, die 2009 eingeführte Schuldenbremse größere  
17 Kreditaufnahmen ausschließt und die Bundesregierung sich darüber hinaus bereits für das Jahr  
18 2015 das Ziel gesetzt hat, einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Doch der darauf  
19 aufbauende Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers, die verfallende Infrastruktur mit privaten  
20 Investitionen zu sanieren, ist ein gefährlicher Vorstoß.

21 Sieht man sich die Zusammensetzung der „ExpertInnenkommission“ an, so liegt der Schluss  
22 nahe, es wäre schon von Beginn an ausgemacht, was das Ergebnis der Kommissionsarbeit  
23 sein soll. Unter den 13 Mitgliedern sind alleine sieben VertreterInnen der Wirtschaft und der  
24 Finanzbranche (Jürgen Fitschen / Deutsche Bank, Dr. Helga Jung / Allianz SE, Dr. Markus  
25 Kerber / BDI, Dr. Torsten Oletzky / Ergo, Dr. Eric Schweitzer / DIHK, Prof. Siegfried  
26 Russwurm / Siemens, Dr. Thomas Mayer / Flossbach von Storch Research Institute und  
27 ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank). Hinzu kommt als Kommissionsvorsitzender Prof.  
28 Marcel Fratzscher (DIW), der sich öffentlich bereits klar für mehr private Investitionen,  
29 Steueranreize für Unternehmensinvestitionen und einen Investitionsfonds ausgesprochen hat.6  
30 Die inhaltliche Ausrichtung des Beirats ist also schon durch die personelle Zusammensetzung  
31 absehbar und weist eindeutig in die falsche Richtung.

32

---

4 <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=651464.html>

5 vgl. [http://www.boeckler.de/pdf/impuls\\_2009\\_11\\_2.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2009_11_2.pdf)

6 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/diw-chef-fratzscher-zu-banken-stresstest-lohnerhoehung-a-982704.html>

1 Ein vom Bundeswirtschaftsminister verfolgtes Konzept sieht vor, einen Investitionsfonds, in den  
2 beispielsweise Banken und Versicherungen investieren können, aufzubauen. Dieser könnte  
3 dann mit dem eingenommenen Geld notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur  
4 tätigen. Diese Variante der Public Private Partnership (PPP) hat eine lange und leider für die  
5 öffentliche Hand sehr ernüchternde Geschichte. Auch beim hier favorisierten Konzept ist zu  
6 befürchten, dass vor allem die investierenden Konzerne am Ende Renditen abschöpfen, die die  
7 öffentliche Hand finanzieren muss. Dass die „ExpertInnenkommission“ mehrheitlich von den  
8 potentiellen ProfiteurInnen einer solchen Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft besetzt ist,  
9 wirft zusätzlich ein schlechtes Licht auf das Vorgehen.

10 Wir fordern daher:

11 Echte öffentliche Investitionen statt PPP

12 Ein wie auch immer strukturierter Investitionsfonds, der mit privatem Geld befüllt werden soll,  
13 kann nur „erfolgreich“ sein, wenn die Renditeanreize stimmen. (Finanz-)Unternehmen werden  
14 in diesen Fonds also nur investieren, wenn die Anlagen sicher sind und die Renditen über dem  
15 Niveau vergleichbarer Anlagen wie beispielsweise Staatsanleihen liegen. Es liegt daher auf  
16 der Hand, dass dieses PPP-Modell für den Staat im Ergebnis teurer ist, als eine klassische  
17 Kreditfinanzierung über Staatsanleihen. Umso mehr, da die Zinsen für deutsche Staatsanleihen  
18 einen historischen Tiefstand erreicht haben und der Bund sich aktuell so günstig wie nie zuvor  
19 Geld am Kapitalmarkt leihen könnte. Wir lehnen Investitionen aus PPP-Modellen daher ab und  
20 fordern echte Investitionen der öffentlichen Hand.

21 Spielräume in der Finanzpolitik nutzen

22 Wir lehnen die 2009 eingeführte Schuldenbremse sowie den 2012 ratifizierten Fiskalpakt  
23 weiterhin ab, weil beide Instrumente ökonomisch völlig kontraproduktiv sind,  
24 Ausgabenkürzungen institutionalisieren, nötige Investitionen begrenzen und damit im Ergebnis  
25 Wachstum abwürgen. Im Effekt führen sie durch ihre prozyklische Wirkung zum Gegenteil des  
26 gewollten Schuldenabbaus, nämlich zu mehr Schulden. Solange aber Schuldenbremse und  
27 Fiskalpakt in Kraft sind, muss die Bundesregierung wenigstens die sich ihr bietenden  
28 Spielräume nutzen, um öffentliche Investitionen auf den Weg zu bringen. Das Dogma der  
29 „Schwarzen Null“ darf deshalb nicht weiterhin als Totschlagargument gegen jedwede  
30 Mehrausgabe in Stellung gebracht werden. Wo Mehrausgaben sinnvoll sind, müssen sie  
31 getätigt werden. Langfristig müssen die neoliberalen Instrumente der Schuldenbremse und des  
32 Fiskalpakts wieder abgeschafft werden.

33 Die Finanzkraft des Staates wieder erhöhen

34 Eine Steigerung der Investitionen muss nicht zwangsläufig zu steigender Verschuldung führen.  
35 Ganz im Gegenteil wäre es weitaus sinnvoller, zur Finanzierung die Einnahmeseite des  
36 Staates zu verbessern und damit die Handlungsfähigkeit wieder zu erhöhen, wie dies auch  
37 von der SPD im Wahlkampf vertreten wurde. Auch deshalb fordern wir die Wiedereinführung  
38 der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Streichung der  
39 Abgeltungssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Eine solche Umverteilung

1 ist nicht nur für die öffentliche Hand dringend notwendig, sie ist darüber hinaus auch  
2 volkswirtschaftlich geboten.

3 Einfluss von ExpertInnenkommissionen begrenzen

4 Wir verwahren uns gegen eine Politik, in der sich Wirtschaft und Finanzbranche über  
5 ausgelagerte „ExpertInnenkommissionen“ faktisch ihre eigenen Gesetze schreiben. Die Arbeit  
6 scheinbar objektiver Kommissionen, die an den Parlamenten vorbei die Gesetzgebung  
7 vorbereiten, ist im Kern demokratiefeindlich. Auch hier zeigen die Erfahrungen, dass einmal  
8 vorliegende „ExpertInnenvorschläge“ - auch durch die Rezeption in der veröffentlichten  
9 Meinung – im Anschluss in den Parlamenten nur noch schwer zu korrigieren sind. Die SPD darf  
10 sich nicht – weder in der Regierung noch im Parlament – in die Gefangenschaft sogenannter  
11 „ExpertInnen“ begeben, die zuallererst sich selbst und ihren Konzernen verpflichtet sind.

1 Kommission IDA über Landesvorstand

## 2 **D 8 Ausgewogene Verpflegung auf der Landeskonzferenz**

3 Forderung:

4 Wir fordern das Landesbüro dazu auf, die Verpflegung auf der Landeskonzferenz zukünftig so  
5 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur  
6 Verfügung steht.

7

8 Begründung:

9 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte  
10 Ernährungseinschränkung unserer Delegierten zur Landeskonzferenz und unserer geladenen  
11 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

12

13 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,  
14 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese  
15 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand  
16 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.

17

18 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die  
19 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)  
20 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.

21

22 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und  
23 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.

24 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder  
25 veganen Extra bestehen.

26

27 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem  
28 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der  
29 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf  
30 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.

31 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige  
32 Planung stattfinden.

33

34 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu  
35 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir  
36 die Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.

37

- 1 Kommission IDA über Landesvorstand
- 2 An Bundeskongress

### 3 **D 9 Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress**

4 Forderung:

5 Wir fordern das Bundesbüro dazu auf, die Verpflegung auf dem Bundeskongress zukünftig so  
6 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur  
7 Verfügung steht.

8

9 Begründung:

10 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte  
11 Ernährungseinschränkung unserer DelegiertInnen zum Bundeskongress und unserer geladenen  
12 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

13

14 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,  
15 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese  
16 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand  
17 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.

18

19 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die  
20 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)  
21 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.

22

23 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und  
24 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.

25 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder  
26 veganen Extra bestehen.

27

28 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem  
29 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der  
30 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf  
31 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.

32 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige  
33 Planung stattfinden.

34

35 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu  
36 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir  
37 die Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.

38

39

## 1 Ini 1 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote

2  
3 Antragssteller: Jusos Mittelfranken

4  
5 Adressaten: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Bundesparteitag der SPD,  
6 Bundestagsfraktion der SPD

7  
8 Angesichts des im Oktober 2014 erfolgten Ausbruchs der Masern in Berlin, der zum Tod eines  
9 Kleinkinds führte, entfachte in Deutschland eine Debatte über die mögliche Einführung einer  
10 allgemeinen Impfpflicht für Masern. Diese wurde auch in der Großen Koalition diskutiert.

11  
12 Tatsächlich ist in Deutschland eine gewisse Impfmüdigkeit in der Bevölkerung festzustellen,  
13 welche das Auftreten der Masern in diesem Ausmaß erst ermöglicht hat. Entschiedene  
14 ImpfgegnerInnen, häufig aus Bereich der Esoterik, warnen vor angeblichen dramatischen  
15 Gefahren durch Impfungen, die weit über tatsächlich nachgewiesene vereinzelte  
16 Impfkomplicationen hinausgehen, so dass einige Eltern dann tatsächlich der Meinung sind, sie  
17 würden ihrem Kind mit einer Impfung mehr schaden als nutzen. Im Zeitalter des Internets finden  
18 derartige Gedanken auch leicht Verbreitung. Dazu wird hinter Impfkampagnen gerne eine  
19 Verschwörung der Pharmaindustrie gesehen, die an Profit durch Impfstoffe interessiert ist – und  
20 das, obwohl an kranken Kindern insgesamt deutlich mehr Geld zu verdienen wäre.

21 Außerdem wird die Bedrohung durch die tatsächliche Krankheit oft unterschätzt. So sind die  
22 Masern in Deutschland kaum mehr bekannt, das Risiko einer Ansteckung scheint vielen  
23 Menschen nicht mehr wirklich real. Außerdem werden die Masern von Einigen  
24 fälschlicherweise für eine eher harmlose Kinderkrankheit gehalten. Tatsächlich können im Falle  
25 einer Masern-Infektion jedoch starke Komplikationen auftreten, bis hin zu einer  
26 Gehirnhautentzündung, die häufig sogar zum Tod führen kann. Dies tritt in bis zu einem von  
27 1.000 Fällen auf.

28 Selbstverständlich laufen auch Impfungen nicht immer völlig ohne jegliche Nebenwirkungen  
29 ab. Nach einer Masern-Impfung kann beispielsweise leichtes Fieber auftreten, in einem von  
30 1.000.000 Fällen kann es sogar zu einer Hirnhautentzündung kommen. Dennoch sind objektiv  
31 betrachtet die Gefahren ernsthafter Schäden durch eine Impfung wesentlich geringer als durch  
32 die Krankheit selbst. Eine abstrakte Bedrohung durch eine selten gewordene Infektionskrankheit  
33 erscheint vielen Eltern jedoch offensichtlich subjektiv weniger gefährlich als mögliche negative  
34 Auswirkungen von Impfungen. Vielleicht hat man diese schon im Bekanntenkreis  
35 mitbekommen, wenn z.B. ein Kind nach der Impfung Fieber bekam – es reicht oft auch schon,  
36 davon in bestimmten Internetforen gelesen zu haben, so dass bei vielen Eltern ein gewisses  
37 Unbehagen vorhanden ist, auch oder gerade weil sie nur das Beste für ihr Kind beabsichtigen,  
38 aber nicht unbedingt ausreichend informiert sind.

39  
40 Bei der Debatte um die mögliche Einführung einer Impfpflicht geht es letztlich vorrangig auch  
41 um den Konflikt zwischen der persönlichen Freiheit des Individuums und dem Allgemeinwohl  
42 der Gesellschaft.

1 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert zunächst das Recht eines jeden  
2 Menschen auf körperliche Unversehrtheit. Eine zwangsweise Impfung kann im Grunde als  
3 Körperverletzung gewertet werden und würde somit erst einmal dieses Recht verletzen – so  
4 stellt auch jeder medizinische Eingriff rechtlich eine Körperverletzung dar, was jedoch durch  
5 entsprechende Einverständnis des Patienten / der Patientin oder eines / einer Bevollmächtigten  
6 aufgehoben wird. Zudem stellt eine Impfpflicht als staatliche Zwangsmaßnahme auch einen  
7 gravierenden Eingriff in die Selbstbestimmung eines Menschen dar.  
8 Dem gegenüber steht jedoch das Wohl der Allgemeinheit. Um den sogenannten  
9 „Herdenschutz“ zu erzielen – also einen Schutz der gesamten Gesellschaft durch ausreichende  
10 Durchimpfung, so dass sich die entsprechende Krankheit gar nicht mehr ausbreiten kann – ist  
11 eine Durchimpfungsrate von mindestens 95 % der Bevölkerung nötig. Auf diesen Herdenschutz  
12 sind Menschen angewiesen, die nicht geimpft werden können, sei es aufgrund von bestimmten  
13 Erkrankungen oder weil sie einfach noch zu klein für eine Impfung sind.  
14 Als JungsozialistInnen ist uns die Inklusion ein großes Anliegen – Menschen sollen auch im  
15 Falle von Behinderungen oder Krankheiten möglichst vollständig am gesellschaftlichen Leben  
16 teilnehmen können. Wenn nun Kinder, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden  
17 können, ohne Sorge eine öffentliche Kindertagesstätte oder eine Schule besuchen wollen, sind  
18 sie auf eine ausreichende Impfbereitschaft der Anderen angewiesen. Hier können Einzelne mit  
19 dem Bestehen auf ihrer individuellen Freiheit also massiv die Freiheit der Schwächsten in der  
20 Gesellschaft beeinträchtigen, für deren Schutz der Staat verantwortlich ist, so dass hier ein  
21 Eingreifen von staatlicher Seite gerechtfertigt erscheint.  
22 Zudem ermöglicht eine ausreichende Durchimpfungsrate langfristig die tatsächliche Ausrottung  
23 von Krankheiten, wie es im Falle der Pocken, für die in Deutschland auch längere Zeit eine  
24 Impfpflicht bestand, bereits gelungen ist. Im Sinne einer Verantwortung gegenüber zukünftigen  
25 Generationen sollte es die Aufgabe unserer Generation sein, dies auch im Falle der Masern  
26 konsequent anzugehen.  
27 Bei einer Impfpflicht für Kinder fällt zudem der Aspekt der Selbstbestimmung des Individuums  
28 weg, da sie ohnehin nicht selbst entscheiden können, ob sie geimpft werden wollen oder nicht  
29 – hier sind es im Normalfall die Eltern, die als Erziehungsberechtigte über sie verfügen.  
30 Eltern haben neben dem Sorgerecht jedoch die auch Verpflichtung gegenüber ihren Kindern,  
31 sie bestmöglich vor gefährlichen Krankheiten zu schützen. Diese Verpflichtung kann man als  
32 verletzt betrachten, wenn sie ihr Kind z.B. nicht vor Masern impfen lassen und so riskieren,  
33 dass es daran erkrankt und möglicherweise gravierende Spätfolgen erleidet. Der Staat ist in  
34 der Verantwortung einzugreifen, wenn Eltern ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern nur  
35 unzureichend nachkommen können oder wollen.  
36 Weiterhin wäre eine Einschränkung der individuellen Freiheit im Sinne des Gemeinwohls nichts  
37 völlig Neues: So werden Menschen bei gefährlichen Infektionskrankheiten unter Quarantäne  
38 gestellt, um eine Weiterverbreitung der Infektion zu unterbinden. Bei Psychosen, wo die  
39 Betroffenen die Allgemeinheit gefährden, ist eine Zwangseinweisung in eine geschlossene  
40 Abteilung nötig.  
41

1 Zusammenfassend kann man also feststellen, dass hier durchaus ein Handlungsbedarf im  
2 Interesse der Allgemeinheit besteht, um die Impfquoten ausreichend zu erhöhen, dass ein  
3 effektiver Herdenschutz erzielt werden kann und somit die gesamte Gesellschaft geschützt ist.  
4 Dabei sollten weitgehende staatliche Zwangsmaßnahmen allerdings nicht leichtfertig ergriffen  
5 werden, und ein blinder Aktionismus in Form einer allgemein verbindlichen Impfpflicht für eine  
6 Vielzahl von Krankheiten wird die Situation nicht zufriedenstellend lösen können, da sie bei  
7 vielen Menschen, möglicherweise auch solchen, die Impfungen grundsätzlich für sinnvoll  
8 halten, Verunsicherungen und Abwehrhaltungen provozieren dürften.  
9 Außerdem ist zu beachten, dass man nicht alle Menschen, die ihre Kinder nicht impfen lassen,  
10 in einen Topf werfen kann. Neben in gewisser Weise schon ideologisch verblendeten  
11 ImpfgegnerInnen, die gegenüber sachlichen Fakten weitgehend resistent sein dürften und hinter  
12 allem eine Verschwörung der Pharmalobby sehen, gibt es auch Menschen, die Impfungen  
13 wegen falscher Einschätzung der Bedrohung durch Masern für unnötig halten, die einfach  
14 nicht ausreichend sachlich über das Verhältnis von Impfrisiken zu denen der tatsächlichen  
15 Krankheit informiert sind oder die Impfungen schlichtweg vergessen. Letztere Gruppe dürfte für  
16 intensive Aufklärungskampagnen durchaus empfänglich sein. Dies zeigt auch die Tatsache,  
17 dass sich in Berlin die Impfbereitschaft durch das Auftreten der Masern erhöht hat.  
18 Daher sehen wir zunächst eine verstärkte sachliche Information und Aufklärung über  
19 Impfungen und die Gefahren von Krankheiten wie Masern als einen wesentlichen Punkt, um  
20 die Impfbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen und auch Vertrauen zu schaffen. Dabei  
21 sollten mögliche Nebenwirkungen von Impfungen selbstverständlich nicht einfach verschwiegen  
22 werden - sie sind jedoch faktenbasiert und im realistischen Verhältnis zu den Gefahren der  
23 tatsächlichen Erkrankung darzustellen. Mit solchen Maßnahmen dürfte ein nicht unerheblicher  
24 Teil derer erreicht werden, die sich selbst oder ihre Kinder bisher nicht impfen ließen.  
25 Darüber hinaus halten wir es jedoch für notwendig, zumindest in bestimmten Bereichen  
26 Impfungen verbindlich zu machen, da allein durch Aufklärung dem Problem vermutlich nicht  
27 ausreichend begegnet werden kann. Diese sollen insbesondere für die Masern gelten, auch  
28 wegen des sehr hohen Ansteckungspotentials dieser Krankheit.

29

30 Wir fordern daher konkret:

31

32 Impfungen müssen an Schulen angeboten werden

33

34 Einführung einer Impfpflicht für Berufe mit besonderem Gefährdungspotential (z.B.  
35 Krankenhauspersonal, ErzieherInnen in Kindertagesstätten und Kindergärten...).

36

37 Bei der Ausbildung in Medizinberufen soll das Thema Impfungen verstärkt thematisiert werden.  
38 Ärzte/innen sollen dazu befähigt werden, ihre PatientInnen sachlich über die Sinnhaftigkeit  
39 von Impfungen aufzuklären. Dies gilt auch für die Ausbildung von Hebammen, deren Meinung  
40 bei vielen Eltern einen hohen Stellenwert hat.

41

- 1 In Arztpraxen soll ausreichend objektives Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden.
- 2 Dieses soll glaubwürdig erscheinen, also z.B. ohne offizielles Sponsoring von
- 3 Pharmakonzernen.
- 4
- 5 Eltern sollen jeweils dem Alter des Kindes entsprechende Infobriefe erhalten, in denen auch auf
- 6 die jeweils anstehenden Impfungen hingewiesen werden soll. Diese sollen zur Erhöhung der
- 7 Glaubwürdigkeit nach Möglichkeit von einer regionalen Stelle verschickt werden (z.B. dem
- 8 örtlichen Gesundheitsamt).
- 9
- 10 Sollten sich diese Maßnahmen als nicht ausreichend erweisen, so sollte längerfristig die
- 11 Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für Masern, Mumps und Röteln angedacht werden.
- 12

## 1 **Ini 2 Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN-BdA!**

2 Auch in diesem Jahr wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der  
3 Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im bayerischen Verfassungsschutzbericht  
4 erwähnt und die Organisation und ihre Mitglieder als „linksextremistisch beeinflusst“  
5 gebrandmarkt. Die Nennung im Verfassungsschutzbericht ist nicht mit Fakten untermauert und  
6 diffamiert nicht nur die VVN-BdA und ihre Mitglieder. Sie diffamiert auch alle, die sich  
7 gemeinsam mit der VVN-BdA gegen alte und neue Nazis in Bayern engagieren.

8 Wir wenden uns gegen die diffamierenden Einschätzungen durch das bayerische  
9 Innenministerium und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die Nennung der VVN-BdA  
10 im Verfassungsschutzbericht zu beenden und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz  
11 einzustellen.

12 Wir setzen uns für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft ein und engagieren  
13 uns deshalb gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, menschenfeindliche  
14 Einstellungen und Neofaschismus. Wir kennen die VVN-BdA und deren Mitglieder aus  
15 unterschiedlichen Zusammenhängen, aus der Gedenk- und Gedenkstättenarbeit, aus dem  
16 örtlichen Engagement gegen rassistische, antisemitische und rechtsradikale Umtriebe oder aus  
17 Initiativen wie der bundesweiten NONPD-Kampagne.

18 Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Versuch der Bayerischen  
19 Verfassungsschutzbehörden, die VVN-BdA als verfassungsfeindlich und antidemokratisch zu  
20 brandmarken, jeglicher Grundlage entbehrt.

21 Viele ältere Mitglieder der VVN-BdA haben selbst noch Verfolgung und KZ-Haft am eigenen  
22 Leib erfahren müssen. Sie engagieren sich seit Jahren und Jahrzehnten als Mahner und  
23 Aufklärer vor Schulklassen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung und im öffentlichen Diskurs.  
24 Dieser Beitrag für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft, die sich klar gegen  
25 Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Ansichten einsetzt, kann nicht hoch genug  
26 geschätzt werden. Diese Zeitzeugen genießen eine hohe Wertschätzung und viele wurden  
27 auch in Bayern mit verschiedensten Auszeichnungen, bis hin zum Bundesverdienstkreuz,  
28 geehrt.

29 Dort wo sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten und Gemeinden gegen  
30 rechtsextreme Umtriebe zur Wehr setzen müssen, ist die VVN-BdA anerkannter Partner in  
31 Bündnissen und Initiativen. Ihre Mitglieder erfahren hohen Respekt und Anerkennung, weil sie  
32 sich besonders dafür einsetzen, dass möglichst viele Menschen in diesen Initiativen mitarbeiten  
33 können – ob sie nun aus Vereinen und Verbänden, aus kirchlichen, gewerkschaftlichen oder  
34 parteipolitischen Zusammenhängen kommen oder als Einzelpersonen mitwirken wollen. Die  
35 VVN-BdA und ihre Mitglieder versuchen hier Brücken zu bauen statt auszugrenzen. Angesichts  
36 dieser Tatsache verurteilen wir besonders den immer wiederkehrenden Versuch, die VVN-BdA  
37 und ihre Mitglieder in den Verfassungsschutzberichten in die Nähe gewaltorientierter  
38 Auseinandersetzungen zu rücken.

- 1 Dies widerspricht jeder Realität.
- 2 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur liegt es in unserer
- 3 Verantwortung, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften rassistischer, antisemitischer,
- 4 antiislamischer und neofaschistischer Propaganda wirksam entgegen zu treten. Die VVN-BdA
- 5 ist dabei unser Partner.
- 6

### 1 **Ini 3 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen**

2

3 Die Berichterstattung vieler Medien zum Flugzeugabsturz vom 24.03.2015 vermittelt  
4 fälschlicherweise, dass von psychischen Erkrankungen, insbesondere der Depression (die  
5 häufigste psychische Erkrankung - etwa 4 Millionen Menschen, wobei die Dunkelziffer deutlich  
6 höher liegt) eine Gefahr ausgehe. Weltweit erleiden 16-20% der Menschen zumindest einmal  
7 im Verlauf ihres Lebens eine klinisch relevante depressive Störung.

8

9 Psychisch erkrankte Menschen sind jedoch keine Bedrohung für die Allgemeinheit!

10

11 Forderungen aus den Reihen der Union wie die Lockerung der Schweigepflicht und ein  
12 Berufsverbot für Personen mit einer bestimmten Form der Depression sind eine klare  
13 Stigmatisierung vieler Menschen.

14

15 Diese führt letztlich nur zu einem Vertrauensverlust der PatientInnen. Dadurch nimmt die Zahl  
16 der erfassten psychischen Erkrankungen ab, gleichzeitig erhöht sich die Dunkelziffer und den  
17 Leidensdruck der dann nicht mehr in Behandlung befindlichen Menschen.

18

19 Die Absicht, sich und insbesondere Dritte zu schädigen, ist für TherapeutInnen und Ärztinnen  
20 schwierig zu erkennen und auf Ernsthaftigkeit einzuschätzen.

21 Wird eine Gefährdung durch die / den Therapeuten/In vermutet, so ist eine Brechung der  
22 Schweigepflicht durch § 34 StGB gerechtfertigt. Eine weitere Lockerung der Schweigepflicht ist  
23 somit nicht zielführend.

24

25 Forderungen wie Berufsverbot für Personen mit einer bestimmten Form der Depression führen  
26 zu erneuter starker Stigmatisierung. Das Verbot würde den fälschlichen Verdacht noch weiter  
27 bestärken, dass Gefahren von depressiv erkrankten Menschen ausgingen. Psychisch erkrankte  
28 Personen würden dadurch noch weiter isoliert werden. Dies ist hinderlich für eine Genesung.

29

30 Wir als JungsozialistInnen müssen ein klares Zeichen setzen, dass wir Menschen mit  
31 psychischen Erkrankungen nicht stigmatisieren dürfen.

32

33 Wir fordern zudem eine deutliche Anhebung der Bedarfsplanung für PsychotherapeutInnen, da  
34 diese nicht dem tatsächlichen Bedarf der PatientInnen entspricht.

35 Durchschnittlich warten psychisch erkrankte Menschen mehr als drei (zum Teil auch mehr als  
36 sechs) Monate auf einen ersten Termin bei einem/r niedergelassenen Psychotherapeut/In.

37

38 Psychisch erkrankte Menschen bedürfen unserer Hilfe und keiner Stigmatisierung!

39

40 Zusammenfassend:

- 41 • Keine Lockerung der Schweigepflicht

- 1 • Kein Berufsverbot für depressiv erkrankte Menschen, auch nicht für bestimmte
- 2 depressive Formen
- 3 • Anhebung der Bedarfsplanung für PsychotherapeutInnen, um den tatsächlichen Bedarf
- 4 der PatientInnen abzudecken
- 5

## 1 Ini 4: Das Sterben auf dem Mittelmeer beenden! Für eine menschliche Flüchtlingspolitik in 2 Europa

3

4 In jedem Frühjahr, sobald das Wetter eine ruhige Passage über das Mittelmeer verspricht,  
5 brechen tausende von Menschen von Nordafrika aus auf, um ein besseres und sichereres  
6 Leben in Europa zu suchen. Zehntausende von ihnen sind in den vergangenen Jahren auf  
7 kaum seetüchtigen und völlig überfüllten Booten umgekommen. Menschen, die oft bereits eine  
8 Odyssee durch einen halben Kontinent hinter sich hatten, die Entbehrungen und Gefahren auf  
9 sich genommen haben auf der Suche nach einem guten Leben, und deren Reise an der  
10 tödlichsten Grenze der Welt endete. Sie nehmen diese lebensgefährliche Etappe auf sich, weil  
11 die Europäische Union und insbesondere auch Deutschland ihnen einen gefahrlosen Weg  
12 nach Zentraleuropa verwehren. Weil die tödliche Abschottungspolitik der EU Asylsuchende  
13 kriminalisiert und sie dazu zwingt auf Schleusersysteme und unsichere Boote zurück zu greifen.  
14 Die alljährliche Flüchtlingskatastrophe auf dem Mittelmeer macht das Versagen der deutschen  
15 und europäischen Asylpolitik für alle Menschen sichtbar und stürzt die sogenannte  
16 Wertegemeinschaft Europa in eine tiefe Legitimationskrise. Es ist eine Schande für Europa,  
17 eine Schande für die Menschlichkeit und ein Mahnmal für das Versagen der deutschen und  
18 europäischen Asylpolitik.

### 19 *Gekürzte Mittel für die Seenotrettung*

20 Die letzten beiden Katastrophen auf dem Mittelmeer mit über 1400 toten Flüchtlingen waren  
21 ebenso schockierend wie vorhersehbar. Mit dem Auslaufen der italienischen Mission „Mare  
22 Nostrum“ und der Übernahme durch die Mission der Europäischen Union „Triton“ sind die  
23 monatlichen Ausgaben für Rettungen von Flüchtlingen auf ein Drittel gekürzt worden. Während  
24 Mare Nostrum von Italien alleine mit knapp 9 Millionen Euro im Monat finanziert wurde,  
25 stellen die 28 Mitgliedsstaaten der EU zusammen für Triton nur 2,9 Millionen Euro monatlich  
26 zur Verfügung. Mehr noch: die derzeitige Mission beschränkt sich auf Einsätze vor der Küste  
27 der EU-Staaten. Kein Schiff der Küstenwache fährt weiter hinaus um in Seenot geratene Schiffe  
28 zu retten. Diese Situation ist besonders prekär, da die Zahl der Flüchtlinge durch den  
29 andauernden Krieg in Syrien und die wieder zunehmende Zahl von Konflikten in vielen  
30 afrikanischen Staaten weiter steigt. Dementsprechend ist die Argumentation, dass  
31 Schlepperbanden die Seerettung ausnutzen, völlig fehlgeleitet. Statistiken der Vereinten  
32 Nationen zeigen klar, dass die meisten Flüchtlinge aus Ländern stammen, in denen Krieg und  
33 Verzweiflung herrschen: Syrien und Eritrea. Mehr als die Hälfte der 218.000 „Boat people“,  
34 die sich 2014 auf das Mittelmeer gewagt haben, auf der Suche nach einem sicheren Hafen,  
35 stammt nach Zahlen des UNHCR aus diesen zerfallenden Staaten. In Syrien eskaliert der  
36 Bürgerkrieg weiterhin und wird mit jedem Jahr grausamer, während in Eritrea eine Diktatur  
37 herrscht, die sich im ständigen Grenzkrieg mit ihren Nachbarstaaten befindet. Dies sind nur  
38 zwei Beispiele. Die Situationen in Afghanistan, Irak oder Libyen sind ähnlich und haben nichts  
39 mit wirtschaftlichen Missständen zu tun. Für 2015 werden eine halbe Millionen Flüchtlinge auf  
40 dem Seeweg erwartet, auch weil sich die Lage in den Ursprungsländern weiterhin  
41 verschlechtert.

1 Zudem schwankt die Zahl der Bootsflüchtlinge stark in Abhängigkeit der Jahreszeiten: Im  
2 Frühling und Sommer steigt ihre Zahl regelmäßig an, weil die Flüchtlinge auf besseres Wetter  
3 und ruhigere See hoffen. Das Problem ist jedoch die Situation in den Herkunftsländern. Die  
4 beste Hilfe für Flüchtlinge ist daher, Frieden in den Herkunftsländern zu schaffen. Ebenso darf  
5 es nicht überraschen, dass sich verzweifelte Menschen an Schlepperbanden wenden, solange  
6 keine aussichtsreiche Perspektive für eine formale Einreise oder ein erfolgreiches Asylverfahren  
7 in den Aufnahmelagern in Nordafrika besteht. Die Alternative, sich gegen Schleuser zu  
8 wenden wie sie jetzt auch von deutscher Seite in der EU-Kommission vertreten wird, ist  
9 mindestens unmenschlich. Sie bindet Gelder, die gut für Seenotrettungsprogramme verwendet  
10 werden können. Stattdessen baut sie eine Mauer auf, die Menschen zum Tode verdammt.

### 11 *Der zehn Punkte Plan der EU – Hohn für alle Flüchtenden*

12 Im Angesicht der Katastrophe ist der Zehn-Punkte-Plan der EU-Kommission ein Bild von  
13 Zynismus und Menschenfeindlichkeit. Abgesehen von der kurzfristig unausweichlichen  
14 Aufstockung der Mittel für Triton finden sich hier entweder Worthülsen oder repressive  
15 Maßnahmen aus dem Standardrepertoire von Law-and-Order PolitikerInnen. Wie das  
16 Abnehmen von Fingerabdrücken von allen „Migranten“ oder die schnellere Rückführung von  
17 „illegalen Zuwanderern“ auch nur ein Menschenleben auf dem Mittelmeer retten soll, muss  
18 jedem denkenden Menschen ein Rätsel bleiben. Anstatt sich endlich der sonst so oft  
19 geforderten „internationalen Verantwortung“ zu stellen und das eigene Flüchtlingskonzept zu  
20 hinterfragen, werden die üblichen Verschärfungen als Lösung präsentiert, und wenn man sie  
21 nicht mit terroristischer Bedrohung rechtfertigen kann, dann eben mit ein paar Tausend toten  
22 Flüchtlingen. Ein solches politisches Vorgehen spottet jeder Beschreibung. Anstatt dieser  
23 erbärmlichen Vorschläge, die jeder Menschlichkeit Hohn sind, fordern wir Jusos daher ein  
24 echtes Umdenken in der Flüchtlingspolitik: Weniger Geld für Mauern und Zäune, mehr Einsatz  
25 für das Leben von Menschen!

### 26 *Sichere Wege schaffen*

27 Die Zahl der Flüchtlinge lässt sich nicht durch Abschreckung beeinflussen. Das einzige, was  
28 Sofortmaßnahmen wie die der EU-Kommission schaffen, sind noch mehr Tote und eine  
29 endgültige Delegitimation der europäischen Wertegemeinschaft. Dementsprechend fordern wir  
30 Jusos sichere Wege für Flüchtlinge, zum Beispiel in Form von Asylstellen in den  
31 Herkunftsländern, wie sie auch Amnesty International vorschlägt. Es wird höchste Zeit, dass  
32 sich die SPD entschlossen für diese Forderung stark macht. Unabdingbar ist hierbei jedoch,  
33 dass in diesen Asylstellen auch tatsächlich Asyl gewährt wird. Wenn diese Stellen keinen  
34 realistischen und sicheren Weg nach Europa bieten, werden sich zehntausende flüchtende  
35 Menschen auch weiterhin dubiosen Schlepperbanden anvertrauen. Gleichzeitig darf sich die  
36 SPD nicht auf das Niveau herab lassen, in diesen Schleusern die einzigen Verantwortlichen für  
37 die Flüchtlingskatastrophe zu suchen. Dieses System, dem jedes Jahr mehr Menschen zum  
38 Opfer fallen, ist lediglich ein Symptom der gescheiterten Flüchtlingspolitik und Ergebnis der  
39 fehlenden „legalen“ Wege in die Festung Europa. Zentrale Forderung muss daher sein, sich  
40 der Flüchtlinge aufgrund des Internationalen Menschenrechts anzunehmen. Alles andere ist

1 unmenschliche Rhetorik und weder der Sozialdemokratie noch der Wertegemeinschaft Europa  
2 angemessen.

### 3 *Situation in Deutschland*

4 Der Hetze gegen Flüchtlinge, die man derzeit in Foren und Kommentaren liest, muss sich die  
5 SPD geschlossen und entschlossen entgegenstellen. Der „monumentale Mangel an Mitgefühl“  
6 wie ihn der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Said Raad al-Hussein der Europäischen  
7 Union bescheinigt, darf nicht durch falsche Fokussierung auf eine Eindämmung der Schleuser  
8 genährt werden. Stattdessen müssen alle Organe der Jusos und der SPD geschlossen dafür  
9 eintreten, dem internationalen Menschenrecht Geltung zu verschaffen: Flüchtlinge müssen  
10 aufgenommen werden und diejenigen, die auf der Flucht in lebensbedrohliche Situationen  
11 geraten, gerettet werden. Einem Land wie Deutschland, das wirtschaftlich das stärkste in der  
12 EU ist, aber nur an sechster Stelle was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, muss  
13 Verantwortung übernehmen und diejenigen, die aus Chaos, Verfolgung und Lebensgefahr zu  
14 uns fliehen können, aufnehmen. Es ist dann auch Aufgabe der Politik, die Gesellschaft positiv  
15 zu beeinflussen und Rassismus auszugrenzen und zu bekämpfen. In der aktuellen Lage kommt  
16 es viel zu oft vor, dass geflüchtete Menschen im scheinbar sicheren Deutschland erneut  
17 Angriffen und Diskriminierung ausgesetzt sind. In erschreckender Weise erkennen wir hierbei  
18 Parallelen zum öffentlichen Diskurs in den 90er Jahren, und den daraus erwachsenden  
19 Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Der sogenannte Asylkompromiss stellt für uns einen der  
20 ersten Bausteine zum System der Festung Europa dar. Wenn diese fallen soll muss auch dieser  
21 Asylkompromiss endlich aufgekündigt werden und das Menschenrecht auf Asyl endlich wieder  
22 Realität werden. Als JungsozialistInnen fordern wir hierbei von der Führung der SPD eine  
23 Vorreiterrolle. Deutschland hat durch Waffenlieferungen und eine zögerliche Haltung im  
24 Befrieden von Konflikten weltweit eine Mitverantwortung für die jetzige Situation. Wir stehen  
25 als Jusos daher umso mehr in der Pflicht uns auf unsere Grundwerte zu besinnen und unser  
26 konkretes politisches Handeln an diesen Grundwerten auszurichten. Unsere Grundwerte sind  
27 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und nicht Nationalismus, Menschenfeindlichkeit und  
28 Abschottung. Im Moment wird die Asylpolitik Deutschlands und der Europäischen Union  
29 keinem unserer Grundwerte gerecht, das ist auch unser Versagen als europäische  
30 Sozialdemokratie.

### 31 Kurzfristiger Pragmatismus

32 Die Mission „Triton“ ist ein wichtiger Bestandteil der Abschottungspolitik der EU und festigt  
33 somit die Grenzen der Festung Europa. Wir erkennen jedoch schmerzlich an, dass eine  
34 möglichst schnelle Reaktion nicht erfolgen kann wenn wir die Abschaffung Tritons und die  
35 Einsetzung einer neuen Mission fordern. Daher soll die Mission Triton explizit den Charakter  
36 einer Rettungs- und Hilfsmission annehmen, entgegengesetzt zum aktuellen  
37 Abschottungseinsatz.

38 Anschließend fordern wir Jusos in der SPD eine sofortige Aufstockung des Budgets, samt  
39 nötigem Personal und Equipment der Mission Triton, mindestens auf das Level der Mission der  
40 italienischen Marine „Mare Nostrum“, um für eine schnelle Linderung der schlimmsten und

1 akutesten Auswüchse der aktuellen Lage zu sorgen. Mittelfristig soll die Mission deutlich  
2 ausgebaut und auf das gesamte Mittelmeer und den für Überfahrten genutzten Atlantik  
3 ausgeweitet werden.

4 Ferner sind in Drittstaaten Anlaufstellen für Asylanträge zu schaffen, die eine realistische  
5 Aussicht auf ein erfolgreiches Verfahren bieten. Wer Hilfe benötigt, soll diese auch erhalten.  
6 Diese sind so auszustatten, dass sie die zu erwartenden Flüchtlings- und Antragsströme schnell  
7 und unbürokratisch bearbeiten können. Eine Klassifizierung in sogenannte  
8 Wirtschaftsflüchtlinge, Kriegsflüchtlinge oder andere Spezifizierungen lehnen wir entschieden  
9 ab. Als politische Maßgabe soll die Politik der offenen Tür gelten.

10 Wir lehnen das Zehn-Punkte-Sofortprogramm der Kommission entschieden ab. Die  
11 Maßnahmen sind in höchstem Maße repressiv und kontraproduktiv für die Sicherheit der  
12 Fliehenden. Der rein bürokratische Ansatz dieses Plans ist in höchstem Maße verwerflich und  
13 als im Gegensatz zu den Grundwerten, der sich die Europäische Union verschrieben haben  
14 will, zu bewerten.  
15 Wir fordern Sofortmaßnahmen die die Bedürfnisse der Flüchtlinge in den Fokus stellen, die  
16 deren Nöte und Wünsche ernst nehmen und nicht Maßnahmen die die gescheiterte  
17 Abschottungspolitik noch verstärken sollen.

18 Gleichzeitig wünschen, erwarten und fordern wir von der Sozialdemokratischen Partei  
19 Deutschlands sich ihrer eigenen Grundwerte Gewahr zu werden und in Wort und Tat eine  
20 klare Positionierung für die Asylsuchenden und einen kompromisslosen Standpunkt für eine  
21 Willkommenskultur in Deutschland und Europa zu beziehen. Auch gegen den Widerstand von  
22 Koalitionspartnern und mit den daraus erwachsenden Konsequenzen. Dieses stellt für uns keine  
23 Frage der politischen Entwürfe dar, sondern eine klare Positionierung für oder gegen  
24 fundamentale Menschenrechte. Eine Positionierung im letzteren Sinne, sehen wir  
25 unmissverständlich als Bruch mit den Werten der Partei an. Innerhalb des Bundestages  
26 existieren auch bei dieser Frage progressive und emanzipatorische Mehrheiten. Bei der Frage  
27 von Menschenleben und den Grundwerten dieser Partei darf nicht Koalitionsräson als  
28 Argument angeführt werden.

- 1 Abgelehnt
- 2 F 7 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Exportexpansion gewährleisten
- 3 Zurückgezogen
- 4 F 2 Neuausrichtung der EZB – für ein soziales Europa!
- 5 G 3 Zuckergehalt von Lebensmitteln Transparent gestalten
- 6 Nichtbefasst
- 7 G 1 BürgerInnenversicherung – für ein gerechtes, solidarisches Krankenversicherungssystem
- 8 Für erledigt erklärt
- 9 B 4 Vertretung der/s Sachaufwandsträgerin/s raus aus dem Schulforum!
- 10 Überwiesen
- 11 D 10 Beschlusslagen- transparent, modern, wirkungsmächtig
- 12 A 4 Für die Nivellierung der Entgeltschere!